

DAS KAUSALE NEXUSBLATT

Vierteljährlich über Internet
OOOOOOOOOOOOOO

Nr 20

Frühling 2006
OOOOOOOOOOOO

Weltkriege / heutige Kolonialkriege / Nächste Kriege
Die revisionistischen Fragen
OO

< kausalenexusblatt at yahoo.de >
<http://geocities.com/ilrestodelsiclo>
< <http://aaargh.com.mx/deut/deut.html> >
<<http://vho.org/aaargh/deut/deut.html>>
OO

Schafft Meinungsfreiheit
Freiheit für Zündel, Rudolf, Verbeke und Irving

Deutschland denken bedeutet für uns immer noch Auschwitz denken.
AK Antifa Mannheim

Sonderberichte !!!

DAVID IRVING IN ÖSTERREICH (92 S.)
<http://www.aaargh.com.mx/fran/livres6/IRVINGautriche1.pdf>

ZÜNDEL IN MANNHEIM (71 S.)
<http://www.aaargh.com.mx/fran/livres6/Zundelmannheim1.pdf>

INHALT

Internationale Solidarität - Einheit im Kampf - Widerstand!

"Einige von uns wurden zu Tode gefoltert"

Die Kriegsverbrechen der Amerikaner

Über den vermeintlichen arabisch-islamischen Antisemitismus, Willi Langthaler

Prozess gegen Ex-Bundesrat Gudenus am 26. April

Gudenus-Prozess noch vor Ostern

Protest gegen rechtes Zentrum, Hans Daniel

Gilad Atzmon, a Jew, is permitted to deny the Holocaust in Germany! Günter Deckert

Der erste Schweizer Revisionist: Arthur Vogt (1917 – 2003) von Jürgen Graf
Mahler will nach Teheran
Borna als Mekka für Holocaust-Leugner? Michael Bartsch
Vergewaltigte Elie Wiesel deutsche Mädels? Von Lubomyr Prytulak
Iranisches Megaphon der Holocaust-Leugner, Von Thomas Seifert und Rainer Nowak
David Irving gibt sich geläutert, Von Reinhard Olt
Satanische Bilder, von Israel Shamir
Wem Die Stunde schlägt, von Israel Shamir
Für Hossein Amiri, Robert Faurisson
Der Journalist und das "Imperium", Ludwig Watzal
Die echten und die falschen Juden, Ludwig Watzal
Ludwig Watzal über den "intellektuell durchaus anspruchsvollen" Antisemitismus des "Israel Shamir",
Von Achim Beinsen
Zum Ausgang des Wiener Irving-Prozesses, von Heribert Schiedel
Irvings Brüder im Geiste, von Anne-Catherine Simon
Diskussion: AAARGH aus Wikipedia
Die französische Linke im Fahrwasser des Negationismus? Elfriede Müller
Israelis stellen Ahmedinedschad vor deutsches Gericht
Prominente für Meinungsfreiheit, W. S.
Erhebliche Belange der Bundesrepublik, Arno Widmann

Internationale Solidarität - Einheit im Kampf - Widerstand!

Aufruf für die internationalistische Demonstration am 1. Mai in Wien

Wir demonstrieren am 1. Mai gemeinsam, weil wir die Tradition dieses internationalen Kampftages der ArbeiterInnenklasse im besten Sinne hoch halten wollen. Weil wir genügend Gründe dafür sehen, gemeinsam zu sagen: WIDERSTAND tut Not!

WIDERSTAND gegen imperialistische Kriege und Besatzung!
WIDERSTAND gegen das Europa der Konzerne und Generäle!
WIDERSTAND gegen Folter, Isolationshaft, "Antiterrorkampf", "Schwarze Listen" und
Entdemokratisierung!
WIDERSTAND gegen die Verharmlosung des Faschismus und Kriminalisierung des Kommunismus!
WIDERSTAND gegen die immer unverschämtere Anhäufung von Reichtum bei gleichzeitiger
Verarmung immer breiterer Bevölkerungsschichten!
WIDERSTAND gegen Sozialabbau, Privatisierung und Lohnraub!
WIDERSTAND gegen die weiteren Verschlechterungen im Gesundheitssystem und "Zwei-Klassen-
Medizin"!
WIDERSTAND gegen Bildungsabbau und Elite-Unis!
WIDERSTAND gegen den Besuch des "Oberterroristen" Bush im Juni in Österreich!
WIDERSTAND gegen Staatsrassismus und alle diskriminierenden AusländerInnengesetze!

Wir sind der Überzeugung, dass global, europaweit und auch in Österreich eine internationalistische und solidarische Bewegung entstehen muss und wird, die dem Wahnsinn des kriegstreiberischen und menschenverachtenden kapitalistischen System massiven Widerstand entgegengesetzt. Wir sind optimistisch, daß letzten Endes Milliarden von Menschen stärker sein werden, als eine Hand voll Milliardäre und deren Helfer und Helfershelfer.

Wir sehen in den sozialen und politischen Kämpfen der jüngsten Zeit wertvolle Lernschritte und Anknüpfungspunkte. Der Kampf der europäischen HafenarbeiterInnen soll uns ein Vorbild sein. Sie haben es geschafft, eine unsoziale EU-Richtlinie durch einheitlichen und massiven Protest zu verhindern. Die ArbeiterInnen und Angestellten aller Branchen und Länder können aus solchen Kämpfen lernen, dass nicht die Gewerkschaftsbürokratien und reformistischen Abwiegler ihre Interessen vertreten, sondern es in ihren eigenen Händen liegt, dem Kapital erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen.

Wir erklären an diesem 1. Mai unsere Solidarität mit allen vom imperialistischen System gefangenen, entrechteten und gefolterten Menschen, sei es im Irak, in Afghanistan, Palästina, der

Türkei, in Guantanamo oder sonst wo auf der Welt.

Wir erklären unsere Solidarität mit allen unter imperialistischer Besatzung, Unterstützung und Krieg leidenden Völkern, im Besonderen den Völkern des Irak und Palästinas und ihrem Widerstand gegen den neuen Kolonialismus.

Wir wenden uns gegen neue Kriegs- und Interventionspläne der Imperialisten und fordern: Hände weg von Iran, Korea, Syrien, Kuba und Venezuela!

Wir erklären unsere Entschlossenheit, breite und kämpferische Proteste gegen den Besuch des größten Kriegsverbrecher auf diesem Planeten - US-Präsident George W. Bush - um den 21. Juni in Österreich zu organisieren. Verwandeln wir Wien in eine Anti-Bush-Stadt!

Wir fordern: Schluss mit der Verschleuderung öffentlichen Eigentums. Keine Privatisierung der Post.

Wir sagen: Gleiche Rechte für alle. Weg mit allen Gesetzen, die unsere Rechte und Freiheiten einschränken!

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der es heißt: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen". Wir sind der tiefen Überzeugung, dass die arbeitenden Menschen und unterdrückten Völker das globale Räubersystem des Imperialismus früher oder später besiegen und durch solidarische, gerechte, sozialistische Gesellschaften ersetzen werden.

Dafür kämpfen wir, auch am 1. Mai.

Solidarität - Einheit im Kampf - Widerstand!

Treffpunkt: ab 9.00 Oper

Abschlusskundgebung: vor dem Parlament

Erstunterzeichnende Organisationen:

Gewerkschaftlicher Linksblock in der GPA-Wien
ATIGF - Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Österreich
KI - Kommunistische Initiative
Anatolische Föderation
ASt - ArbeiterInnenstandpunkt
Atilim
Antiimperialistische Koordination
HÖC - Front für Rechte und Freiheiten
AL-ANTIFASCHISTISCHE LINKE
YDG - Neue demokratische Jugend
Sozialistische Jugend/Stamokap-Strömung
REVOLUTION
KJÖ - Kommunistische Jugend Österreichs

Monday, 03 April 2006

NACH GEFANGENSCHAFT

"Einige von uns wurden zu Tode gefoltert"

Abduljabbar Al-Kubaysi, Präsident der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA) und bekannter Vertreter des irakischen Widerstands, wurde am 3. September 2004 in Bagdad verhaftet. Er befand sich in einem Viertel, das von der Guerilla kontrolliert wird. Das Haus wurde von den US-Besatzungstruppen gestürmt, dabei wurden Hubschrauber, Panzer und an die hundert schwerbewaffnete Soldaten eingesetzt.

Interview mit Abduljabbar al-Kubaysi, Vorsitzender der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), der Ende Dezember 2005 nach 16 Monaten Gefangenschaft im Irak frei gelassen wurde.

"Die Verhöre und alles, was dazu gehört, waren eine Qual. Diejenigen, die uns verhörten, wechselten ständig, die Verhöre, die wir mit verbundenen Augen und mit gefesselten Händen und Füßen durchstehen mussten, dauerten mehr als zwanzig Stunden. Für die Verhöre war eine Gruppe von vier Amerikanern vom CIA oder einer anderen Instanz zuständig. Sie wollten von uns Informationen über den Widerstand oder über die Moscheen in Falluja und ähnliche konkrete Dinge. Bald aber drehten sich die Diskussionen um die Frage der Besatzung." (Abduljabbar al-Kubaysi nach seiner Freilassung)

Kulu al-Arab: Können Sie uns über Ihre Zeit in der Gefangenschaft erzählen?

Abduljabbar al-Kubaysi: Ich wurde 16 Monate im Gefängnis am International Airport Bagdad gefangen gehalten. Dort ist das Camp Cropper, das auch der größte Stützpunkt der Amerikaner im Irak ist. In der ersten Zeit zeigten mir die Amerikaner, die mich verhörten, Dossiers, von denen sie behaupteten, dass sie Informationen über mich seit 1960 enthielten. Die mehr oder weniger ständig stattfindenden Verhöre dauerten sechs Monate und waren politischer Natur. Sie befragten mich sogar über arabische und ausländische politische Persönlichkeiten. Am Ende sagten sie mir, dass sie nichts davon glauben würden, was ich ihnen gesagt hatte. Meine Antwort war: "Das ist euer Problem."

In den ersten sechs Monaten steckten sie mich in einen hölzernen Verschlag, der sich in einer etwas größeren Zelle befand. Die allerersten elf Tage musste ich sogar in einer hölzernen Schachtel zubringen, in die ich kaum hineinpasste.

Nach diesen sechs Monaten wurde ich transferiert und kam mit anderen politischen Gefangenen zusammen. Während meiner Gefangenschaft konnte ich mit allen von ihnen sprechen, außer mit Tareq Aziz und Taha Yasin Ramadan. Ich sprach oft mit Qays al-Aazami, Humam Abdel Kader, Humam Abdel Jalek, Abdel Atawab Hwich, Ahmed Mortada, Hussam Mohamed Amin, Sutam al-Hammud und Abd Hammud sowie mit mehreren Beamten des irakischen Geheimdienstes. Insgesamt waren in diesem Gefängnis 103 Gefangene.

Bevor sie uns freiließen, fragten sie, ob wir bestimmte Wünsche bezüglich unseres zukünftigen Aufenthaltsortes hätten. Ich und fünf andere wählten Bagdad, fünf andere Tikrit, wieder andere Aman. Unter ihnen waren Huda Saleh Ammash und Rihab Taha, die Mordanschläge durch die Sadr Brigaden befürchteten.

65 Gefangene – führende Politiker der ehemaligen Regierung und Mitglieder der Baath Partei – sind noch im Gefängnis am Flughafen und warten auf Verurteilungen. Es ist aber wahrscheinlich, dass einige von ihnen frei gelassen werden, wie Mohamed Mahdi Saleh (ehemaliger Handelsminister) Abdel Atawab Hwich und Saad Abdel Majid al-Faysal, die im Außenministerium arbeiteten, Fadel Mahmud Gharib und Jalil Sarhan, Führungsmitglieder der Baath Partei, sowie Hamed Challah, Kommandant der Luftwaffe. Zwölf Gefangene, die bisher noch keinem Richter vorgeführt wurden, können dies für die nächste Zeit erwarten.

Nun zur Gefangenenanstalt. Wesentlich für diese ist, dass sie vom Rest der Welt völlig isoliert ist. Der Gefangene sieht vorerst nur amerikanische Soldaten. Erst später wurde mir und anderen Gefangenen Kontakt zu unseren Familien erlaubt. Ich durfte alle 40 Tage zehn Minuten Familienangehörige sehen, andere zwanzig Minuten alle vier Monate. Diese Maßnahmen galten für uns alle.

Kulu al-Arab: Wie wurden Sie von den Besatzern unmittelbar vor Ihrer Freilassung behandelt?

Abduljabbar al-Kubaysi: Vor meiner Freilassung legten mir die Amerikaner eine Erklärung gegen die Anwendung von Gewalt zur Unterschrift vor. Diese Erklärung beinhaltete auch das Versprechen, nicht gegen die irakische Regierung und die multinationalen Besatzungssoldaten vorzugehen. Sie verlangten von mir die Zusicherung, dass ich mich jeder Aktivität gegen sie widersetze und dass ich all dies vor den irakischen Sicherheitskräften bekräftige. Weiters wurde von mir verlangt, dass ich für eineinhalb Jahre keinerlei politische Stellungnahmen in den Medien abgeben dürfe.

Ich fragte sie, ob sie wirklich glaubten ich würde nun mit ihnen zusammen arbeiten, und ich verweigerte meine Unterschrift unter diese Erklärung. Ich fragte den US-General auch, warum sie glaubten, sie könnten mich jetzt zu ihrem Spion machen, nachdem ich so viel Zeit als ihr Gefangener verbracht hatte, gerade weil ich die Zusammenarbeit mit ihnen verweigerte. Und ich fügte hinzu:

"Glaubt ihr wirklich ich kann darüber schweigen, was in meinem Land vorgeht?" Dann verließ ich das Zimmer und ging in meine Zelle. Der General kam mir nach und sagte, ich solle ausstreichen, was ich nicht in der Erklärung haben wolle, und unterschreiben, was ich möchte.

Das Dokument beinhaltete einen Absatz über die "Unterstützung einer nationalen Versöhnung in einem geeinten Irak" und einen anderen, der festhielt, dass ich davon informiert worden sei, "dass die Baath Partei gesetzlich verboten wurde". (Anm.: Kubaysi selbst arbeitete im Irak seit 25 Jahren gegen das damals herrschende Regime und seine Partei!)

In einem weiteren Punkt wurde ich aufgefordert mich jederzeit bereit zu halten, um vor einem Gericht zu erscheinen, sofern dies notwendig wäre. Und das, obwohl ich mich während der gesamten Zeit meiner Inhaftierung in Briefen an das Internationale Rote Kreuz bemühte, entweder meine Freilassung oder eine Verhandlung vor einem irakischen Richter zu erreichen. Ich konnte diese drei Punkte unterschreiben und strich alles andere durch.

Als ich das Gefängnis verließ, gaben sie mir ein Zertifikat, das bestätigte, dass ich ihr Gefangener gewesen war und eine Telefonnummer, die ich im Falle einer neuerlichen Verhaftung

wählen sollte.

Kulu al-Arab: Wie verliefen eigentlich die Verhöre genau?

Abduljabbar al-Kubaysi: Die Verhöre und alles, was dazu gehört, waren eine Qual. Diejenigen, die uns verhörten, wechselten ständig. Die Verhöre, die wir mit verbundenen Augen und mit gefesselten Händen und Füßen durchstehen mussten, dauerten mehr als 20 Stunden. Für die Verhöre war eine Gruppe von vier Amerikanern vom CIA oder einer anderen Instanz zuständig. Sie wollten von uns Informationen über den Widerstand oder über die Moscheen in Falluja und ähnliche konkrete Dinge. Bald aber drehten sich die Diskussionen um die Frage der Besetzung und um das Geld, das die Besatzer dem Irak raubten. Einmal sagte ich dem, der mich gerade verhörte, dass sie Diebe seien, was er als Lüge zurückwies. Da musste ich ihm es noch direkter sagen, nämlich, dass er, sein Vater und sein Präsident alle Diebe seien.

Um meine Inhaftierung zu rechtfertigen, wurden einige Anschuldigungen vorgebracht, die aber nie als Anklagen formuliert wurden. Sie konnten keine Anklagen konstruieren, weil sie selbst wussten, dass ihre Anschuldigungen nicht wahr waren und nicht etwa, weil ich sie stets zurückwies. Sie beschuldigten mich der Mobilisierung arabischer und europäischer Kräfte gegen die Besetzung. Sie warfen mir Treffen mit Saddam Hussein vor, die ich mit ihm gehabt hätte, um den Widerstand für die Zeit unter der Besetzung zu organisieren. Weitere Anschuldigungen machten mich zum politischen Koordinator der Islamisten, der Sadristen und der Baathisten neben meiner Tätigkeit als politischer Theoretiker des Widerstands.

Einer der Leute, die mich verhörten, legte mir Artikel, die ich geschrieben hatte als Beweis für meine Arbeit als politischer Theoretiker des Widerstands vor. Es waren Texte, die sich mit den Bedingungen auseinandersetzten, die ein Ende der Besetzung möglich machen sollten. Ich gebe zu, dass ich den Widerstand unterstütze und unterstützen werde, bis der letzte amerikanische und iranische Soldat das Land verlassen hat, aber andererseits weiß ich nicht, wer aller Teil des Widerstands ist.

In einigen Artikeln schrieb ich, dass vier Bedingungen erfüllt werden müssten, um die Besetzung zu beenden. Erstens muss sich die militärische Aktivität des Widerstands geographisch ausweiten und wachsen, sodass es ein nationaler Widerstand ohne religiöse Differenzen wird. Zweitens müssen die Aktionen qualitativ verbessert werden, damit den US-Streitkräften sowohl in menschlicher als auch in materieller Hinsicht größerer Schaden entsteht. Drittens darf der Irak nicht von seiner Umgebung isoliert werden, weder durch die Geschichte noch durch (regionale) geopolitische Überlegungen, das heißt, die Ereignisse im Irak haben ihre Auswirkungen auf die gesamte Region. In Hinblick auf diese Auswirkungen müssten die Regierungen in diesem Raum, die sich zu den USA loyal verhalten, der Bush-Administration das Risiko erklären, das sie eingeht, wenn sie weiterhin den Irak besetzt hält und somit als Konsequenz den irakischen Widerstand stärkt. Sie müssten den USA die Augen öffnen und ihnen die Gefahr zeigen, die für das zionistische Gebilde in Palästina ausgeht, das sie mit ihrem Krieg eigentlich beschützen wollen. Viertens hat die USA ihre Glaubwürdigkeit verloren. All dies zusammen wird in den USA dazu führen, dass der Widerstand gegen die Besetzung und den Krieg im Irak wachsen wird.

Ich wurde auch gefragt, warum ich nicht gegen die Besetzung durch den Iran kämpfen würde. Meine Antwort war, dass sich die iranische Besetzung von selbst erledigen wird sobald die Amerikaner den Irak verlassen. Sie hat im Windschatten der US-Besetzung in geringem Ausmaß im Land Fuß gefasst und wird auch mit dieser verschwinden. Die iranische Besetzung wird von den US-Soldaten geschützt und von den Millionen Dollars aufrechterhalten, die in die iranischen Geheimdienste und deren Unterorganisationen fließen.

Die Antwort darauf war, dass mit dem Ende der Besetzung ein Bürgerkrieg ausbrechen könnte. Ich sagte daraufhin: "Verschwindet und lasst uns uns gegenseitig töten. Im Irak haben wir uns nie exklusiv als Schiiten und Sunniten empfunden. Erst als ihr gekommen seid und uns die iranische Regierung von al-Jaafari und die iranischen Parteien gebracht habt, begannen wir auf diese Unterscheidung zu hören. Das alles wird ein Ende haben, wenn ihr verschwindet. Ihr seid der Feind und eure Vertreibung ist der einzige Weg, der uns offen steht, und das wird nur durch den Widerstand möglich sein." Bald beleidigten wir uns gegenseitig, und ich sagte, dass mein Verhörender nichts anderes tun könnte als mir eine Kugel durch den Kopf zu jagen, um mich zum Schweigen zu bringen.

Später verhörte mich ein anderer CIA-Agent und sagte mir, dass der Irak in Gefahr und die USA in großen Schwierigkeiten wären, und dass er unsere Analyse der Situation respektieren würde. Er versprach sie an Washington weiter zu leiten.

Kulu al-Arab: Wie schaut es mit der Anwendung von Folter in diesem Gefängnis aus?

Abduljabbar al-Kubaysi: Bis auf vier Menschen habe ich persönlich niemanden gesehen, der gefoltert wurde. Ich sah Taha Yasin Ramadan, den Vizepräsidenten der Republik, blutüberströmt, wie

er versuchte seine Wunden mit Wasser und Salz zu reinigen. Folteropfer, die ich gesehen habe, sind weiters Jamis Sarhan von Falluja, Führungsmitglied der Baath Partei, Dr. Hazem Achajj Arrawi, ein Wissenschaftler und Mohamad Al Saghir, ein Mitglied des Geheimdienstes.

Wenn ich von diesen Menschen erzähle, spreche ich nicht nur von den üblichen Methoden wie die Augen zu verbinden, die Hände zuerst hinter dem Rücken zusammen zu binden und dann an die Füße zu fesseln und in dieser Stellung tagelang in einem kleinen hölzernen Verschlag fest gehalten zu werden. Das sind die Qualen, die wir alle während der Tage der Verhöre erleiden mussten.

Wenn wir aßen, mussten wir es mit gefesselten Händen und verbundenen Augen tun. Der einzige Unterschied war, dass die Hände nicht hinter dem Rücken sondern vorne gefesselt waren, und so mussten wir blindlings irgendwie an das Essen kommen.

Kulu al-Arab: Ist jemand an den Folgen der Folter gestorben?

Abduljabbar al-Kubaysi: Ja, es starben einige Menschen an den Folgen der Folter, unter ihnen Adel Al-Duri, der über sechzig war. Er war Führungsmitglied der Baath Partei. Hamza Zubeidi, der ehemalige Premierminister, war schon über siebzig, und Waddah Achajj war ein 58jähriger Sicherheitsbeamter.

Kulu al-Arab: Wie viele hochrangige Gefangene waren in diesem Gefängnis?

Abduljabbar al-Kubaysi: Es waren 103 Gefangene. Dann waren noch die Mitglieder des Widerstands, die von den anderen isoliert in einem Pavillon waren, so wie ich in den ersten sechs Monaten. In dieser Gruppe waren an die siebzehn Männer und neun Frauen. Als ich entlassen wurde, waren sie immer noch in Isolationshaft und wir wissen nicht, was mit ihnen passiert ist.

Kulu al-Arab: Neben Folterungen gab es auch Bestechungsversuche. Haben Sie das auch erlebt?

Abduljabbar al-Kubaysi: Natürlich. Sie boten mir Geld und Positionen in der neuen Regierung an. Sogar mehr als das. Sie sagten mir: "Du kannst uns kritisieren, aber gib uns dein Einverständnis für die Teilnahme am politischen Prozess und den Wahlen im Dezember 2005." Ich lehnte ihr Angebot ab und deshalb, so wurde mir gesagt, würde ich bis nach dieser Wahl nicht frei gelassen werden. So war es dann auch. Ich sagte ihnen auch, dass ich für den Widerstand wäre und wenn es dreißig Jahre dauern würde, würde ich sie bekämpfen. Einer der Generäle antwortete mir mit folgenden Worten: "Stell zwei Bataillone auf und kämpfe gegen uns, aber schreibe nichts über uns." Darauf konnte ich nur sagen: "Ich bin kein Kämpfer mit dem Gewehr und ich bin schon über sechzig. Das einzige, was ich tun kann ist schreiben. Und das werde ich auch weiterhin tun."

Kulu al-Arab: Was sind die größten Probleme für die Gefangenen?

Abduljabbar al-Kubaysi: Die Ernährung. Die Gefangenen müssen unglaublichen Hunger erleiden. Sie gaben uns je einen Löffel Reis, ein bisschen Getreide und ein Stück Fleisch. Ich übertreibe nicht. Als sie den Speiseplan änderten, bekamen wir drei Löffel Nudeln. Wie es in den Briefen der Gefangenen an das Internationale Rote Kreuz klar zum Ausdruck kommt, ist der Hunger eines der größten Probleme der Gefangenen.

Das Interview wurde auf <http://al-Basra.net> erstmalig publiziert.

28. Dezember 2005

<http://widerstandsreport.sedunia.org/>

GENOZID IN AL-FALLUDSCHA ?

Die umkämpfte Stadt al-Falludscha - Symbol des Widerstandes Eine Einschätzung von der Redaktion des Widerstandsreports

Die Kriegsverbrechen der Amerikaner

"Ich brauche ein weiteres Herz und Augen, um es zu ertragen, weil meine eigenen nicht ausreichen, um zu ertragen was ich gesehen habe. Nichts rechtfertigt, was mit dieser Stadt getan wurde. Ich habe nicht ein Haus und nicht eine Moschee gesehen, die nicht zerstört war. Es gab Familien, die hatten nichts mehr. Ich traf eine Familie mit drei Töchtern und zwei Söhnen. Einer ihrer Söhne, Mustafa, der 16 Jahre alt war, war von amerikanischen

Scharfschützen getötet worden. Dann wurde ihr Haus niedergebrannt." Eine Mitarbeiterin des Roten Halbmondes zur Situation in al-Falludscha.

Anfang November startete die US-Armee ihre sogenannte "Operation Morgendämmerung". Diese klinisch sauberen Begriffe haben jedoch nicht das geringste gemein mit den abscheulichen Massakern die in der 300 000 Einwohner zählenden Stadt passierten. Kein einziger westlicher Journalist außer den eingebetteten amerikanischen Kriegsreportern, war in diesen Tagen in al-Falludscha um sich ein Bild von dem Maß der von den USA angerichteten Zerstörung zu machen. Jedoch scheuten die Medien nicht davor zurück die jubelnde Kriegsrhetorik einer Besatzungsmacht anzunehmen: "1200 Extremisten wurden liquidiert". Meinten sie damit den kleinen toten Jungen, der in dem hinterlassenen Blutbad auf den Straßen al-Falludschas lag und sich an einen kopflosen Mann (vielleicht sein Vater oder Onkel) klammerte? Waren damit die Ärzte und Verwundete im Krankenhaus al-Falludscha gemeint, das als erstes bombardiert wurde oder etwa die betenden Menschen in der al-Aqsa Moschee in al-Mu'allimin, die durch US-amerikanische Bomben total zerstört wurde? Der einzige Berichterstatte aus der umkämpften Stadt al-Falludscha, der Informationen und Interviews vom irakischen Widerstand veröffentlicht, ist die irakische Zeitung *islammemo*. Diese Berichte über die Aktionen des Widerstandes, getötete Amerikaner und getötete Zivilisten finden in der westlichen Medienwelt kein Gehör. Die folgenden Ausführungen berufen sich neben den offiziell verlautbarten Eingeständnissen der Amerikaner in aller erster Linie auf die Berichterstattung von *islammemo*.

Die 300 000 Einwohner zählende Stadt al-Falludscha hat eine Gesamtfläche von ungefähr 25 km². Allein in der Nacht von Montag auf Dienstag, den 9. November wurden mehr als 40 000 Streubomben auf die Bewohner al-Falludschas niedergebommt. Napalm, Phosphor und Giftgas wurde gegen die Menschen al-Falludschas eingesetzt. Ältere Bewohner der Stadt, die den Krieg zwischen Irak und Iran, als auch die beiden Aggressionsangriffe der Amerikaner miterlebt hatten, berichteten, noch nie zuvor solch starke Bombardierungen gesehen zu haben. Das erste Ziel der amerikanischen Bomben war das Krankenhaus von al-Falludscha. Von den benachbarten Dächern aus schossen amerikanische Scharfschützen auf jeden der in ihr Visier kam. Nachdem die Amerikaner auch einen der Rettungsfahrer in seinem Rettungswagen erschossen, gibt es in al-Falludscha gerade einmal einen intakten Rettungswagen. Sich ein Bild von der katastrophalen Zerstörung in all ihrem Ausmaß in al-Falludscha zu machen scheint unmöglich. In den Straßen al-Falludschas, über denen ein Leichen- und Verwesungsgeruch liegt, spazieren amerikanische GIs an den in Blutlachen liegenden Leichen vorbei und lassen die toten Irakerinnen und Iraker von den Hunden und Katzen auffressen. Eine Bestattung der Leichen wird von amerikanischen Soldaten verhindert. Wer wird sich in Jahrzehnten für die heute begangenen Verbrechen verantworten müssen?

Die Lügen der amerikanischen Kriegspropaganda und die Realität des Widerstandes in al-Falludscha

Spätestens seit Verlautbarung des offiziellen Kriegsendes durch George Bush im Mai 2003 kamen einige öffentliche Zweifel über die Validität der amerikanischen Kriegsberichterstattung auf. 90 % der 1070 getöteten amerikanischen Soldaten [1] starben erst nach diesem verlautbarten sogenannten "Kriegsende". Bereits im Laufe des Jahres 2003 sollte ein Großteil der 150 000 im Irak stationierten Soldaten, zumindest die Hälfte aus dem Irak abgezogen werden. 1 1/2 Jahre später beläuft sich die Zahl der Soldaten nach wie vor ungefähr auf die selbe Zahl: im Zuge der Vorbereitungen auf das große Massaker in al-Falludscha wurden die amerikanischen Soldaten von 138 000 auf 142 000 aufgestockt. Während die Amerikaner abermals voreilig mit 13. November 2004 das offizielle Ende der Offensive in al-Falludscha bekannt gaben, sind die Amerikaner Mitte Dezember nach wie vor in schweren Kämpfen mit den Widerstandskämpfern al-Falludschas verwickelt. Ein Flüchtling aus dem in Sqlawiyah errichteten Flüchtlingslager [2] wies einen amerikanischen Offizier darauf hin, dass ihnen am 15. Dezember die Rückkehr nach al-Falludscha versprochen wurde, darauf antwortete der Offizier: "Ich glaube, dass ihr hier mehrere Monate bleiben werdet, weil die Kämpfe sind gerade erst wieder ausgebrochen und sie sind stärker als je zuvor." Nachdem die Amerikaner bereits im April einen Vernichtungszug gegen die Bewohner al-Falludschas starteten, bei dem mindestens Tausend zivile Opfer getötet wurden, versuchten sie diesen November abermals den Widerstand in al-Falludscha zu brechen. Doch trotz des barbarischen Vorgehens der amerikanischen Kriegsverbrecher machten die irakischen Widerstandskämpfer das Unmögliche möglich und schafften es die größte High-Tech Armee dieser Welt davon abzuhalten al-Falludscha einzunehmen. Schon nach den ersten Tagen der Operation vermeldeten die Amerikaner, 90 % al-Falludschas sei in den Händen der Besatzer. Aber gerade in jenen Tagen hat sich die Vorgehensweise der Widerstandskämpfer von Tag zu Tag verbessert. Bereits zu Beginn der Kämpfe in al-Falludscha haben sich alle dort kämpfenden Gruppen vereint und sowohl einen Oberkommandierenden als auch einen offiziellen Sprecher

ernannt. Seit diesem Zusammenschluss wurden die Aktionen des Widerstandes koordinierter und die militärischen Taktiken verbesserten sich. Am Montag, den 8. November nahmen Widerstandskämpfer im Süden der Stadt 38 amerikanische Soldaten gefangen. Ein Video der Gefangenen wurde an Fernsehsender wie al-Arabya und al-Jazeera geschickt, jedoch aus Furcht vor den Reaktionen der Amerikaner "aus Sicherheitsgründen" nicht ausgestrahlt. Als al-Jazeera 2003 amerikanische Kriegsgefangene zeigte, wurde daraufhin für mehrere Tage der Server von al-Jazeera lahmgelegt. Am 11. 11. strahlte al Jazeera ein Video des Widerstandes aus, bei dem 20 Gefangene der irakische Marionetten-Nationalgarde zu sehen sind. Am 13. November baten die Amerikaner erstmals um Waffenstillstand mit den Widerstandskämpfern in al-Falludscha. Aufrufe zum Waffenstillstand wurden durch Lautsprecher verlautbart. Iyyad Allawi sprach in diesen Tagen, nachdem Tausende Zivilisten ermordet wurden, erstmals über eine sogenannte "friedliche Lösung, um Leben zu retten".

Diese Vorgehensweise gleicht der amerikanischen Taktik im April diesen Jahres. Nachdem die Amerikaner einen einzigen Vernichtungsfeldzug gegen die Bewohner al-Falludschas starteten, nachdem sie die grausamsten Waffen die die Menschheit je hervorgebracht hat gegen die Menschen al-Falludschas einsetzten, gelang es ihnen dennoch nicht den Widerstand der Menschen al-Falludschas gegen Besatzung und Fremdherrschaft zu brechen. Die Amerikaner führten gegen al-Falludscha keinen Krieg - was in diesen Tagen in al-Falludscha passierte war ein Vernichtungsfeldzug unvorstellbaren Ausmaßes. Dass der Widerstand der Stadt dennoch noch nicht gebrochen ist, ist einzig und allein auf die Stärke des Widerstandes zurückzuführen. Da die USA ein abermaliges Versagen ihres Vernichtungsfeldzuges erkannten, wollten sie im Dezember, wie es auch im April der Fall war einen Waffenstillstand mit dem Widerstand schließen. Gerade während dieses sogenannten "Waffenstillstandes" bombardierten die Amerikaner mehrere Gebäude in al-Falludscha. Einen Einblick über die tatsächlichen Verluste auf amerikanischer Seite geben vielleicht folgende Zahlen: 40 Wracks amerikanischer Panzer lagen auf der al-Jumhuriyah-Straße. Allein am 13. November zerstörte der irakische Widerstand 25 amerikanische Panzer.

Trotz der hohen Anzahl der Bomben und Luftangriffe auf die Stadt schoss der Widerstand 6 Kampfhubschrauber und 5 Hubschrauber des Typs "Black Hawk", sowie ein Luftfahrzeug des Typs "Apache" seit Beginn der "Operation Morgendämmerung" bis Mitte November ab. So ließen die Widerstandskämpfer in einem Kommuniqué der Ratsversammlung der Mujaheddin verlautbaren: "Die Anschläge der Amerikaner haben nur unsere Entschlossenheit und unser Durchhaltevermögen auf dem Pfad der Wahrheit gestärkt". Während den schweren Kämpfen in der Stadt al-Falludscha wurde eine generelle Modifizierung der Vorgehensweisen des irakischen Widerstandes ersichtlich. Während die amerikanischen Besatzer einen Großteil ihrer Truppen um al-Falludscha konzentrieren mussten, fanden in den restlichen irakischen Städten koordinierte und große Angriffe auf die Amerikaner statt. Bei sogenannten Angriffen der "*Stunde Null*" wurden zum selben Zeitpunkt in vielen irakischen Städten Angriffe auf amerikanische Ziele gestartet. In einem Interview ließ der offizielle Sprecher der Ratsversammlung der Mujaheddin Abu Sa'd ad-Dulaymi verlautbaren, dass die Behauptung von 1000 getöteten Widerstandskämpfern eine Lüge sei, denn der Großteil der Getöteten sind Zivilisten.

Einen Monat nach Beginn der "Operation Morgendämmerung" sind die Amerikaner vom irakischen Widerstand in al-Falludscha umzingelt

Die für Januar 2005 geplanten Wahlen im Irak bescheren den Amerikanern zunehmend große Probleme. Ein Monat nachdem al-Falludscha schon längst unter amerikanischer Kontrolle sein sollte, und nur mehr wenige Wochen vor den geplanten Wahlen scheint die Situation der amerikanischen Besatzer schier aussichtslos. Wichtige Vertreter des Widerstandes und religiöse Vertreter rufen zum Boykott der Wahlen im Januar auf. Auch die engsten Verbündeten der Amerikaner äußern Zweifel ob es nicht "verfrüht" sei, die Wahlen bereits im Januar durchzuführen. Nach Einsatz der brutalsten Kriegsmaschinerie und völkerrechtlich geächteten Waffen kontrollieren die Amerikaner gerade einmal den nördlichen Teil al-Falludschas, der Süden ist unter Kontrolle des Widerstandes. Im Norden der Stadt errichteten Widerstandskämpfer jedoch Straßenblockaden und trieben amerikanische Soldaten in den Hinterhalt, sodass sie tagelang im Norden der Stadt umzingelt waren. Abermals gleichen die amerikanischen Strategien denen im April diesen Jahres. Nachdem sie nicht in der Lage waren die Stadt zu besetzen, übergaben sie die Kontrolle der irakischen Polizei. Die Polizisten al-Falludschas sind jedoch im Gegensatz, zu den restlichen im Irak eingesetzten Polizisten von den Bewohnern al-Falludschas gewählte Polizisten, die mit dem Widerstand und gegen die amerikanische Besatzung sind. Die Machtübergabe an die Polizei, im April, als auch jetzt im Dezember heißt in der Realität die Niederlage der Amerikaner.

Am Donnerstag, dem 17. Dezember fand, laut Angaben des offiziellen Sprechers der Ratsversammlung der Mujaheddin Sheich Abu As'ad -Dulaymi, der größte Militäraufmarsch der Amerikaner statt, den al-Falludscha je gesehen hat. Mehr als 4000 Soldaten, 400 Panzer, 200

gepanzerte Fahrzeuge rückten in die Stadt vor. Es schien, als ob die Amerikaner den letzten Tag des Widerstandes vorbereiten wollten, sagte Scheich Abu As'ad-Dulaymi. Jedoch zog gerade an jenem Tag massiver Nebel über den Himmel al-Falludschas auf, was den Amerikaner erhebliche Probleme bescherte. Die amerikanische Kriegsmaschinerie und Gerätschaft wurde angesichts dessen wertlos und die Amerikaner sahen sich in einer schier hilflosen Lage, es kam zu großen Verlusten auf amerikanischer Seite. Die Amerikaner ließen durch Lautsprecher verlautbaren: "Wenn ihr wirkliche Kämpfer seid, dann verhaltet euch ritterlich." Der Widerstand antwortete mit Mikrofonen aus der Moschee: "Jetzt, nachdem ihr die erniedrigende Bestrafung erfahren habt, sprecht ihr von Ritterlichkeit. Nun erfahrt selbst, was ihr versprochen habt!" Dem Widerstand gelang es Hunderte Waffen der Amerikaner an sich zu nehmen, wie 181 Maschinengewehre, 194 Körperschilder, Kompass und vieles mehr. Am Freitag, den 17. Dezember, nachdem die Amerikaner diese großen Niederlagen erfahren hatten, stellten sie unter Beweis wie kläglich die Kriegstaktik der größten High-Tech-Armee dieser Welt ist, wenn man von ihren Sicherheitsbunkern und Vernichtungswaffen absieht: Über Mikrophone ließen sie verlautbaren: "An alle Bewaffneten die sich im Süden der Stadt aufhalten, geben wir den Rat euch zu ergeben. Wir garantieren, dass ihr einen gerechten Prozess, nach irakischem Gesetz ohne Blutbad bekommen werdet." Die Widerstandskämpfer antworteten durch Lautsprecher von einer Moschee: "Frieden möge unter all jenen sein, die der Gerechtigkeit folgen. Den Besatzungstruppen, Nachkommen von Affen und Schweinen, raten wir, euch selbst zu ergeben. Darum wird, wenn ihr euch ergebet, die Strafe der Tod sein. Und wenn ihr euch nicht ergebet, wird die Strafe auch der Tod sein. Ihr könnt eure Lockangebote in euren Taschen lassen, denn wir haben nicht vor wie Strohmänner zu sterben.

[1] laut offiziellen Militärangaben der USA sind seit Ausbruch des Krieges im Irak 1070 US-Soldaten durch den Widerstand getötet worden.

[2] Durch die Kriegsverbrechen der Amerikaner mussten mehrere Zehntausende Bewohner al-Falludschas in die benachbarten Städte fliehen.

<http://widerstandsreport.sedunia.org/#einschaetzung>

TRIEBKRAFT DER GESCHICHTE

Über den vermeintlichen arabisch-islamischen Antisemitismus

Über den vermeintlichen arabisch-islamischen Antisemitismus Allgemeine Anmerkungen
anlässlich Klaus Theweleits Mahnschrift über die "Protokolle der Weisen von Zion" in der "Jungen
Welt" vom 5.12.05

Willi Langthaler

Besondere Aktualität gewinnt die Frage angesichts der wiederholten Attacken des iranischen Präsidenten Achmedinedschat auf Israel. Die alte revolutionäre antikoniale Losung der Vernichtung Israels als rassistischer jüdischer Apartheid-Staat, bzw. jene, die Kollektivschuld rhetorik beim Wort nehmende, Forderung der Verlegung Israels nach Deutschland und Österreich werden mit der Leugnung des Holocaust verknüpft. Das gibt nicht nur Anlass die bellizistische Propagandamaschine anzuwerfen, sondern auch der historischen Linken den willkommenen Vorwand, präventiv die Solidarität gegen eine aufziehende imperialistische Aggression zu verweigern.

Aber nun zum anlassgebenden Artikel: Prima vista scheint nichts gegen eine abermalige Entlarvung der antisemitischen Protokolle der Weisen von Zion als Fälschung einzuwenden zu sein. Indes, es wurde tausendmal gemacht, es ist zum Mainstream und zur Staatsdoktrin geworden, doch die Legende der jüdischen Weltverschwörung hält sich weiterhin. Diejenigen, die meinen dem Problem eventuell mit einer tausendundersten Widerlegung Herr werden zu können, sein an Marxens Religionskritik erinnert. Dieser meinte, die Kritik der Religion bringe letztere noch lange nicht zum Verschwinden. Dafür müssten die Umstände, deren Widerspiegelung die Religion sei, aufgehoben werden.

Unter diesem Gesichtspunkt verkehren sich die Meriten Theweleits und Hadassa Ben-Ittos, auf die sich ersterer bezieht, in ihr Gegenteil. Denn dort wo der Artikel gegenwärtige Politik berührt, reproduziert er zionistische Ideologeme, die ihrerseits den Antisemitismus nur anheizen können, denn Israel besteht auf dem Alleinvertretungsanspruch für alle Juden auf dieser Welt und nimmt sie dadurch in die intellektuelle Geiselhaft für die andauernden kolonialen Verbrechen des Zionismus.

Ein alter Hut ist dabei der antisowjetische und antikommunistische Seitenhieb. Wir wollen in keiner Weise bestreiten, dass der Antisemitismus vor allem in der russischen Intelligenz auch nach der Oktoberrevolution, wenn auch in abgeschwächtem Maße, fortlebte. Ebenso wenig geht es darum zu leugnen, dass in den Fraktionskämpfen im Kreml antisemitische Vorurteile instrumentalisiert wurden, beispielsweise in der sogenannten Ärzteverschwörung. Aber Theweleit, Ben-Itto zitierend, zielt auf etwas ganz anderes ab: "Vom zaristischen Russland geschaffen, um die Juden als die Führer der revolutionären Bewegung der Bolschewiki zu brandmarken, wurden sie [die Protokolle der Weisen von Zion] später vom kommunistischen Regime zu einem Werkzeug seiner antijüdischen Politik, seiner ständigen Feindschaft gegen Israel und zur Unterstützung der Araber im Nahen Osten umfunktioniert." Hier sind wir bei der plattesten Form der zionistischen Propaganda angelangt. Die kritische Haltung gegenüber der Kolonialnation Israel und die Unterstützung für die kolonisierten Araber transformieren sich tout court zum Antisemitismus und gar zur Blaupause der Protokolle. Und Theweleit setzt nach: "Aus der »jüdischen Verschwörung« war ein »zionistisches Komplott« geworden." Die Lächerlichkeit der antisemitischen Verschwörungstheorie soll helfen den politischen Vorwurf der kolonialen Landnahme und der Vernichtung der Palästinenser als Nation ebenfalls ins Lächerliche zu ziehen. Daher auch die Analogie zwischen der jüdischen Verschwörung und dem zionistischen Komplott. Doch das zionistische Handeln hat nicht mehr den Charakter des Komplotts wie jede andere politische Bewegung auch. Der Zionismus deklarierte von Anfang an seinen Alleinanspruch auf Palästina. Die logische Konsequenz daraus, die Vertreibung und/oder Vernichtung der Araber, schlägt sich mit der zivilisatorischen Mission als Legitimation und wurde daher nicht ganz so offen präsentiert. In dieser Hinsicht wäre der Begriff des Komplotts sogar gerechtfertigt. Theweleit schließt den Absatz trocken und scheinbar zusammenhangslos: "Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel erfolgte nach dem Sechs-Tage-Krieg, 1967." Die Suggestion ist klar. Es soll sich dabei um den ultimativen Beweis für den amtlichen sowjetischen Antisemitismus handeln. Kein Wort davon, dass es sich um einen Eroberungs- und Vertreibungskrieg handelte, der Millionen Palästinenser bis heute heimatlos machte. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen war Ausdruck eines moderaten offiziellen Protests gegen eine imperialistische Aggression. Dabei vergisst Theweleit zu erwähnen, dass es die UdSSR war, die Israel als erste anerkannte und seine Legitimität als jüdischer Separatstaat nie in Frage stellte – eine Position die mit dem Antizionismus der historischen kommunistischen Bewegung bricht und die Moskau von den arabischen Befreiungsbewegungen mit Recht nie verziehen wurde.

Die Sowjetunion gibt es nicht mehr und so bleibt der eigentliche Feind, der arabische Widerstand. In wenigen Zeilen, fast nebenbei, wird das ganze zionistische Theorem skizziert, ja untergeschoben. Der Kampf der Araber gegen Israel sei nichts als die Fortsetzung des nazistischen Antisemitismus. Der hanebüchene Beleg: In der arabischen Welt fänden die "Protokolle" weite Verbreitung.

Vorausschickend sei erwähnt, dass die zionistische These, die Triebkraft der Geschichte sei der ewige Antisemitismus, nichts anderes ist, als die Umstülpung des europäischen Antisemitismus, wie er beispielsweise in den Protokollen zum Ausdruck kommt. Dort findet sich, genauso unausgewiesen und metaphysisch, als Triebkraft der Geschichte die ewige jüdische Verschwörung. Nun wird sie umgekehrt zur ewigen antijüdischen Verschwörung. Im Ganzen wird der Antisemitismus vom Zionismus einfach ins Positive gedreht. Der rassistische Grundgedanke einer Besonderheit der Juden bleibt der gleiche.

Nun aber zum vermeintlichen arabischen Antisemitismus. Es kann hier weder darum gehen zu leugnen, dass die Protokolle in der islamischen Welt verbreitet sind, noch dass klassische antisemitische Ideologeme übernommen werden. Aber diese Tatsache lässt in keiner Weise einen Analogieschluss hin zum klassischen Antisemitismus zu. So würde niemand auf die Idee kommen, die USA als Hochburg des globalen Antisemitismus zu bezeichnen, obwohl in den USA der protestantische Fundamentalismus, der immerhin die Massenbasis der heute regierenden Oligarchie stellt, grundlegend antisemitisch ist. Im Gegenteil, die USA betätigen sich als Schutzmacht und Garant Israels, was sie im ideologischen Mainstream jedes Antisemitismus unverdächtig macht.

Man muss sich also die Mühe machen, den gesellschaftlichen Kontext antijüdischer Ideologien und Ideologeme zu analysieren. Nur so bekommt man ein klares Bild über die spezifische Funktion und Rolle des europäischen Antisemitismus, der dann verglichen werden kann. Doch schon allein dieses Anliegen ist durch die mythologische Tabuisierung im Post-91er-Mainstream als das Absolutböse, Unvergleichliche sehr schwer geworden.

Der Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts war (leicht vereinfacht und nicht in jedem Land im selben Ausmaß) das Kittmittel der Gesellschaft. Angesichts der scharfen Klassenauseinandersetzung gab er die Möglichkeit eine rassistisch vereinte Nation unter der Führung der Bourgeoisie zu beschwören, während die Verursachung des kapitalistischen Elends auf die Juden abgeschoben wurde. Der Antisemitismus machte sich die spezifische Struktur der jüdischen

Bevölkerung zu Nutzen, die in zwei scharf voneinander getrennte Gruppen zerfiel. Eine rezente Massenimmigration von armen Ostjuden ähnlich der heutigen Immigranten, sowie eine winzige wohlhabende und auch weitgehend assimilierte Gruppe, die seit dem Mittelalter fest mit den Eliten verbunden war. Die Operation war einfach und wird bis heute praktiziert: die Unterklassen zu spalten, indem man die ImmigrantenInnen als die Verursacher der sozialen Notlage darstellt. Im Gegensatz zu heute, konnte man den Sozialchauvinismus sogar mit einem falschen Antikapitalismus tarnen. Die Beteiligung der jüdischen Elite an der kapitalistisch-aristokratischen Macht wurde einfach auch den armen Juden untergeschoben. Im Nazismus fand der Antisemitismus dann als mobilisatorische Kraft seinen Höhepunkt. Zur Lösung der akuten kapitalistischen Krise musste die kommunistische Arbeiterbewegung zerschlagen und ein expansiver Aggressionskrieg geführt werden. Um dieses rationale, gegen die Massen gerichtete, Programm diesen plausibel zu machen, bedurfte es der irrationalen Tarnung des Antisemitismus.

Es ist leicht einzusehen, dass eine solche Konstellation im Westen heute nicht gegeben ist. Weder sieht sich die Bourgeoisie von einer nach der Macht greifenden kommunistischen Bewegung bedroht, noch gibt es eine jüdische Massenimmigration. Heute reicht der blanke Sozialchauvinismus gegen die vorwiegend aus Nahost, Afrika und Asien stammenden Immigranten aus. Wenn es eine Analogie zum historischen Antisemitismus gibt, dann ist es wohl die irrationale Moslemhatz. Außer vielleicht in Polen und Russland, wo die Wiedereinführung des Kapitalismus die historische Konstellation, die den Antisemitismus hervorbrachte, in ihren Grundzügen reproduzierte, gibt es den klassischen Antisemitismus nur mehr in Restbeständen.

Noch unterschiedlicher, ja diametral entgegengesetzt, stellt sich die Lage in der arabischen Welt dar. Diese leidet seit mehr als hundert Jahren unter dem westlichen Kolonialismus und Imperialismus, der sie der Selbstbestimmung beraubt und jede Entwicklung systematisch unterbindet, um so mehr als die Region bekanntermaßen die wichtigsten Quellen der unerlässlichen Energieträger beherbergt. Beredtes Beispiel ist die gegenwärtige Besetzung des Irak durch die imperiale Weltmacht USA.

Für die Beherrschung der arabischen Welt funktional, war von Anfang an der Zionismus mit seinem Plan der Besiedelung Palästinas als Vorposten der westlichen Welt. Begonnen unter dem britischen Mandat, übernahmen die USA Israel als ihr geostrategisches Werkzeug in der Region. Die Metapher vom landgestützten, bis an die Zähne bewaffneten Flugzeugträger der USA ist ebenso plakativ, wie richtig.

Seit Beginn der Besiedlung kam es zu unzähligen bewaffneten Konflikten und Kriegen zwischen Israel und den Arabern. Dabei ist unerheblich von welcher Seite sie begonnen wurden. Bekanntlich rechtfertigte Nazideutschland seinen Aggressionskrieg ebenfalls mit einem fingierten Angriff seitens Polens. Wie Rosa Luxemburg nicht müde wurde zu betonen, geht es um den Charakter der streitenden Seiten. Israel tritt da nicht nur als Kolonialmacht auf, sondern seine Interessen sind organisch mit jenen des westlichen Imperialismus verwoben. Die arabische Seite, trotz willfähriger prowestlicher Diktaturen oder auch aus antikolonialen Befreiungskämpfen hervorgegangene, auf ihre Unabhängigkeit bedachte Diktaturen, repräsentiert die unterworfenen, kolonisierten, unterdrückten Bevölkerung.

Nimmt man das demokratische Recht auf Selbstbestimmung ernst, so kommt dem arabischen Volk das unteilbare Recht auf Widerstand gegen den kolonialistischen Zionismus und seinen rassistischen Exklusivstaat Israel zu.

Die Inszenierung Israels als Staat der Holocaustüberlebenden und Schutzmacht der Juden gegen den ewigen Antisemitismus tut dem keinen Abbruch – ganz abgesehen davon, dass sie jeder Legitimität entbehrt.

Die historische Schuld an der Judenvernichtung trägt die europäische und insbesondere deutsche kapitalistisch-imperialistische Elite. Sie dem deutschen Volk als Ganzem zu unterstellen, dient der Entschuldigung des Kapitalismus mittels der Spiegelung der nazistischen Herrenmenschen-, zur liberalistisch-amerikanischen Kollektivschuldthese. Während die Juden von Gut zu Böse mutieren, wird den Deutschen die umgekehrte Verwandlung zugeschrieben. Nicht umsonst verfällt Europas Establishment in hysterisches Kreischen, wenn Irans neuer Präsident Achmedinedschat den Judenstaat, sei er denn aus dem Holocaust begründet, nach dem Verursacherprinzip folgerichtig nach Europa verlegen will. Ganz infam wird es aber dort, wo die Schuld am Holocaust und vor allem die Kontinuität des Antisemitismus den Arabern angedichtet wird. Es ist eine Tragödie der Geschichte, dass die Opfer des deutschen Imperialismus gegen die Opfer des amerikanischen Imperialismus in Stellung gebracht werden.

Die universalistische Lehre aus dem kommunistischen Widerstand gegen den Faschismus, nämlich der Kampf gegen jeden kapitalistischen Imperialismus, der so schön in Brechts Worten vom noch fruchtbaren Schoß, aus dem der Faschismus kroch, zusammengefasst wird, wird so umgebogen und auf die Mühlen eines neuen Imperialismus gelenkt, nämlich des US-amerikanischen. Von der

Konkurrenz der UdSSR befreit, nimmt er immer mehr die Fratze seines vermeintlichen historischen Widersachers, des deutschen Faschismus, an.

Der arabische Widerstand und Befreiungskampf gegen die USA und Israel hat mit dem historischen europäischen Antisemitismus aber auch gar nichts gemein. Ersterer ist grundlegend antiimperialistisch, zweiterer grundlegend proimperialistisch.

Wenn klassische antisemitische Ideologeme übernommen werden, so spielen diese eine völlig untergeordnete Rolle. Meist finden sie sich im Bereich des klassischen europäisierenden, sekulären Nationalismus, während sowohl der linke als auch der islamische Widerstand die Trennung zwischen Judentum und Zionismus vornimmt.

Im übrigen ist Israel selbst der Vorreiter der These der Identität von Judentum und Zionismus. So kann man zwar kritisieren, dass viele Araber den Zionismus beim Wort nehmen und die Verbrechen Israels allen Juden zuschreiben. Wundern darf es indes nicht. Wenn Israel den Holocaust für seine Expansion auf Kosten der Palästinenser missbraucht, so liegt es nahe, dass die arabisch-islamische Welt dazu tendiert, die Formel umzudrehen. Wenn es der Holocaust ist, der Israels Anspruch auf Palästina begründet, dann sei er weggeleugnet. So falsch die Inversion sein mag, so sehr trägt der Zionismus selbst die Schuld daran. Achmedinedschat trifft indes den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt, dass der Holocaust für Europa zu einem unantastbaren religiösen Dogma geworden ist.

Bruchlinien Nr. 17 Februar 2006

http://www.bruchlinien.at/index.php?subaction=showfull&id=1140259055&archive=&start_from=&ucat=28&

JUSTIZ GEGEN RECHT

Prozess gegen Ex-Bundesrat Gudenus am 26. April

Anklage lautet auf Wiederbetätigung nach Paragraph 3h Verbotsgesetz

Wien - Der ehemalige freiheitliche Bundesrat John Gudenus muss sich am 26. April wegen Wiederbetätigung nach Paragraph 3h Verbotsgesetz vor einem Wiener Schwurgericht verantworten. Das bestätigte heute, Montag, das Straflandesgericht. Die Verhandlung ist auf einen Tag anberaumt, dem mittlerweile aus der Länderkammer ausgeschiedenen Ex-Politiker droht im Fall eines Schuldspruchs eine Freiheitsstrafe zwischen einem und zehn Jahre.

Gudenus hatte Ende April 2005 in der ORF-Sendung "Report" verlangt, die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich "physikalisch und wissenschaftlich zu prüfen". Mit weiteren umstrittenen Aussagen ("Es gab Gaskammern, aber nicht im Dritten Reich. Sondern in Polen. So steht es auch in Schulbüchern") sorgte er neuerliches Aufsehen. Am 29. Juni hob der Wiener Landtag, von dem er als Ländervertreter ins Hohe Haus entsandt worden war, seine Immunität auf.

Zweite Auslieferung

Am 14. September wurde Gudenus auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft ein zweites Mal ausgeliefert: Bei einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen hatte er laut einem Protokoll des Innenministeriums erklärt, auf einem Foto abgebildete jugendliche Häftlinge würden - bezogen auf ihren körperlichen Zustand - "eigentlich ganz gut aussehen", während er (Gudenus, Anm.) "schlechter aussehe".

Die Staatsanwaltschaft nahm darauf hin Ermittlungen nach jener Bestimmung im Verbotsgesetz auf, die das Leugnen oder Verharmlosen von NS-Verbrechen unter Strafe stellt. Demnach wird bestraft, "wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium bzw. öffentlich auf eine Weise, dass es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht". (APA)

Der Standard.at 6 März 2006.

<http://derstandard.at/?url=?id=2372118>

Gudenus-Prozess noch vor Ostern

Wien - Der ehemalige freiheitliche Bundesrat John Gudenus wird sich vermutlich noch vor

Ostern wegen Wiederbetätigung nach dem Verbotsgesetz im Wiener Landesgericht verantworten müssen. Das deutete jedenfalls Richter Walter Stockhammer am Mittwoch an, nachdem er zum Vorsitzenden des Geschworenengerichtes bestimmt wurde. "Lange werd' ich für die Vorbereitung nicht brauchen. So umfangreich ist der Akt nicht", meinte er auf Anfrage.

"Honsik-Richter" leitet Verfahren

Stockhammer hat Erfahrung mit Angeklagten, die die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich in Abrede stellen. Er hat 1992 den Prozess gegen Gerd Honsik geleitet, der in seiner rechtsextremen Zeitschrift "Halt" und seinem Buch "Freispruch für Hitler?" wortreich die Vernichtungslager des Nazi-Regimes und die Massenvergasungen geleugnet und sich dabei pseudowissenschaftlicher "Gutachten" bedient hatte. Seine Ausführungen wurden im Rahmen des gerichtlichen Beweisverfahrens vom Wiener Zeithistoriker Gerhard Jagschitz in einer umfangreichen Expertise widerlegt. Honsik wurde wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung rechtskräftig zu eineinhalb Jahren unbedingter Haft verurteilt, worauf er sich nach Spanien absetzte.

Beweisverbot für Holocaust-Leugner

Mittlerweile gilt für Holocaust-Leugner, die vor ein österreichisches Gericht gestellt werden, das so genannte Beweisverbot. Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat in seiner Judikatur klar gemacht, dass die Massenvernichtung in Gaskammern während der NS-Zeit historisch erwiesen ist und keiner Erörterung bzw. Beweise mehr bedürfen. "Gutachten" oder sonstige Anträge, mit denen Auschwitz geleugnet werden soll, werden in Folge dessen nicht mehr als Beweismittel zugelassen.

Ausgeliefert

Genau solche Zweifel hatte Gudenus Ende April 2005 in der ORF-Sendung "Report" und auch in einem Interview mit dem "Standard" angedeutet, indem er verlangte, die Gaskammer-Frage solle "ernsthaft debattiert" und "physikalisch und wissenschaftlich" geprüft werden. Mit weiteren umstrittenen Aussagen ("Es gab Gaskammern, aber nicht im Dritten Reich. Sondern in Polen. So steht es auch in Schulbüchern") sorgte er dafür, dass der Wiener Landtag, von dem er als Ländervertreter ins Hohe Haus entsandt worden war, seine Immunität aufhob. Am 14. September wurde Gudenus auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft ein zweites Mal ausgeliefert: Bei einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen hatte er laut einem Protokoll des Innenministeriums erklärt, auf einem Foto abgebildete jugendliche Häftlinge würden - bezogen auf ihren körperlichen Zustand - "eigentlich ganz gut aussehen", während er (Gudenus, Anm.) "schlechter aussehe".

Verbotsgesetz

Die Staatsanwaltschaft wirft ihm in einer seit der Vorwoche rechtskräftigen, zwölf Seiten umfassenden Anklageschrift das Leugnen bzw. Verharmlosen von NS-Verbrechen vor. Nach der entsprechenden Bestimmung im Verbotsgesetz macht sich strafbar, "wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium bzw. öffentlich auf eine Weise, dass es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, grüßlich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht." Strafraum: ein bis zehn Jahre Haft.

Artikel vom 01.02.2006

<http://kurier.at/oesterreich/1264798.php>

MANNHEIM

Anklage gegen mutmaßliche Holocaust-Leugner

Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat Anklage gegen die beiden mutmaßlichen Holocaust-Leugner **Germar Rudolf** und **Siegfried Verbeke** erhoben. Sie werden sich, wie auch der Rechtsextremist **Ernst Zündel**, wegen Volksverhetzung vor dem Mannheimer Landgericht verantworten.

Der 41 Jahre alte Rudolf und der 64-jährige Belgier Verbeke sollen den millionenfachen Mord an den Juden in der NS-Zeit weltweit systematisch geleugnet und verharmlost haben. Den Ermittlern zufolge sollen sie zudem mit antisemitischer Hetze zum Hass gegen Juden aufgestachelt haben.

Im Internet und in verschiedenen Publikationen hätten die einschlägig vorbestraften Männer ihre Aktivitäten "mit großem Aufwand" betrieben, sagte der Behördensprecher. Die beiden Männer sind auch wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener angeklagt. Der Prozess soll "in der zweiten Jahreshälfte" beginnen, bestätigte ein Sprecher des Mannheimer Landgerichts. Einen genauen Termin gibt es noch nicht.

Nach bisherigen Erkenntnissen haben die beiden Angeklagten nicht direkt mit Zündel zusammengearbeitet. Der 66-Jährige muss sich seit Februar wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht Mannheim verantworten. An den bisherigen sechs Verhandlungstagen äußerte er sich nicht zu den Vorwürfen..

SWR.de 18. April 2006

<http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=1209148/1u8yw76/>

KLINKE

Protest gegen rechtes Zentrum

Demonstration gegen »Collegium Humanum« in Vlotho. In rechter Kaderschmiede geben sich Holocaust-Leugner die Klinke in die Hand

Hans Daniel

Über 800 Bürger der nordrhein-westfälischen Stadt Vlotho demonstrierten am vergangenen Samstag gegen eine »Hochburg der Auschwitzleugner«. Diese sehen sie im »Collegium Humanum«, das in ihrer Stadt auf dem Winterberg zu finden ist. »Haut ab, Nazis« war da zu lesen und »Faschismus ist keine

Meinung, sondern ein Verbrechen«. Es war nicht der erste Protest gegen die Holocaustleugner in Vlotho. Auf dem Sommerfeldplatz hatte Bürgermeister Bernd Stute bereits im Sommer letzten Jahres mit Blick auf die Betreiber des Collegiums erklärt: »Wir wollen euch hier nicht und wir wollen eure vorgestrige Ideologie nicht. Und ihr habt nirgendwo das Recht, euren geistigen Müll zu verbreiten.«

Horst Mahler als Referent

Am kommenden Wochenende findet im Collegium an der Bretthorststraße erneut ein Seminar statt. Das Thema der Veranstaltung lautet »Die Idee des völkischen Staates in der deutschen Philosophie und Praxis«. Hitler habe »im Nationalsozialismus eine echte Alternative zu Demokratie und Diktatur« entwickelt, heißt es ganz offen in der Ankündigung. Referenten sind neben weiteren der Neonazi Horst Mahler sowie der Schweizer Auschwitzleugner Bernhard Schaub. Als Wanderprediger für einen »homogenen Volkskörper«, in dem nicht »an jeder Ecke ein Neger, Kebabstand und Südamerikaner steht«, ist er auch beliebter Gastredner bei der NPD und anderen neofaschistischen Bündeln. Für ihn gilt: »Der Nationalsozialismus ist ein großartiger Versuch gewesen, der fehlgeschlagen ist.«

Leider irrte sich Vlothos Bürgermeister Stute im Sommer, als er sagte, daß die Geschichtsrevisionisten kein Recht hätten, ihre Propaganda zu verbreiten. Als Mitte Januar das im letzten Frühjahr gegründete »Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum« ein Verbot des Seminars »Grundelemente der deutschen Weltanschauung unter Berücksichtigung von Hitlers »Mein Kampf« forderte, wurde es laut *Vlothoer Anzeiger* vom 25. Januar belehrt: »Die Kreispolizeibehörde ist zu dem Schluß gekommen, daß für ein Verbot die rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind«. Es habe sich um eine nichtöffentliche Veranstaltung gehandelt. Auch der Einwand, daß die Veranstaltung im Internet und damit öffentlich angekündigt worden war und der Hinweis auf den Programmpunkt »Die ungeheure Wirkung des Holocaust, der so, wie er dargestellt wird, nicht stattgefunden hat«, half nicht. »Es ist jedem selbst überlassen, wie er seine Einladung verschickt«, beschied Polizeisprecher Detlef Albers am 26. Januar, dem Vorabend des rituellen Staatsgedenkens zum Holocausttag.

CDU blieb Protest fern

Die Geschichte der rechten Bildungsstätte reicht vier Jahrzehnte zurück.

Der von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß zum Leiter der »Reichsmittelstelle für Volkstumsarbeit« berufene Werner Georg Haverbeck hatte 1963 das »Collegium Humanum, Akademie für Umwelt- und Lebensschutz e. V.« als Nachfolger des »Weltbundes zum Schutz des

Lebens« gegründet.

Unter der Amtsführung seiner Frau, Ursula Haverbeck-Wetzel, ist in den Folgejahren ein Zentrum der Holocaust-Leugner in Deutschland entstanden, in dem auch führende Revisionisten vom Schlage des Kanadiers Ernst Zündel auftreten konnten. 1984 wurde an dem Ort das »Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers« und – demonstrativ am Jahrestag der Pogromnacht von 1938 – am 9. November 2001 der »Verein zur Rehabilitierung der wegen des Bestreitens des Holocausts Verfolgten« gegründet.

Trotz dieser Tatsachen gelten für die Betreiber des Zentrums offenbar die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Regeln des Rechtes auf »freie Meinungsäußerung«. Diese Ansicht scheint auch die örtliche CDU-Führung zu teilen. Sie verweigerte die Teilnahme an der eingangs erwähnten Demonstration, weil sie nicht gemeinsam mit Antifaschisten auf die Straße gehen mochte.

Junge Welt 31.01.2006

<http://www.jungewelt.de/2006/01-31/011.php>

guenter.deckert@freenet.de [mailto:guenter.deckert@freenet.de]
Sent: Thursday, 19 January 2006 12:34 AM

Gilad Atzmon, a Jew, is permitted to deny the Holocaust in Germany!

Abschrift

der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft (StA) Bochum zu meiner Anzeige vom 10.12.05 gegen den Israel-Juden Gilad Atzmon

Vorbemerkung – Am 10. Dez. 2004 hatte ich an die zuständige StA über das PR (Polizeirevier) Weinheim Anzeige erstattet und Strafantrag gestellt gegen den Israel – Juden Gilad Atzmon aufgrund dessen Äußerungen bei einer Veranstaltung in Langendreer (bei Bochum), Ruhrgebiet, was die Ruhrnachrichten, Bochum, am 9.12.05 zu folgender Überschrift veranlaßte: "Der Holocaust ist eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung".

Im Text, unter der Überschrift "Hitzige Debatte", heißt es dann nochmals: "... Atzmon bezeichnete die uns bekannte Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust als eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung. Der wahre Feind sei nicht Hitler, sondern Stalin gewesen. Die Deutschen sollten dies endlich erkennen und sich nicht länger schuldig und auch verantwortlich fühlen. "Ihr seid die Opfer", meinte Atzmon. (.....)

Besonders heftig entbrannte die Diskussion, als Atzmon die Zahl der während des Holocaust umgekommenen Juden in Frage stellte und argumentierte, es gäbe "keinerlei forensischen Beweis" dafür, daß diese wirklich 6000.000 betragen habe. Eine These, die ihm massive Kritik seitens des Publikums einbrachte."

Diese Vorbemerkung ist erforderlich, sonst kann man die nachfolgende Stellungnahme der StAnwaltschaft Bochum vom 9.1.06 zu Az. 33 Js 440/05 nicht nachvollziehen. – Die Stellungnahme stammt von Frau StAnwältin Wenzel und ging bei mir am 13. Januar ein.

Günter Deckert

Weinheim, den 18.1.2006 (1871: Das 2. Kaiserreich der Deutschen wird im Spiegelsaal von Versailles aus der Taufe gehoben. Ein großer Traum der Deutschen geht in Erfüllung, auch wenn die Einigung NUR in der kleindeutschen Form möglich wurde, denn die k & k-Deutschen blieben leider außen vor!)

Abschrift

Staatsanwaltschaft Bochum Hausanschrift:
Herrn Günter Deckert
Datum: 09.01.2006
Aktenzeichen:
33 Js 440/05
Ermittlungsverfahren gegen Gilad Atzmon

Wegen Verdachts der Volksverhetzung
Ihre Strafanzeige vom 10.12.2005

Sehr geehrter Herr Deckert,

bereits vor Eingang Ihrer vorbezeichneten Anzeige war hier bekannt, dass der Beschuldigte am 27.11.2005 in Bochum einen Vortrag gehalten hat, über den in der Zeitschrift "Ruhr Nachrichten" berichtet wurde. Deshalb wurde am 05.12.2005 von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. (1)

Allerdings ist der vollständige Wortlaut des Vortrages weder bekannt noch verlässlich zu ermitteln. Aus der Gesamtschau aller verfügbaren Informationsquellen – wie Berichterstattungen in der Presse, Stellungnahmen des Veranstalters und des Beschuldigten selbst – ergibt sich jedoch, dass der Beschuldigte den während der Zeit des Nationalsozialismus an dem jüdischen Volk begangenen Völkermord weder zu leugnen

(2) noch zu verharmlosen suchte; insoweit sind seine Äußerungen in dem vorgenannten Zeitungsartikel nur unvollständig bzw. aus dem Gesamtzusammenhang gerissen wiedergegeben worden.

Der Beschuldigte soll lediglich kritisiert haben, daß ein öffentliches Anzweifeln der Zahl von Millionen Todesopfern unter Strafe gestellt werde, obwohl selbst vom Holocaust-Museum Yad Vashem in verschiedenen

Studien die Zahlen von 5, 1 bis 5, 5 Millionen beziffert würden. Er habe lediglich zu verdeutlichen versucht, zu welchem Fetisch diese abstrakte Zahl geworden sei – als wenn der Holocaust gleich harmloser erscheine, wenn "nur" halb so viele Juden ermordet worden seien.

Der Beschuldigte selbst hat ausdrücklich darauf hingewiesen, kein Holocaust-Leugner zu sein. Es seien nicht nur Juden gewesen, die in diesem blutigen Krieg gestorben seien und die Zahl der Toten mache nicht den Unterschied.

Soweit der Beschuldigte die Zahl der Opfer anzweifelt, erfüllt dies nicht den Tatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 III StGB in Form des Verharmlosens. Verharmlosen ist sowohl das Herunterspielen des fraglichen Geschehens in tatsächlicher Hinsicht als auch das Bagatellisieren oder Relativieren in seinem Unwertgehalt. Ein quantitatives Verharmlosen ist zum Beispiel die Behauptung, die Zahl der ermordeten Juden liege allenfalls bei einer Million oder es habe jedenfalls die massenhaften Gaskammermorde nicht gegeben (zu vgl. Schönke/Schröder, StGB, 26. Aufl., § 130 Rdnr. 21 m.d.N).

Abgesehen davon, daß der Beschuldigte sich auf Studien, die Zahlen von ca. 5 Millionen zugrunde legen, bezieht, setzt der Tatbestand weiter voraus, dass das Verharmlosen in einer Weise erfolgt, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Dies ist aber unter Berücksichtigung der weiteren Ausführungen, der Holocaust erscheine durch eine Herabsetzung der Zahl nicht harmloser, ersichtlich nicht der Fall.

Aus dem Gesamtzusammenhang seiner Äußerungen ergibt sich somit auch, dass der Beschuldigte mit der Behauptung, die bekannte Geschichtsschreibung über den Holocaust sei eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung, offensichtlich nicht den Holocaust als solchen zu leugnen suchte. Es wird nämlich weiter die Ansicht vertreten, der wahre Feind sei nicht Hitler sondern Stalin gewesen. Dies läßt sich zwanglos dahingehend interpretieren, dass auf den Zeitpunkt der Kenntnisnahme der Amerikaner von dem Mord an der jüdischen Bevölkerung unter Hitler abgestellt und die These vertreten wird, die Amerikaner hätten deutlich früher als von ihnen behauptet Bescheid gewußt, jedoch erst in den Krieg eingegriffen, als ein Vordringen des Kommunismus nach Westen zu befürchten gewesen sei. Das Vertreten einer solchen Ansicht ist jedoch nicht von strafrechtlicher Relevanz, sondern von dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gemäß Art. 5 Abs. 1 GG gedeckt.

Schließlich soll auch der Beschuldigte nicht behauptet haben, die Deutschen sollten sich nicht schuldig fühlen sondern die jetzige Generation Deutscher.

Das Ermittlungsverfahren war daher gemäß § 170 Abs. 2 der Strafprozessordnung eingestellt worden, da sich gegen den Beschuldigten ein hinreichender Tatverdacht der Volksverhetzung gemäß § 130 Abs. 3 StGB nicht begründen ließ.

Hochachtungsvoll
(Wenzel) Staatsanwältin

NS: Der Text wurde grammatikalisch und sprachlich NICHT verändert!

(1) Bei § 130 ist keine Anzeige mehr erforderlich, da es sich um ein sog. Offizialdelikt handelt, d.h. die StA muß (!) ermitteln, wenn sie vom Sachverhalt Kenntnis erlangt.

(2) Schönke/Schröder ist ein Kommentar zum Strafgesetzbuch (StGB).

Ich habe bereits Beschwerde bei der zuständigen Generalstaatsanwaltschaft eingelegt. Danach geht eine Beschwerde an das Justizministerium (JM) in NRW und dann an den Petitionsausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen (NRW).

Ich werde über den weiteren Fortgang zu gegebener Zeit berichten.

NACHRUF

Der erste Schweizer Revisionist: Arthur Vogt (1917 – 2003)

von Jürgen Graf

Am 30. Oktober 2003, zwei Wochen vor seinem 86. Geburtstag, ist Arthur Vogt in einem Krankenhaus im Kanton Zürich verstorben. Obgleich nach den letzten Nachrichten mit seinem baldigen Ableben gerechnet werden musste, hat mich die Botschaft von seinem Hinschied getroffen, als habe der Tod einen nahen Verwandten dahingerafft.

Noch im Juni 2002, als ich Arthur in Kalifornien das letzte Mal persönlich traf, war er bei recht guter Gesundheit. Kaum zwei Monate später erlitt er einen Sturz, von dem er sich nie mehr erholt hat. Im Oktober dieses Jahres musste er nach einer Operation ins Krankenhaus eingeliefert werden, und sein Gesundheitszustand verschlechterte sich nun rapid; bei unserem letzten Telefongespräch konnte er nur noch mit grosser Mühe reden.

Der 1917 geborene Arthur Vogt war von Beruf Sekundarlehrer der naturwissenschaftlichen Richtung und hat jahrzehntelang an Schweizer Schulen Fächer wie Mathematik und Chemie unterrichtet. Daneben betätigte er sich erfolgreich auf dem Immobilienmarkt, erwarb mehrere Häuser und gelangte dadurch zu erheblichem Wohlstand. Im Mai 1945, unmittelbar nach Kriegsende, hat er geheiratet; seiner glücklichen Ehe sind drei Kinder entsprungen.

Politisch war Arthur Vogt nicht leicht einzuordnen. In sozialen Fragen stand er deutlich links von der Mitte und gehörte lange Jahre der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz an. Im Gegensatz zur Führung dieser Partei machte er sich aber Sorgen um den Fortbestand der ethnischen Homogenität der Schweiz, und deshalb trat er Ende der sechziger Jahre der Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat bei, deren Führer James Schwarzenbach er im Abstimmungskampf vor der ersten, dann am 7. Juni 1970 mit 54 zu 46 Prozent der Stimmen verworfenen Überfremdungsinitiative als Berater zur Seite stand. Aufgrund seines Einsatzes für den als "Fremdenhasser" verketzerten Schwarzenbach wurde Vogt denn auch aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Schon als junger Bursche empfand Vogt ausserordentliches Interesse für die Sowjetunion und die kommunistische Ideologie. Obgleich er stets ein Widersacher des Kommunismus war, trat er der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion bei, und zwar ausgerechnet nach der blutigen Niederschlagung des Ungarn-Aufstands im Jahre 1956, als zahlreiche andere Mitglieder der Gesellschaft verbittert den Rücken kehrten. Sein Begründung war sehr einfach: Man müsse seinen Gegner kennen. Arthur Vogt ist im folgenden immer wieder in die UdSSR gefahren, und im August 2001 hat er mir und meiner Frau Olga die Ehre erwiesen, unserer kirchlichen Hochzeit in Moskau beizuwohnen. Überhaupt war das Reisen seine Leidenschaft; vor und nach dem Zweiten Weltkrieg hat er zahlreiche teils recht abenteuerliche Fahrten nach Afrika, in den Nahen und Fernen Osten sowie nach Südamerika unternommen. Noch anno 1999 trat er eine Reise ins

vietnamesische Dien Bien Phu an, um die Stätte, wo die französische Kolonialmacht 1954 eine entscheidende Niederlage erlitten hat, persönlich zu besichtigen.

Zum Holocaust-Revisionisten wurde Vogt bereits zu einer Zeit, als der Ausdruck "Holocaust" im deutschen Sprachgebrauch noch ungebräuchlich war und der Begriff "Revisionismus" auf ganz andere Bereiche angewendet wurde als heute. Als sich 1945 die Schreckensmeldungen über einen millionenfachen Mord an Juden in deutschen Konzentrationslagern häuften und dieser angebliche Massenmord in der Folge schon bald zur "offenkundigen Tatsache" erklärt wurde, weigerte sich Vogt, den Berichten Glauben zu schenken. Sein zentrales Argument war folgendes: Ein Verbrechen dieser Dimension hätte auf keinen Fall vor der Welt geheim gehalten werden können; die Kriegsgegner des Dritten Reiches hätten schon bald davon erfahren und sich diese einmalige Gelegenheit zur Blossstellung ihres Todfeindes unter keinen Umständen entgehen lassen. Doch schwiegen die alliierten Regierungen während des ganzen Krieges und handelten niemals so, als schenkten sie den Hiobsbotschaften der jüdischen Organisationen Glauben, die seit 1942 pausenlos von einer Judenvernichtung in den von Deutschland beherrschten Gebieten berichteten. Auch in der Schweizer Presse war bis kurz vor Kriegsende kaum je von Gaskammern die Rede. Jahrzehnte nach dem Krieg hat sich Vogt mit den beiden namhaftesten Schweizer Historikern, Edgar Bonjour und Rudolf von Salis, in Verbindung gesetzt; beide haben ihm schriftlich bestätigt, dass sie erst nach dem Ende des Dritten Reiches von einer Judenausrottung in Gaskammern erfahren hätten.

Als Arthur Vogt in den siebziger Jahren von einem französischen Professor namens Robert Faurisson las, der die Existenz der Gaskammern bestritt, nahm er mit diesem Kontakt auf, im folgenden beschäftigte er sich aufs intensivste mit dem "Holocaust", dem fortan sein ganzes Interesse galt. Als naturwissenschaftlich geschulter Mensch begriff er die technische und chemische Beweisführung der Revisionisten sofort, und die Bekämpfung der "Holocaust"-Lüge wurde zu seinem vornehmsten Lebensziel.

Ich selbst habe Arthur Vogt im März 1991 in Zürich anlässlich eines von mir gehaltenen Vortrags über die Asylantenfrage persönlich kennengelernt, nachdem wir zuvor bereits miteinander korrespondiert hatten. (Ich hatte ihm nach der Lektüre eines aus seiner Feder stammenden Leserbriefs, in dem er die verhängnisvolle Asylpolitik der Schweiz anprangerte, mein Ende 1989 im Anschluss an meine Arbeit als Asylantenbefrager entstandenes Buch *Das Narrenschiff* zugesandt, was den Anstoss zu einem regen Briefwechsel gab.) Bei einer zweiten Begegnung anfang April 1991 bekannte sich Vogt als Revisionist und gab mir eine Kassette mit einem Text zum Thema "Holocaust", den er selbst verfasst hatte. Obgleich seine Argumente mich, der ich bisher nichts vom Revisionismus gewusst hatte, vorerst noch nicht restlos zu überzeugen vermochten, lösten sie bei mir einen schweren Schock aus: Ich begriff mit einem Schlag, dass die Revisionisten durchaus nicht jene Wirrköpfe waren, als welche sie in der Presse verlacht wurden. Auf meinen Wunsch hin stellte mir Vogt weiteres Material zu, das mich rasch zum Vollblutrevisionisten werden liess. Schon bald beschloss ich, selbst revisionistisch tätig zu werden und ein Buch zu verfassen, in dem die Argumente der Revisionisten zusammenfassend dargestellt wurden; ein solches Werk fehlte zum damaligen Zeitpunkt. Arthur Vogt hat meine Arbeit an diesem Buch, das dann den Titel *Der Holocaust-Schwindel* erhalten und im Frühling 1993 erscheinen sollte, aufmerksam verfolgt, mich mit Quellenmaterial versorgt und mir wiederholt grosszügige finanzielle Hilfe erwiesen.

Im September 1991 nahm Vogt als Vertreter des revisionistischen Standpunkts in Nürnberg an einem von der Thomas-Dehler-Stiftung organisierten Kolloquium über den "Holocaust" teil, wobei er den Text seiner Kassette nun als Vortrag mit dem Titel *Der Holocaust – Legende oder Realität?* vorlas. Ich entsinne mich noch sehr gut, mit welcher Freude er mir seine bevorstehende Teilnahme ankündigte; er war überzeugt, dass sich der Revisionismus in nächster Zukunft durchsetzen werde. Von diesem Irrtum ist er – wie viele andere Revisionisten – in den darauf folgenden Jahren kuriert worden; er musste am eigenen Leibe erfahren, dass Argumente und Logik vor der Staatsmacht und der Presse gar nichts zählen, wenn es um das zentrale Tabu unserer Zeit geht. Wegen seines Referats vor der Thomas-Dehler-Stiftung wurde er von der BRD-Justiz gerichtlich belangt und zu einer Busse von 6000 Mark verurteilt, während die Stiftung selbst, die ihn als Vertreter der Revisionisten offiziell eingeladen und sich somit der "Tatbegünstigung" schuldig gemacht hatte, ungeschoren blieb.

Ab Mitte der neunziger Jahre gab Arthur Vogt in unregelmässigen Abständen eine grossenteils von ihm selbst verfasste, hektographierte Zeitschrift mit dem Titel *Aurora* heraus, in der er seine Gedanken zum "Holocaust" und anderen heiklen Fragen der Zeitgeschichte darlegte. Sehr überzeugend hat er immer wieder die Ansicht verfochten, dass der "Holocaust" recht eigentlich zur Religion unserer Zeit geworden sei und dass man an allem zweifeln dürfe, selbst an Gott, Christus und dem Heiligen Geist, nicht aber an den "Gaskammern" von Auschwitz. Nach

dem Inkrafttreten des totalitären "Antirassismusgesetzes" anfang 1995 hat er, wie zuvor in Deutschland nun auch in der einst freien Schweiz, erfahren müssen, wie recht er mit dieser These hatte. Wegen einiger *Aurora*-Artikel wurde er bei niederträchtigen Prozessfarcen zu hohen Geldbussen verurteilt, und nur sein hohes Alter hat ihn vor einem Gefängnisaufenthalt bewahrt.

Niemand hätte es diesem mutigen, durch und durch integren Mann mehr als ich gegönnt, den Durchbruch der historischen Wahrheit und den Zusammenbruch der Auschwitz-Lüge noch miterleben zu dürfen. Die Erfüllung dieses Wunsches blieb mir versagt: Arthur Vogts langes und erfülltes Leben ist zu Ende gegangen, bevor "die grösste Lüge der Menschheitsgeschichte" (so seine Einstufung des "Holocaust") in aller Öffentlichkeit entlarvt worden ist. Noch sitzen die Lügner an den Schalthebeln der Macht, noch beherrschen sie die Medien, noch können sie der jungen Generation ihre Lügen als "unumstössliche Wahrheiten" eintrichtern. Doch arbeitet die weltpolitische Entwicklung nun immer stärker gegen sie, und wenn sich die Machtverhältnisse geändert haben, werden den revisionistischen Historikern alle Möglichkeiten offenstehen, die Ergebnisse ihrer Forschungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Zu diesen Forschungen hat Arthur Vogt einen namhaften Beitrag geleistet.

So ruhe denn in Frieden, guter Freund, Dein Einsatz war nicht umsonst!

AUSWEIS, BITTE

Holocaust-Konferenz

Mahler will nach Teheran

Politiker aus Koalition und Opposition wollen verhindern, dass deutsche Neonazis an einer antisemitischen Propagandaveranstaltung in Iran teilnehmen. "Eine von der iranischen Staatsmacht veranstaltete Konferenz der Holocaust-Leugner mit deutscher Beteiligung wäre eine Schande für Deutschland", sagte FDP-Generalsekretär Dirk Niebel der "Bild"-Zeitung.

Der frühere Linksterrorist und jetzige NPD-Anwalt Horst Mahler und andere Rechtsextremisten wollen dem Bericht zufolge an der Tagung teilnehmen. Niebel und der CDU-Außenpolitiker Eckart von Klaeden fordern Ausreiseverbote, um diese Auftritte zu verhindern.

Der Iran, dessen Präsident Mahmud Ahmadinedschad sich bereits mehrfach als Antisemit zu erkennen gegeben hat, plant eine "wissenschaftliche" Konferenz über den Holocaust. "Wie gefährlichen Hooligans muss Personen wie Horst Mahler die Ausreise nach Teheran verweigert werden", sagte Niebel.

Auch Klaeden sprach sich für Reisebeschränkungen aus. "Die Leugnung des Holocausts ist eine schwerwiegende Straftat. Die Teilnahme von Neonazis wie Horst Mahler muss auf jeden Fall verhindert werden", forderte der Unionspolitiker. Dies sei zum Beispiel durch eine räumliche Beschränkung des Reisepasses nach dem Passgesetz möglich.

Ausreisebeschränkungen sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums laut Passgesetz grundsätzlich möglich. Zuständig seien aber die Sicherheitsbehörden der Länder beziehungsweise die Meldebehörden vor Ort, sagte eine Sprecherin. Im Falle Mahler wäre dies die Passbehörde Kleinmachnow in Brandenburg. Es gebe Fälle, in denen auf Bundesebene versucht werde, die Ausreise bestimmter Personen zu verhindern, so zum Beispiel bei bekannten gewaltbereiten Hooligans. Für die Ausführung zuständig seien aber immer die Länder.

n-tv.de 23 Januar 2006.

<http://www.n-tv.de/626215.html>

GEDÄCHTNIS

Borna als Mekka für Holocaust-Leugner?

Rechte planen Wallfahrtsort mit »Kriegsopfergedenkstätte«. Auch revisionistischer

Verlag sollte Räume bekommen

Michael Bartsch

»Ein Ort stiller Trauer über die Ahnen« solle die geplante Kriegsofopfergedenkstätte im sächsischen Borna werden. Diesen Eindruck versucht zumindest die Familie Limmer aus dem nordrheinischen Meerbusch zu erwecken. Im Vorjahr hatte sie für einen Verein »Gedächtnisstätte« das ehemalige Verwaltungsgebäude des Braunkohlenkombinats in Borna mit einem großen Freigelände gekauft. Nachdem aber rechte Kreise aus dem Rheinland und Holocaust-Leugner als Hintermänner des Vereinsprojekts bekannt wurden und Bürgerproteste aufkamen, zog die Stadt die Baugenehmigung für ein zwölf Meter hohes Metallkreuz zurück. Es wird befürchtet, daß in Borna ein neuer Wallfahrtsort für Alt- und Neonazis entstehen soll. Unklar blieb bislang, wie das Gelände gestaltet und das Gebäude eigentlich genutzt werden sollte. Dokumente, die junge Welt vorliegen, belegen, daß die Hälfte des Hauses ursprünglich von einem Bremer Verlag genutzt werden sollte. Der Roland-Versand ist als Herausgeber völkisch-pseudoreligiöser und geschichtsrevisionistischer Schriften, zum Beispiel des Holocaust-Leugnens David Irving, bekannt. Ihm angeschlossen ist das Archiv der Arndt-Bibliothek, und auch so etwas wie die »Kleine Runenkunde« findet sich im Programm. Ursprünglich frischte Verleger Roland Körner mit seinem Faksimile-Verlag auch Bücher aus dem Faschismus wieder auf, darunter das »Handbuch der Judenfrage« des Antisemiten Theodor Fritsch.

Die Denkschrift »Die neue Sicht von Auschwitz« trug Körner zwar einen Prozeß ein, der aber lediglich den Einzug der Restauflage zur Folge hatte. Grundstückskäufer Ludwig Limmer versuchte, Verleger Körner, der stets in Geldnöten steckt, zu helfen und bot ihm 800 Quadratmeter des Bornaer Gebäudes mietfrei an. Über die Beteiligung an den Betriebskosten aber konnte man sich nicht einigen, so daß Körner von Borna abrückte und sich nun in einem billigen Lagergebäude in Frankfurt/Oder niederlassen will. In einem Brief amüsierte er sich nebenbei über den »Spottpreis« von 99 000 Euro, für den die bundeseigene Braunkohle-Verwaltungsgesellschaft LMBV das sanierte Gebäude an die Limmers verschleuderte. Die LMBV soll von den Plänen gewußt haben, hier einen rechten Verlag mit Archiv einzuquartieren. 200 Quadratmeter des Hauses waren außerdem für eine Dokumentation, eine Art Gegenkonzept zur Wehrmachtsausstellung, vorgesehen. Einer Korrespondenz der wegen Volksverhetzung verurteilten Ursula Haverbeck-Wetzel, wichtigste Ideengeberin des Vereins »Gedächtnisstätte«, sind Pläne zur Gestaltung der Außenfläche zu entnehmen. Um das riesige Kreuz sollte ein Kreis von Gedenksteinen mit Widmungen plaziert werden. »Es geht um den Geist, den Lebensatem des jeweiligen Gaues, dessen Gedenken wir pflegen, der jeweiligen Opfergruppe«, schreibt Haverbeck. Dieser Geist läßt die Gerüchte von Hunderttausenden Toten in Dresden und sechs Millionen »verschwundener« Vertriebenen wieder aufleben. Und sie attackiert die bundesdeutsche Gedenkkultur: »Unsere Feinde haben den Heldengedenktag umbenannt in Volkstrauertag.« Im Dezember hatten Landrätin Petra Köpping und Oberbürgermeister Bernd Schröter zugesichert, alles gegen einen möglichen Neonazi-Wallfahrtsort in Borna unternehmen zu wollen. Die LMBV prüft mittlerweile die rechtlichen Möglichkeiten einer Rückabwicklung des Verkaufs.

Junge Welt, 11 Januar 2006.

<http://www.jungewelt.de/2006/01-11/016.php>

EIN SATYR

Vergewaltigte Elie Wiesel deutsche Mädels?

Über die tiefen Abgründe jüdischen Deutschenhasses - Ein Offener Brief

Von Lubomyr Prytulak

Ein frivoles Pflichtversäumnis, das historische Gebot der Rache zu erfüllen

8. April, 1999

Herrn Elie Wiesel

Universitätsprofessor und Professor für Gesellschaftswissenschaften

Boston University 745 Commonwealth Avenue Boston, Massachusetts 02215 USA

Werter Herr Wiesel:

Ich darf Sie auf die folgenden Auszüge eines Aufsatzes von Naomi Seidman aufmerksam machen »*Elie Wiesel and the Scandal of Jewish Rage*« (Elie Wiesel und der Skandal jüdischer Wut). Von zentraler Bedeutung darin ist die Abmachung, die Sie mit dem französischen Katholiken und Literatur-Nobelpreisträger François Mauriac während eines Treffens mit ihm Jahr 1954 schlossen. Damals erklärte sich Mauriac bereit, ihre literarische Karriere zu initiieren, allerdings unter der Voraussetzung der »*Umwandlung*« Ihrer Schriften, so Naomi Seidman.^[1]

François Mauriac startet Wiesels Karriere

»Im Gegenzug für diese Umwandlungen warf Mauriac das Gewicht seiner moralischen Autorität und seinen Einfluß als etablierter Literat in die Waagschale. Mauriac besorgte Wiesel einen Verlag, schrieb die ersten lobpreisenden Rezensionen, und widmete Wiesel sogar sein Werk *Life of Jesus* (Das Leben Jesu), das "gekreuzigte jüdische Kind" (!) Kurz: Mauriac fand und sicherte Wiesel jenes große Publikum, das er sich erhofft hatte. Durch Gespräche mit Mauriac entwickelte Wiesel schließlich einen Stil, um über den Völkermord an den Juden in einer Weise zu sprechen, der sowohl die Aufmerksamkeit der Juden als auch der Christen auf sich zog, was wahrlich eine Errungenschaft war.« (S. 16)

Zwei Zugeständnisse als Gegenleistung

1. KEINE REDEN MEHR ÜBER JÜDISCHE RACHE

»Die [1954er] Begegnung [zwischen Mauriac und Wiesel], so scheint mir, könnte als eine Reihe heikler Verhandlungen beschrieben werden, in der das erste Zugeständnis des Überlebenden ist, daß er es aufgibt, von jüdischer Rache zu sprechen (wenn nicht gar daran zu denken) - und warum auch nicht? Als Autor, dessen Leserschaft ethnische Grenzen überschreitet, war es für Wiesel durchaus sinnvoll, eine unmögliche Phantasie zu unterdrücken, deren eindeutigste Wirkung wäre, die Christen abspenstig zu machen.« (S. 15)

Und hier nun kommt das klarste Beispiel, wo Sie bei der Beschreibung der Ereignisse, die der Befreiung von Buchenwald folgten, dieses Zugeständnis machten:

»Aber im Jiddischen [in Un die velt, ihre Originalfassung von Night] heißt es weiter: "Am nächsten Morgen liefen jüdische junge Männer fort nach Weimar, um Kleidung und Kartoffeln zu stehlen. Und um deutsche Schicksen zu vergewaltigen [un tsu fargvaldikn daytshe shiksens]. Das historische Gebot der Rache aber wurde nicht erfüllt." In der französischen Ausgabe liest sich das wie folgt: "Am nächsten Tag liefen einige junge Männer nach Weimar, um Kartoffeln und Kleidung einzusammeln - und um mit den Mädchen zu schlafen. Aber von Rache keine Spur."^[2] In Stella Rodways englischer Ausgabe heißt es: "Am folgenden Morgen gingen einige junge Männer nach Weimar, um einige Kartoffeln und Kleidung zu erhalten - und um mit Mädchen zu schlafen. Aber von Rache keine Spur."^[3]

Diese Unterschiede in den Fassungen als stilistische Überarbeitungen zu bezeichnen, hieße, das Ausmaß dessen zu verheimlichen, was in den übersetzten Ausgaben unterdrückt wurde. Un di velt beschreibt eine Nach-Holocaust-Landschaft, in der junge Männer fortlaufen, um Verpflegung zu stehlen und deutsche Mädchen zu vergewaltigen. Aus dieser Szene der gesetzlosen Vergeltung zeichnet Night ein weitaus harmloseres Bild der Nachkriegslage, mit jungen Männer, die in die nächstgelegene Stadt ziehen, um dort nach Kleidern und Sex Ausschau zu halten. In der jiddischen Ausgabe aber werden die Männer ausdrücklich als Juden bezeichnet, und ihre Opfer (oder die beabsichtigten Opfer) als Deutsche. In der französischen Ausgabe handelt es sich lediglich um junge Männer und Frauen. In beiden Fassungen beklagt der Erzähler das Versagen der Juden, an den Deutschen Rache zu nehmen, aber dieses Versagen hat eine ganz andere Bedeutung, wenn es, wie im Jiddischen, im Zusammenhang mit der Vergewaltigung deutscher Frauen erscheint. Die jiddische Fassung bedeutet daher, daß die Vergewaltigung deutscher Frauen ein frivoles Pflichtversäumnis war, "das historische Gebot der Rache" zu erfüllen. Man kann nur annehmen, daß die Erfüllung dieser Pflicht eine konzertierte, öffentliche Vergeltungshandlung gegen eine klar definierte Zielgruppe beinhalten würde. Un di velt führt nicht aus, welche Art von Vergeltung dies sein könnte, nur, daß sie durch die jüdische Geschichte und Tradition sanktioniert ist, ja sogar befohlen wird.« (S. 6)

2. KEIN EINBEZIEHEN DER FRANZOSEN IN DEN HOLOCAUST

»Wiesels zweites Zugeständnis war, die Zielgruppe seines Hasses einzuengen, um zu vermeiden, daß Mauriac oder seine Landsleute der Komplizenschaft oder des Schweigens beschuldigt würden.« (S. 15)

Vier offene Fragen

1. JÜDISCHE RACHE?

Naomi Seidman vermittelt uns in ihren obigen Ausführungen den Eindruck, daß es in der jüdischen Kultur ein unerbittliches Verlangen nach Rache gibt. Dementsprechend zitiert sie Ihre eigenen Worte, die auf »*das historische Gebot der Rache*« anspielen, wobei sie hinzufügt, dies sei »*durch die jüdische Geschichte und Tradition sanktioniert [...], ja sogar befohlen*«. Zumal ich mich nicht erinnern kann, daß es ein ähnliches Verlangen nach Rache in der ukrainischen, kanadischen oder U.S.-amerikanischen Kultur gibt, finde ich diesen jüdischen Ruf nach Rache überraschend und vielleicht etwas fernab der westlichen Traditionen, und ich frage mich, ob Sie die Existenz dieses Verlangens bestätigen und darüber Näheres ausführen können?

2. IST DIE JÜDISCHE RACHE KOLLEKTIV?

Es überrascht mich weiterhin, daß sich der jüdische Ruf nach Rache nicht auf Individuen beschränkt, die sich gegen das jüdische Volk vergangen haben, sondern daß er alle Deutschen umfaßt, und zwar sogar solche, die wahrscheinlich in jeder Hinsicht völlig unschuldig sind, nämlich deutsche Mädchen. Können Sie bestätigen, daß sich in Fällen, wo einige Mitglieder einer nationalen Gruppe Verbrechen gegen das jüdische Volk begangen haben, die jüdische Rache tatsächlich auf alle Mitglieder dieser Gruppe bezieht?

3. IST DIE VERGEWALTIGUNG DEUTSCHER MÄDCHEN ZU MILDE, UM ALS RACHE ANGESEHEN ZU WERDEN?

Nach ihrer Befreiung liefen die Juden aus Buchenwald nach Weimar, um deutsche Mädchen zu vergewaltigen, und dennoch sind Sie der Ansicht, diese Verbrechen reichten nicht aus, um dem historischen jüdischen Gebot nach Rache zu genügen. Ich frage mich, ob Sie näher ausführen können, welche Art von Handlungen als ausreichend angesehen würden, um dem historischen jüdischen Gebot nach Rache zu genügen?

4. WURDE IHRE LITERARISCHE KARRIERE DURCH FRANZÖSISCHE SCHUTZGELDER ERMÖGLICHT?

Naomi Seidman legt nahe, daß der Schutz vor dem Vorwurf, am Holocaust mitschuldig zu sein, von den Juden in ähnlicher Weise erkaufte werden könne, wie man sich den Schutz vor Brandanschlägen vor der Mafia erkaufen kann, und daß Ihr beruflicher Erfolg eben auf einem solchen französischen Schutzabkommen beruht. Können Sie bestätigen, daß jüdische Führungskräfte die Vorwürfe der Mitschuld am Holocaust nicht etwa aufgrund des Schuldanteils erheben, sondern diesbezüglich auch politische Vorteilsnahmen in Erwägung ziehen? Und würden Sie bitte Ihre Meinung dazu äußern, ob die Ukrainer deshalb auserkoren wurden, einen unverhältnismäßig großen Schuldvorwurf am Holocaust auf sich nehmen müssen - man nehme nur die Verfolgung von John Demjanjuk als ein herausragendes Beispiel einer massiven Verfolgung ohne auch nur den geringsten Beweis eines schuldhaften Vergehens -, weil die Ukrainer den Juden bisher schlicht und einfach nichts als Gegenleistung angeboten haben, damit diese ihr historisches Rachegebot gegen irgend welche anderen Opfer richten?

Mit werten Grüßen,
Lubomyr Prytulak

Anmerkung der Redaktion (VffG)

Nach der Befreiung des Lagers im April 1945 durch die Amerikaner wurden die 80 zurückgebliebenen deutschen Lagerwachen und Funktionäre summarisch ermordet. Mitglieder des Lagerpersonals wurden nicht nur von einigen der Häftlinge auf brutalste Weise erschlagen, sondern bisweilen sogar mit Hilfe und Ermunterung durch amerikanische Soldaten.^[4] Zwischen 20 und 30 GIs beteiligten sich an dem Morden, indem sie abwechselnd auf sechs Deutsche bis zum Eintritt des Todes einschlugen.^[5] In einem anderen Buch bestätigt Elie Wiesel im wesentlichen seinen Bericht in dem oben auszugsweise zitierten jiddischen Frühwerk. In dem 1968 erschienenen Buch *Legends of Our Time* berichtet er, wie einige befreite Lagerinsassen mit U.S. Jeeps ins nahe Weimar fuhren, um dort zu plündern und wahllos deutsche Zivilisten zu ermorden,^[6] was von Hilberg bestätigt wird.^[7]

Im gleichen Buch, nur zwei Seiten weiter, schreibt Wiesel seine berühmten Zeilen des Hasses:

»*Jeder Jude sollte irgendwo in seinem Herzen eine Zone des Hasses bewahren, des gesunden, männlichen Hasses gegen das, was der Deutsche verkörpert und was im Wesen des Deutschen liegt. Alles andere wäre Verrat an unseren Toten.*«

Ein Einzelfall? John Sack verdanken wir eine Anekdote - wie zuverlässig sie auch immer sei - die in das Bild paßt. In seinem im *Esquire* Magazin veröffentlichten Artikel über den Revisionismus schreibt Sack:^[8]

»Ein schockierter Professor sagte [Edgar] Bronfman einst, "Sie lehren eine ganze Generation, Tausende von Deutschen zu hassen," und Bronfman antwortete, "Nein, ich lehre eine ganze Generation, Millionen von Deutschen zu hassen."«

Kommentar überflüssig.

Anmerkungen

Entnommen der Website der ukrainischen Revisionisten, <http://www.ukar.org/infosit.shtml>.

[1] Naomi Seidman, »*Elie Wiesel and the Scandal of Jewish rage*«, *Jewish Social Studies: History, Culture, and Society*, 3(1) (1996), S. 16.

[2] »*Le lendemain, quelques jeunes gens coururent à Weimar ramasser des pommes de terre et des habits - et coucher avec des filles. Mais de vengeance, pas trace.*

[3] »On the following morning, some of the young men went to Weimar to get some potatoes and clothes - and to sleep with girls. But of revenge, not a sign.«

[4] Robert Abzug, *Inside the Vicious Heart*, Oxford, New York 1985, S. 49, 52.

[5] Marguerite Higgins, *News Is a Singular Thing*, Doubleday, Garden City, N.Y., 1955, pp. 78f.

[6] Elie Wiesel, *Legends of Our Time*, Holt, Rinehart and Winston, New York 1968, S. 140.

[7] Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, 3 Bd., Holmes & Meier, New York 1985, S. 987.

[8] *Esquire Magazine*, Februar 2001, S. 140.

Quelle: *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung* 5(1) (2001), S. 67f.

<http://www.vho.org/VffG/2001/1/Prytulak67f.html>

LAUT SPRECHEN

Iranisches Megaphon der Holocaust-Leugner

Von Thomas Seifert und Rainer Nowak

Unheimliche Allianz. Die Kontakte zwischen islamischen Israel-Hassern und den rechtsextremen Leugnern der Nazi-Gräueltaten werden wiederbelebt. Iran bietet sich der rechtsextremen Szene als Flucht- und Treffpunkt an.

Wien. Präsident Mahmud Ahmadinejad ist nicht der erste iranische Spitzenpolitiker, der den Massenmord an den Juden im Dritten Reich anzweifelt. Ali Akbar Hashemi Rafsanjani (Präsident von 1989-1997) verkündete auf Radio Teheran, dass "Hitler nur 20.000 Juden und nicht sechs Millionen" ermordet hat, der Velayat-e faqih (politische und religiöse Führer), Ali Khamenei, nannte die Zahl der im Dritten Reich ermordeten Juden "übertrieben".

Ahmadinejad schließlich sagte im Dezember vergangenen Jahres: "Einige europäische Länder pochen darauf, dass (Adolf) Hitler Millionen unschuldiger Juden in Öfen getötet hat, und sie pochen darauf so sehr, dass sie jeden verurteilen, der das Gegenteil beweist. Wir akzeptieren diese Behauptung nicht. Aber wenn wir davon ausgehen, dass sie wahr ist, dann haben wir folgende Frage an die Europäer: Ist die Tötung unschuldiger jüdischer Menschen durch Hitler der Grund für eure Unterstützung für die Besatzer Jerusalems?"

Durch diese Aussagen bekommen nun Europas Holocaust-Leugner, die sich euphemistisch lieber Revisionisten nennen, Auftrieb, wie man auch im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands registriert. So hat etwa der nach Spanien geflohene, in Österreich per Haftbefehl gesuchte und verurteilte Neonazi Gerd Honsik in einem offenen Brief an den iranischen Botschafter in Deutschland um "humanitäre Hilfe" (Honsik) für seinen Gesinnungsfreund Ernst Zündel gebeten. Iran solle doch in Zukunft die Kosten der Verteidigung der Holocaust-Leugner vor Gericht übernehmen und so den Worten Taten folgen lassen. Ob bereits Gelder aus Teheran geflossen sind, ist ungewiss.

"Früher unterstützte der libysche Revolutionsführer Muammar Gadhafi Rechtsextremisten, er hat dies aber vor Jahren eingestellt. Dafür gibt es jetzt Gelder aus den Golfstaaten", sagt Dokumentations-Archiv-Experte Heribert Schiedel im Gespräch mit der "Presse". Sein Kollege Willi Lassek fügt hinzu: "Ahmadinejad hat aber jetzt Erwartungen in der Szene geweckt, so ist auch der Schnorr-Brief Honsiks an die iranische Botschaft zu verstehen."

Iran ist seit längerem ein wichtiger Fluchtpunkt von Revisionisten: Der österreichische Holocaust-Leugner Wolfgang Fröhlich suchte im Mai 2000 bei der iranischen Botschaft um Asyl an, der Schweizer Jürgen Graf, 1998 wegen Verhetzung zu 15 Monaten verurteilt, flüchtete ebenfalls nach Iran, soll nun aber in Russland leben.

Die Holocaust-Leugner sollen nun in Teheran eine Plattform bekommen: Jawad Sharbaf, vom Neda Institute of Political Sciences steht mit dem bekannten französischen Rechtsextremisten Robert Faurisson in Kontakt, um ihn für eine Teilnahme zu gewinnen.

Mohammed Ali Ramin, Vorsitzender der "Gesellschaft für die Vertretung der Rechte muslimischer Minderheiten im Westen" wird als jener Mann genannt, der die Konferenz organisieren soll. Bis jetzt steht aber weder die Teilnehmerliste noch der Termin fest. "Spiegel Online" konstatiert "äußerst vage Pläne, die Zweifel aufkommen lassen, ob hinter den großspurigen Ankündigungen mehr steckt als bloße Provokation". Das Gipfeltreffen wäre übrigens auch nicht das erste seiner Art: 2001 versuchten Holocaust-Leugner eine "Revisionisten-Konferenz" in Beirut abzuhalten. Der damalige Premier Rafiq Hariri, der vor einem Jahr bei einem Bomben-Attentat ums Leben gekommen ist, verhinderte aber die Abhaltung der Veranstaltung im Libanon. Die Organisatoren wichen damals dann auf die jordanische Hauptstadt Amman aus.

Bis zur islamischen Revolution im Jahr 1979 war Iran ein Verbündeter Israels. Ayatollah Khomeini erklärte Israel zum Feind, in der religiösen Nomenklatura des Gottesstaates gehört Revisionismus seither zum guten Ton. Ob diese Strömung allerdings in der Bevölkerung mehrheitsfähig ist, bezweifelte unlängst ein leitender Redakteur der Teheraner Tageszeitung "Hamshari" im Schweizer "Tagesanzeiger". "Die große Mehrheit der Iraner zweifelt den Holocaust nicht an."

Für Ahmadinejad überwiegen aber ohnehin außenpolitische Motive: Ihm geht es darum, den Holocaust als "Vorwand" zu entlarven, womit das Argument für einen jüdischen Staat hinfällig wäre. Das Existenzrecht Israels wäre in Frage gestellt.

Holocaust-Konferenz

Irans Präsident Ahmadinejad hat zur internationalen Holocaust-Konferenz nach Teheran geladen. Das Treffen soll vor allem jenen eine Plattform bieten, die die systematische Juden-Vernichtung durch die Nazis leugnen. In iranischen Medien wurden unter anderem der Brite David Irving, der Franzose Robert Faurisson und Horst Mahler als mögliche Teilnehmer genannt. Die deutschen Behörden haben Mahler vorsichtshalber den Pass abgenommen.

Die Presse, 18 Februar 2006.

<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=a&id=540092>

FALSCHE MEINUNG

David Irving gibt sich geläutert

Von **Reinhard Olt**, Wien

20. Februar 2006 Selten kommt es im Wiener Straflandesgericht zu einem solchen Auflauf. Eine Stunde vor Prozeßbeginn gegen den umstrittenen britischen Historiker David Irving stehen am Montagmorgen Schaulustige davor, um einen Platz zu ergattern.

Selbst Teams des arabischen Fernsehsenders Al Dschazira und des iranischen Fernsehens sind gekommen; nach Teheran ist Irving auf eine Holocaust-Konferenz eingeladen. Dem 67 Jahre alten Irving wird vorgeworfen, gegen Paragraph 3 des sogenannten Verbotsgesetzes verstoßen zu haben.

Er hatte 1989 anlässlich von Vorträgen in Wien und Leoben unter anderem behauptet, die Pogrome der sogenannten Reichskristallnacht seien von als SA-Leuten verkleideten Unbekannten verübt worden. Hitler habe von der Judenvernichtung nicht nur nichts gewußt, sondern "seine Hände schützend über die Juden gehalten".

"Diese Meinung war falsch"

Der Staatsanwalt befindet, er sei "alles andere als ein Historiker, er ist ein begehrtlicher Geschichtsfälscher". Irvings Bestreben sei es, eine neue Geschichte zu erzählen, er verfüge über ein Geschichtsbild, "in dem es keine Gaskammern gibt" und das "deutliche antisemitische Züge" aufweise. Es gehe um einen "strafbaren und gefährlichen Mißbrauch der Meinungsfreiheit", der "nicht unter dem Aspekt der Grundrechte gerechtfertigt werden" könne.

Irvings Verteidiger versucht, die Aussagen seines Mandanten zu relativieren: Die Rechtslage sei in anderen Ländern zwar ähnlich, aber nicht genau so wie in Österreich. Eingesperrt werde man wegen einer "unpopulären, blödsinnigen Meinung" allenfalls in einer Diktatur. Sein Mandant sei "kein klassischer Massendemagoge", sondern "ein mittlerweile etwas einsam gewordener älterer, durchaus

talentierter Historiker". Zudem habe die Staatspolizei 1989 bei seinen Vorträgen keinen Grund gesehen einzuschreiten, "so gefährlich kann's also nicht gewesen sein".

"Ich würde es begrüßen, wenn Hochdeutsch geredet wird. Ich habe Probleme mit dem Wienerischen", sagt Irving, der gut Deutsch spricht. Er gibt sich als geläuterter, um Faktentreue bemühter Historiker, der grundsätzlich nicht mehr an den Gaskammern und der Massenvernichtung der Juden während der NS-Zeit zweifle: "Diese Meinung war falsch. Das habe ich in Etappen festgestellt über die letzten Jahre."

Lippenbekenntnis aus prozesstaktischen Gründen

Er bedauere, daß er "die sehr starke Formulierung vom Gaskammer-Märchen verwendet" habe, die seinen damaligen, jetzt überholten Wissensstand wiedergebe. Von der Formulierung, wonach "Auschwitz ein Disneyland für Touristen" sei, rückt er indes nicht ab: "Das entspricht leider den Tatsachen"; man habe nach dem Krieg "etwas nachgebaut". Er leugne den Holocaust nicht, "ich zweifle nur Einzelheiten an". Die Nazis hätten Millionen von Juden ermordet, daran sei nicht zu zweifeln.

Schließlich legt er dar, weshalb er seine Ansichten zu den Gaskammern geändert habe. Er führte persönliche Aufzeichnungen Adolf Eichmanns an, die man ihm in Südafrika zugesteckt habe: "Eichmann schreibt, wie er eine Anlage besichtigt hat; das war für mich der erste Beweis, daß es Gaskammern gegeben hat."

Und im britischen Staatsarchiv habe er zufällig die Aufzeichnungen des stellvertretenden Lagerkommandanten von Auschwitz entdeckt: "Auch der beschreibt in sehr überzeugender Form die Vernichtung", so Irving.

Drei Jahre Gefängnis

Im Schlußplädoyer nennt der Staatsanwalt das "Geständnis" des Angeklagten "ein Lippenbekenntnis aus prozeßtaktischen Gründen", Irving habe sich "als reumütiger Sünder in Szene gesetzt". Der Ankläger beantragt einen Schuldspruch nach dem Verbotsgesetz sowie eine "gewichtige Strafe" - die Irving mit drei Jahren Gefängnis dann auch erhielt.

Daß er von der österreichischen Justiz nach wie vor aufgrund eines Haftbefehls aus dem Jahre 1989 gesucht wird, war ihm nach seinen Worten nicht bewußt gewesen, als er einer Vortragseinladung im November 2005 folgte.

Seit der damaligen Festnahme sitzt Irving in Wien in Untersuchungshaft, wo er nach eigenen Angaben an einer Biographie über Winston Churchill und an einem Werk über Heinrich Himmler arbeitet sowie damit begonnen hat, seine Memoiren zu schreiben.

FAZ.net 21 Februar 2006.

<http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc-E718FF10906CD4B3FBB79F333DBCCAF1E-ATpl-Ecommon-Sccontent.html>

ACH! TEUFEL!

Satanische Bilder

von Israel Shamir

"Die geschlossene und perfektionierte jüdische Medienmaschine kann für weitaus wichtigere Aufgaben nutzbar gemacht werden als dafür, Holocaust-Witze zu bekämpfen. Ihr Hauptziel ist, uns in die Schöne Neue Welt des neuen geistlosen Totalitarismus zu bringen, wobei kleinere Aufgaben ein Zwischenfall der großen sind."

Der Westen war von den brennenden Botschaften in Beirut und anderswo nicht entzückt. "Diese Musels da verstehen einfach unseren Humor nicht; verstehen nichts von unserer Idee von Freiheit", dröhnte es aus den Zeitungen. Andere wiederum verurteilten die taktlosen Eskapaden der Dänen, meinten allerdings, die Reaktionen darauf seien in keinem Verhältnis dazu. Zu vermerken ist allerdings, daß der Anschlag alles andere als ein Nebenumstand war.

Ein findiger amerikanischer Journalist namens Christopher Bollyn stellte über die satanischen Bilder und deren Herausgeber – einer davon Flemming Rose –, Ermittlungen an und entdeckte dabei, daß dieser weder ein unschuldiger netter Freund der Meinungsfreiheit ist noch irgend ein

wunderlicher skandinavischer Sammler irgendwelcher schmutzigen Bilder mit religiöser Bedeutung, der seine Darstellungen des mohammedanischen Propheten neben die einer Nonne mit Dänischer Dogge stellt. Rose ist ein begeisterter Anhänger des zionistischen Neo-Con-Kultes, der, wie Bollyn schrieb, eine Pilgerreise zum Papst dieser Glaubensrichtung machte: nämlich zu Daniel Pipes.

So weit, so gut. Allerdings hausierte dieser abscheuliche Rose schon vor vier Monaten mit seinem Zeug herum, und das ist – von der Kurzlebigkeit der Nachrichten in den Medien ausgehend – eine lange Zeit. Die Muslime hatten bei der ersten Herausgabe der Karikaturen ja noch nicht mal seine Bemühungen bemerkt, da vermutlich nur wenige die *Jylland-Pest* lesen. Wie ein verzogener Balg, der mit seiner gut vorbereiteten Hetze verfehlt hat zu ärgern, wurden dann die Bilder erneut von elf weiteren Zeitungen in sieben Ländern gleichzeitig herausgegeben. Die Vorführung dieser Macht war einzigartig: Hinter mehreren Zeitungen stehend, in mehreren Ländern, über Firmen und Banken hinweg, durften wir den Feind sehen, seine diesmal nicht so versteckte Hand, *den* Spieler auf internationaler Bühne jenseits aller Schranken und Grenzen. Es war ein überzeugendes Schauspiel, und jetzt wissen wir: Ein Wille, eine Macht, regiert die Massenmedien der Welt.

Wer organisierte das Ganze?

Wer ist der Feind? Wer kann die Medien in diesem großen Umfang kontrollieren? Der bekannte indische Journalist Sandhya Jain schrieb: "Die Karikaturen waren eine beabsichtigt respektlose Handlung der politischen Christenheit, die von den europäischen und amerikanischen Eliten verübt wurde." Das Christentum wurde auch von anderen Beobachtern als schuldig befunden. Man darf sich aber sicher sein, die gleichen Leute, die die Muslime beleidigten, denken keine zweimal darüber nach, nicht genau so gut auch gläubige Christen zu beleidigen. Man braucht sich lediglich an das Kreuz erinnern, das auf den Plakaten für den Film *Amen* in ein Hakenkreuz verwandelt dargestellt ist, oder an das im Brooklyn Museum (einem Museum in New York City) ausgestellte Kruzifix, das in einem mit Urin angefüllten Glas liegt. Es gibt keine religiöse Feindschaft zwischen Muslimen und Christen. Ahmad Amr hatte recht:

"Die diffamierenden Darstellungen europäischer 'Apostel für Meinungsfreiheit' gegen den Islam und Mohammed gereicht den Muslimen entschieden zum Nachteil. Sie können schlecht Vergeltung üben, indem sie Jesum Christum verleugnen, da sie ihn genau so verehren wie Mohammed und ihn als Prophet Gottes betrachten. Jesum oder die Jungfrau Maria zu beleidigen, ist so verleumderisch, wie Mohammed zu beleidigen. Kein wirklicher Muslim würde über die Gottesmutter spotten, da er ebenso an die unbefleckte Empfängnis glaubt. Laut islamischer Tradition wird Maria als erste Frau den Himmel betreten. Und so wie die Muslime den Koran als heiligen Text betrachten, so betrachten sie auch die Bibel und die Thora als solchen."

Ein Grund, weshalb wir die Christen entlasten und uns anderweitig umsehen müssen.

Die Medien des Westens sind die exklusive Domäne der Juden. Sie, werter Leser, mögen schon selbst zu dieser Feststellung gelangt sein durch die nicht ablassende, schon abartig zu nennende Berichterstattung über Sharons Zustand, über jüdische Todesfälle, während gleichzeitig die Todesopfer der Palästinenser außer acht gelassen werden, über die Sache mit dem Holocaust, über wirkliche oder erfundene Anschläge gegen Juden. Die Juden beanspruchen ein unabdingbares Recht, ihre antimuslimische Gesinnung zu propagieren, da diese in ihren Plan paßt, die Palästinenser zu unterjochen und gleichzeitig dem Iran den Garau zu machen. (Die Iraner erkannten dies und vergalteten insofern, daß sie die Sache mit den Holocaust-Karikaturen in die Welt setzten. Das war genau so geschmacklos. Doch: wie du mir, so ich dir.)

Nun ist es gerade jetzt Tatsache, daß der Nicht-Zionistische Kongreß der Juden weltweit eine offizielle Kampagne gegen den Iran gestartet hat, denn *Haaretz* informierte die Leser, AIPAC würde in Washington eine Konferenz planen, betitelt: "Jetzt ist die Zeit gekommen, den Iran zu stoppen." Kurt Nimmo hat die Karikaturen zurecht eine "vorsätzliche Provokation genannt, dafür bestimmt, die Muslime zu empören und anzustacheln und dadurch bei Europäern und Amerikanern Unterstützung für den fabrizierten 'Kampf der Kulturen' zu erzeugen, der von den Strausschen Neo-Cons gelenkt und manipuliert wird." Der Kampf der Kulturen, wie auch die satanischen Bilder, passen präzise in die Strategie des organisierten Judentums in bezug auf den Mittleren Osten.

Ein deutliches Zeichen jüdischer Beteiligung in der Affäre der satanischen Bilder ergaben viele Schlagzeilen in Zeitungen und Illustrierten. Und obwohl alle muslimischen Nationen empört waren, tönte es aus der jüdisch kontrollierten Presse nachdrücklich: "Palästinensische Anschläge auf Europäer", genau wie sie auch im Jahre 2001 betont hatten: "Jubel der Palästinenser über die Zerstörung der Twin Towers", obgleich sich weltweit viele Menschen freuten über den Anschlag, der dieses Symbol der Arroganz und Geldmacht niedergeschlagen hatte. Die israelische Tageszeitung

Haaretz schrieb dazu: "Muslimische Presse zeigt Sharon und Rabbiner in respektloser Manier, sollen sie doch ihre eigene Arznei schlucken." So gaben sie gewissermaßen zu, daß sie es waren, die hinter den Aussagen der Zeitungen standen.

Jedoch bemerkten unsere Kollegen nicht den Großplan, der sich hinter dieser Aktion türmt. Denn so sehr die Karikaturen in den Plan passen, die Muslime zu bekämpfen, passen sie noch besser in die groß angelegte Offensive gegen die Freiheit, die weltweit durchgezogen wird. Von den USA bis Rußland, von England bis Italien bauen unsere Herrscher ein Netzwerk von Gesetzen aus, um ihre Kontrolle zu verstärken und die noch verbliebenen Reste der Freiheit zu beseitigen. 1968 hallte aus unseren Kehlen der Ruf "interdit d'interdire" – "Es ist verboten, zu verbieten". Jetzt aber sind wir in viele neue Verbote verheddert. Wir dürfen nicht wählen, ob wir rauchen wollen oder nicht, ob wir uns im Auto anurten oder nicht. Auch diese kleinen ärgerlichen Verbote sind ein Zeichen unserer Unterwerfung gegenüber dem Großen Bruder. Und es soll mir doch keiner damit kommen, diese Verbote seien zu meinem Vorteil beschlossen worden. Die sollen zu allererst mal die Verschuldung verbieten, denn wenn ich die Freiheit besitze, einen waghalsigen Kredit aufzunehmen, sollte ich genauso frei sein, ob ich mich anschnallen will oder nicht.

Unsere Freiheiten werden streng beschnitten. Sie existieren wohl auf dem Papier, doch dürfen wir sie nicht benutzen. Wir dürfen nicht sagen, was wir wollen, sonst ist unser Lebensunterhalt gefährdet. Zahlreichen Lehrern und Professoren wurde Berufsverbot verhängt. Beispielsweise konnte ein Kommunist im "demokratischen" Deutschland nicht als Lehrer arbeiten. Außerdem: wir dürfen nicht wählen, wen wir wählen wollen: Als die Österreicher Haider wählten, wurden sie solange attackiert, bis sie klein beigaben. Nun wählten die Palästinenser Hamas, und daraufhin wurde ihnen nahe gelegt, sie würden ihre Steuerrückzahlung so lange nicht erhalten, bis sie für diese Wahl Buße tun. (Vergleichsweise steht in der Bibel, jemandes Schuld alle sieben Jahre zu vergeben, nur der Talmud läßt den Schuldner knebeln und schlagen, bis dieser die Schuld bezahlt.) Jedesmal, ob es Waffen in Montana, Zigaretten in einer Kneipe in Dublin, oder um die Gurtpflicht in Autos geht – die riesige Meinungsmaschine der Massenmedien erzwingt das Verbot. Und wie im Falle der satanischen Bilder, kennen die jüdischen Massenmedien keine Skrupel, eine vorsätzliche Provokation durchzuziehen, um ein für alle mal klarzustellen, daß es uns nicht erlaubt ist, zu sagen, was wir sagen wollen.

Die hingebungsvolle Haltung der Medienmaschine für die Sache der Juden, läßt uns folgern, daß diese nicht von Ölscheichen gelenkt und geleitet wird. Aber lassen Sie uns annehmen – und uns mit dieser Annahme weiter unten nochmals auseinandersetzen –, daß die Juden samt ihren judäophilen Gönnern ihre Medienherrschaft aus anderen Gründen und zu anderen Zwecken aufgebaut haben. Wenn sie, wie so viele guten Leute, die dringende Notwendigkeit empfinden, die Juden zu entlasten, dürften sie gleichwohl der Annahme sein, die Juden hätten ihren Medienbesitz lediglich organisiert, um den Antisemitismus zu bekämpfen, währenddessen sich die bösen Mammoniten diese Maschine zu ihrem eigenen Bedarf zunutze machen, um ihre Weltdiktatur zu errichten. Sie könnten demzufolge die Juden als jene Zwerge betrachten, die den Ring der Macht schmiedeten, der ihnen von den Mammoniten entwendet wurde. Es sind jedoch die Mammoniten, die die Erzählungen vom Antisemitismus und dem Holocaust förderten, damit die Juden an deren Seite gegen die Völker kämpfen. Sie indoktrinierten die Juden im Glauben, die einfachen Leute würden sie verschlingen wollen, und einzig die herrschenden Mammoniten könnten dies verhindern. Tatsächlich ist es jedoch so – wie ich schon in meinem Artikel "The Third Dove" schrieb: Es gibt keinen Antisemitismus, es gibt keine Hexen, und ach!, es gibt keinen Sankt Nikolaus!

Die Medienmaschine weiß bestens, sich Alliierte zu beschaffen, nämlich durch die gleichen Maßnahmen wie bei ganz normalen Juden, nämlich durch das Ausstreuen und Verbreiten von Angst und Furcht. *Die* sind es, die den Terminus "Homophobia" für ihre Zwecke ersonnen haben, damit sich Homosexuelle vor den normalen Leuten fürchten sollen und sich schutzsuchend zum Großen Bruder flüchten. Gleichermassen ersannen sie "männlichen Chauvinismus" und "weibliche Opfer von Gewalt", damit sich die Frauen vor ihren Männern fürchten und Zuflucht suchen. Ebenso ersannen sie "Rassismus", damit sich jedwede völkische Minderheit hinter der Vormundschaft des Großen Bruders verstecken kann.

Die Angst und Furcht verbreitende Maschine bremst weder vor dem Mittleren Osten noch vor normalen, in Frieden leben wollenden Juden und das aus gutem Grund. Ein Tanker kann als Nußknacker gebraucht werden, aber er hat weitaus mehr Funktionen als nur das. Die geschlossene und perfektionierte jüdische Medienmaschine kann für weitaus wichtigere Aufgaben nutzbar gemacht werden als dafür, Holocaust-Witze zu bekämpfen. Ihr Hauptziel ist, uns in die Schöne Neue Welt des neuen geistlosen Totalitarismus zu bringen, wobei kleinere Aufgaben ein Zwischenfall der großen sind.

Im letzten Monat gab es einige wichtige, doch scheinbar unzusammenhängende Entwicklungen. Der britische Premierminister Tony Blair unternahm Schritte, die totale Kontrolle über seine Bevölkerung zu ergreifen. England brachte die Gesetzesvorlage eines neuen Computersystems ein,

welches sämtliche Daten des Autoverkehrs sammelt und speichert. Verbunden mit überall sichtbaren Videokameras ist es dem Großen Bruder möglich, jeder Bewegung Ihrerseits von der Arbeit zu Ihrer Freundin und wieder nach Hause zu verfolgen. Das neue Gesetz wurde reibungslos verabschiedet. Darauf folgend wurde versucht, ein Internetweltgesetz durchzuziehen, das den Wächtern die Macht gegeben hätte, Netzseiten, "die den Terrorismus befördern", zu sperren. Es wurde vom britischen Oberhaus blockiert. Das Oberhaus verwarf ebenso Gesetzespläne gegen einen neuen Vorstoß der Tugendwächter, nämlich den, "Glorifizierungen von terroristischen Handlungen" zu kriminalisieren. Und das Beste von allem: Die unbeugsamen Lords im Oberhaus blockierten die Gesetzesvorlage gegen "Religionshaß", was das noch einzig vorhandene Hintertürchen bei Kritik an Juden hätte schließen sollen.

Genau danach versprengten die Gegner die satanischen Bilder. Die vorherzusehende und vorausgesagte Reaktion der beleidigten Muslime wird die Parlamente zu neuen "Anti-Haß"-Gesetzen zwingen. Selbstverständlich werden diese neuen Gesetze nicht die Empfindungen von Muslimen und Christen schützen, die immerhin einige Milliarden Menschen umfassen. Die von den Mammoniten bevorzugten Juden werden sich allerdings beschützter vorkommen (auch angreifbarer), wichtiger aber ist, daß der Meinungsfreiheit erneut ein schwerer Schlag versetzt wird.

Diese große Freiheit war die Überlegenheit des Westens über den sowjetischen Osten, denn eines der weniger reizvollen Merkmale des sowjetischen Regimes war der berüchtigte Paragraph 58 des Strafgesetzbuches "antisowjetische Propaganda"). Am Anfang der stalinistischen Ära brauchte man lediglich eine gewisse Sympathie mit den Feinden der Republik bezeigen, um verurteilt zu werden. Auf dem Gipfel der Macht Stalins genügte ein Witz; während der Regierungszeit Breschnews wurde der Paragraph 58 als Garantie gesellschaftlicher Konformität benutzt. Sogar noch bis zum Ende der Sowjetära beeinflusste das Damoklesschwert Paragraph 58 sämtliche Unterredungen und befähigte schließlich Gorbatschow, seine Umgestaltung Rußlands ohne große Debatte durchzuführen. Nicht nur beseitigte Gorbatschow die sozialen Errungenschaften der sowjetischen Ära, er lieferte Rußlands Industrie und Öl einigen jüdischen Gangstern aus, übergab die Schlüssel zur Macht der CIA und zersplitterte das Land in einige sich befehdende Nachfolgerstaaten. Das einzig positive Charakteristikum der Umgestaltung durch Gorbatschow und Jelzin war die Beseitigung des Paragraphen 58. Dieser aber schleicht sich jetzt wieder ein.

Vor einiger Zeit tauchten in Moskau antijüdische Plakate mit Sprengladung auf. Als ein Passant versuchte, diese zu entfernen, explodierten sie. Die Regierung beeilte sich daraufhin ein Anti-Haß-Gesetz durchzuziehen und siehe da!, es wurden keine weiteren antijüdischen Plakate gesichtet. Und vor einem Monat ereignete sich ein extrem fauler Vorfall in einer Synagoge, was zur Folge hatte, daß im Parlament ein neues "Anti-Extremismus"-Gesetz verabschiedet wurde.

Unter dem Deckmantel vom Kampf gegen Extremismus, Terrorismus und Haß schrumpft das Überbleibsel der Freiheit auf diesem Planeten von Tag zu Tag mehr. Eugene Rostow, "Kennedy's Huntington", sagte 1960 voraus, daß beide Systeme, Kommunismus und Kapitalismus, letzten Endes konvergieren und daß sich die besten Merkmale beider herauschälen würden. Jetzt hat die Konvergenz tatsächlich stattgefunden. Einst hatte der rote Osten ein sicheres Sozialnetz, jedoch auf Kosten persönlicher Freiheit, während der Westen auf Kosten von Gleichberechtigung und sozialer Sicherheit frei war. Jetzt haben sie sich angenähert: Die Russen haben ihre kostenfreien Schulen und Gesundheitsversorgung verloren und dafür die Freiheit gewonnen, unter Brücken zu schlafen, während jetzt der Westen seinen eigenen Gulag und seine eigenen politischen Dissidenten hat. Beide, Osten und Westen, haben wieder Artikel 58 unter der Maske von Anti-Haß-, Anti-Terrorismus- und Anti-Extremismus-Gesetzen eingeführt.

Der Großplan der Weltherrschaft entfaltet sich. Auf seiner ersten Stufe wurde die Macht der alten Elite und die der Kirchen zerschlagen. Der Mammonit benutzte Demokratie und Freiheit als seine Waffe gegen die Alte Ordnung, und wir, die Linken und Liberalen, waren froh um dessen Beistand. Das entgegenwirkende Votum der Lords (wenn auch hin- und hergeschoben und umgeformt) beweist, daß das alte System mit all seinen Mängeln positive Eigenschaften hatte. Aber diese Stufe ist vorüber. Jetzt kämpft der Feind gegen Demokratie und Freiheit, indem er Furcht und Anti-Rassismus einsetzt.

Der Feind hat den Vorteil, beide, die Linke wie die Rechte, Massenmedien und alternative Medien zu durchsetzen und wechselseitig auf globaler Ebene zu beeinflussen. Nach der Niederlage Englands kann er in Frankreich angreifen und in Gaza provozieren. Gemäß ihrer Aufnahme der Dinge kann er Gram und Kummer verursachen und Schrecken vortäuschen. Solange diese Maschine intakt ist, sind Krieg und Furcht unabwendbar, denn sie sind ihre Produkte. Überdies ist das der Grund, warum die machtvollen Mammoniten – nicht die Juden – diese Maschine benützen und unterstützen. Die Maschine verursacht Furcht und ermöglicht ihnen, ihre Diktatur einzuleiten. Aber wir müssen daraus sieghaft hervorgehen, es sei denn, wir wollen, daß unsere Kinder in einer Welt von Sklaven und Gebietern leben. Man muß sich nicht über muslimische Sensibilitäten oder jüdische

Vorurteile sorgen, denn es ist *Ihre* Freiheit, die auf dem Spiel steht. Wir müssen global *denken*, denn unser Feind *handelt* global. Wir müssen Angst und Zwietracht besiegen, denn das sind die Hauptwaffen des Feindes.

Übertragung: **Hanne Pfiz-Soderstrom** (www.nationalanarchismus.org) 27 Feb. 2006
 englischer Text im Original: <http://www.israelshamir.net/English/Satanic.htm>

FÜR DICH SELBST

Wem Die Stunde schlägt

von Israel Shamir

"Frag' nicht, wem die Stunde schlägt, sie schlägt für dich", schrieb der englische Dichter John Donne. Das schändliche Urteil Österreichs, das David Irving zu drei Jahren Haft verurteilt hat, ist nicht nur verhängnisvoll für den englischen Historiker, es läßt für unser aller Freiheit Schlimmes ahnen. Noch nie wurde unser Sinn für Gerechtigkeit dermaßen beleidigt! Als hin und wieder in Breschnews Rußland oder in Ne Wins Burma ein Dissident inhaftiert wurde, hatte dies immer einen Aufschrei des Protests zur Folge. Jetzt aber ist die einzige Erwiderung auf die Verurteilung Irvings lähmendes Schweigen. Als sie unschuldige Muslime in Guantanamos Hölle schickten, konnten wir denken: Das sind Menschen aus der Dritten Welt – es gelten andere Regeln. Ein Batista-Polizist in Graham Greenes *Unser Mann in Havana* hatte gesagt: "Es gibt Menschen, die kann man foltern, andere nicht." Als sie Ernst Zündel in den USA entführten und ihn nach Deutschland zur Verurteilung brachten, konnten wir denken: "Es ist eine interne deutsche Angelegenheit." Jetzt haben sie einen Schriftsteller, einen Autor weltweit gelesener und gewürdigter Bücher, eine namhafte europäische Persönlichkeit in einem zivilisierten Land geschnappt und ihn wegen Unerbietigkeit gegen die Juden eingesperrt.

Genaugenommen wurde David Irving für die sogenannte Verleugnung des Holocaust verurteilt. Aber die jüdische Auffassung vom Holocaust, **dem einzigen Dogma, das im angeblich säkularen Europa per Gesetz geltend gemacht wird**, hat mit dem II. Weltkrieg und dessen Greuel wenig zu tun; es hat alles mit dem jüdischen Anspruch auf Übermacht und Auserwähltheit zu tun. Es gibt ein jüdisches Gebet, welches lautet: "Gesegnet seist du, Gott, der mich als Jude erschaffen hat, daß du zwischen Juden und den gemeinen Erdlingen unterscheidetest, wie Du auch zwischen Heiligem und Weltlichem unterscheidetest, und gebenedeit seist du, daß deren Glauben nicht der unsere ist." Wir müssen ohne Zweifel und ohne Zögern **die Konzeption des Holocaust verleugnen**, auch wenn jedwede Holocaustgeschichte bis hinunter zu den fantastischen Erfindungen des Wiesel total wahr wären. Deshalb sind sachliche Diskussionen jüdischer Sterblichkeit absolut legitim, aber so überflüssig, wie etwa das Argument, ob Jonah von einem Wal verschluckt wurde oder nicht, überflüssig für einen Atheisten ist.

Diejenigen, die den Holocaust per Gesetz geltend machen, haben nichts anderes im Sinn, als daß wir uns vor dem Idol jüdischer Superiorität beugen, sonst aber gibt's was ab! Sie werden Deborah Lipstadt nicht inhaftieren, weil sie den Holocaust an Dresden verleugnet, auch nicht Guenter Lewy, der in einem langen Artikel, betitelt *Waren die Indianer Opfer eines Völkermords?*, den Völkermord an den Indianern verleugnet. Die Juden produzierten und veröffentlichten diese Verleugnungen aus dem gleichen Grunde, wie sie auch die Satanischen Bilder veröffentlichten, nämlich, um den Unterschied zwischen einem Goy und einem Juden hervorzuheben. Die Goyim sollen nämlich wissen und sich daran erinnern: Jederzeit dürfen sie über den Islam oder das Christentum lästern, nicht aber über das Judentum. Das Leiden aller anderen dürfen sie unberücksichtigt lassen, nicht jedoch das der Juden.

Deshalb sollten wir sagen: David Irving wurde wegen Verleugnung der jüdischen Superiorität verurteilt. Seine Verurteilung besiegelt die Vorherrschaft der Freiheit, die mit der Erstürmung der Bastille begonnen hatte. Die europäische Geschichte machte eine volle Wendung: von der Ablehnung der Kirchenherrschaft, zur Annahme freien Denkens, bis zu der neuen jüdischen Gehirnwäsche weltweit. Tot ist nicht nur die westliche christliche Zivilisation, auch ihre Nachfolgerin, die säkulare europäische Zivilisation, hat ihre Herrschaft nur wenige Tage nach der letzten Feier dänischer Journalisten übergeben: Die Feier war kurz: Ungefähr 200 Jahre von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende mögen die Europäer die Illusion gehegt haben, sie könnten ohne ideologische Vorherrschaft leben. Jetzt ist diese Illusion vorbei; und es kamen die Juden an die Stelle des alten und müden St. Peter, um über die Seelen und die Gedanken der Europäer zu herrschen.

1962 hatte die Zeitschrift *Look* den Gründer des israelischen Staates Ben Gurion dazu aufgefordert, die Welt 25 Jahre voraus zu prognostizieren. Gurion konstatierte, daß die Weltregierung schon im Jahre 1987 ihren Platz einnähme und daß das höchste geistliche Gericht der Menschheit in Jerusalem einen Altar zum Gedenken der Rolle der Juden im Zusammenbringen der Menschheit errichtet haben würde. Er hat sich dabei nur um einige Jahre verrechnet. Die Welt ist noch nicht vollständig unterworfen, doch erkennt sie schon jetzt ihren neuen Gebieter.

Im 19. Jahrhundert konnten die Europäer die Chinesen nicht vollständig kolonialisieren. Ihre Vorherrschaft zeichnete sich dahingehend aus, wie sie sich des Systems der Besiedlung bedienten. Dieses System unterteilte die Einwohner Chinas in zwei Kategorien: die Herrschenden (die Europäer) und die niederen Einheimischen. Ein Einheimischer, der seine Hand gegen einen Europäer erhob, wurde vom europäischen Kolonialgericht verurteilt, ein Europäer, der sich durch eine Untat an einem Einheimischen vergriff, wurde von dem einheimischen Gericht nicht belangt. Dieses System der "Besiedlung", wurde 1949 vom Vorsitzenden Mao nach dem kommunistischen Sieg demontiert. Ähnliche Systeme kolonialen Rechts erlebten ihren Niedergang zusammen mit den Kolonialreichen, die sie implementiert hatten, und für eine kurze Zeitspanne danach war jedes Land über sein eigenes Land souverän.

Vor einiger Zeit hat das israelische Parlament (*Knesset*) das Besiedlungssystem für die noch nicht vollständig kolonisierte Welt erneuert: Ein gegen Juden Verstoßender, wo auch immer er leben mag, wo auch immer er seinen Verstoß verübt hat, kann vor das jüdische Gericht gebracht werden. Der beleidigte Jude braucht keine Beziehung zum jüdischen Staat zu haben, und der Verstoß mag vom einheimischen Gesetz auch nicht als solcher gelten, trotz alledem kann der gegen einen Juden Verstoßende nach Jerusalem vor ein jüdisches Gericht gebracht werden. Dieses Gesetz beansprucht absolute Souveränität der Juden über die restliche Menschheit. Dieses Gesetz verweigert die Souveränität aller Nationen außer der einen. Ein derartiger Anspruch müßte als eine kriegerische Handlung gegen die Souveränität anderer Nationen gewertet werden. Aber dieses Gesetz wurde in aller Stille verabschiedet, was der erstaunlichen jüdischen Methode, nämlich der des langsam fortschreitenden, des schrittweisen Vorangehens zuzuschreiben ist.

Diese Methode wurde von Amira Hass, einer *Haaretz*-Korrespondentin im kolonisierten Palästina erläutert. Sie schrieb: "Wenn Sie einen Frosch in kochendes Wasser werfen, wird er herauspringen und sein Leben retten. Ein Frosch in temperiertem Wasser, das nur schüchlenweise erhitzt wird, wird sich an die Hitze gewöhnen. Zu dem Zeitpunkt, wo das Wasser kocht, ist es zu spät und der Frosch stirbt. In der Entwicklung des israelischen Systems der Kontrolle über die Palästinenser und deren Land haben die israelischen Besatzer eine geniale Stufe erreicht bezüglich dieser langsam fortschreitenden Methode, die Leute an etwas zu gewöhnen." Dieses langsam fortschreitende Vorgehen, wurde von den Juden nicht nur hinsichtlich der Palästinenser benutzt.

Das Besiedlungssystem begann im Kleinen: Der lange Arm der Juden schnappte Adolf Eichmann in Argentinien und brachte ihn vor ein jüdisches Gericht in Jerusalem. Adolf Eichmann war kein Guter, er verübte viel Schlimmes an Juden, weshalb viele Länder an diesem bedauerlichen Einbruch an Argentinien Souveränität vorbeisahen. Aber das war lediglich der Anfang:

Einige Jahre später verlangte die polnische Justiz die Auslieferung eines jüdischen Massenmörders: Solomon Morel. Dieser Morel hatte nach dem Krieg in einem Konzentrationslager in Polen Tausende aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen gefoltert und getötet. Seine Verbrechen wurden von dem amerikanischen Journalisten John Sack enthüllt. Morel entkam nach Tel Aviv, und der jüdische Staat erwiderte auf die Forderung Polens mit imperialem Hochmut: "Welche Frechheit! [*chuzpa*] Diese Einheimischen wissen nicht, was sich ziemt!" Wahrscheinlich würde Königin Viktoria gleichermaßen geantwortet haben, hätte ein einheimischer Häuptling einen ihrer Beamten in sein Land vor Gericht holen wollen.

Seitdem haben sämtliche großen und kleinen Länder die Vorstellung akzeptiert, daß die Juden über dem Gesetz stehen. Der reiche, russisch-jüdische Gangster Nevzlin entkam Rußland und lebt ungestört in Tel Aviv neben Flatto-Sharon, einem französisch-jüdischen Gangster, gar nicht weit entfernt von dem Mörder eines kanadischen Kindes und in der Nähe vieler jüdischer Gangster. Eine machtvolle jüdische Organisation namens *Khabad* schrieb in ihrer Satzung, es dürfe kein Jude in einem Goy-Gefängnis sein. Mittels Bestechung und Überredung entlassen die Goyim jüdische Verbrecher aus ihren Gefängnissen und schicken sie nach Israel. Der Geburtstag des Gründers des *Khabads* (Lubbawitsch Rebbe) ist ein Feiertag und wird als "Eduction Day" ("Aufklärungstag") in den USA gefeiert.

Der Juden Grundbesitz ist ebenfalls außerhalb des Gesetzes. Jüdischer Grundbesitz ist heilig. Diese haben ihren Grundbesitz, den sie in Deutschland, Österreich, Frankreich und dem Baltikum hatten, zurückgefordert und zurückerhalten. Wenn ein Jude keine Erben hat, geht sein Besitz an das Weltjudentum. 90 Prozent des Goy-Grundbesitzes wurde vom jüdischen Staat seit 1948 beschlagnahmt und seither 50 Prozent des Grundbesitzes 1967 erobert. Noch im letzten Jahr wurde

den Goyim Land in Jerusalem genommen, da ein Goy– laut jüdischem Gesetz – keinen wirklichen Anspruch auf Land hat.

Ein Beispiel jüdischen Rechts liefert uns der Fall des israelischen Kommandanten, der ein 13-jähriges Schulmädchen vor den Augen seiner Soldaten ermordet hat. Er hat seine Patronen auf den Körper des Kindes entladen und wurde von dem israelischen Gericht freigesprochen. Fakt ist, daß keiner der Mörder nicht-jüdischer Kinder (200 allein in den letzten drei Jahren) jemals von einem jüdischen Gericht schuldig gesprochen wurde. Nur wenige wurden jemals vor Gericht gebracht, aber die, die tatsächlich vor Gericht gestanden haben, kamen glimpflich davon. Der Siedler Nachum Koram, ermordete den 10-jährigen Jungen Hilmi Susha in dem Dorf Hussan. Er wurde verhaftet, kam vor Gericht, und es wurden forensische Beweise gegen ihn vorgebracht, der Richter jedoch wies die Beweise zurück und verurteilte den Mörder zu einer Strafe von 6 Monaten Sozialarbeit. Aber: Allein der Verdacht eines Verbrechen gegen ein jüdisches Kind, würde ein Goy mit lebenslangem Zuchthaus büßen müssen.

Angesichts jüdischer gerichtlicher Vollstreckung ist die Inquisition mit Nostalgie zu betrachten. Als Galileo bereute, wurde ihm erlaubt, unbehindert seine Studien fortzusetzen. Der Richter vermerkte: "Die Tatsache seiner Reue zeige, es sei seinerseits nur ein Lippenbekenntnis." Die "unabhängige Expertin" Dina Porat, die eine Spitzenposition an der Tel Aviv Universität für zeitgenössischen Antisemitismus and Rassismus einnimmt, sagte: "Irvings angebliche Reue ist von Furcht über ein Urteil motiviert, das ihm zehn Jahre Inhaftierung einbringen könnte."

Jetzt ist es so weit gekommen, daß jüdische Rechtsprechung auf globaler Ebene geltend gemacht wird. Der europäisch-jüdische Kongreß ist dabei, eine Anklage gegen den iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmedinedschad beim Internationalen Kriminalgericht (ICC) wegen "Aufstachelung zum Völkermord" einzureichen, doch jeglicher Versuch, Ariel Sharon vor Gericht zu bringen, ist fehlgeschlagen. Der größere jüdische Staat, die USA, hat ebenfalls ihrer kleineren Schwesters Idee der unbegrenzten Vorherrschaft übernommen. Eine Straftat gegen einen amerikanischen Bürger kann vor ein amerikanisches Gericht gebracht werden, egal wo die Straftat begangen wurde. Überraschenderweise wurde dieser imperiale Anspruch – der dem alten Besiedlungssystem ähnelt – hauptsächlich wegen jüdischer Interessen ausgenutzt. Jedesmal, wenn jüdische Siedler – amerikanische Bürger – während des Konflikts im Mittleren Osten getötet wurden, galt die gerichtliche Entscheidung amerikanischer Richter gegen die nationale Autorität der Palästinenser, den Iran, Hamas, gegen die gesamte Welt, und diese gewährten den Überlebenden Multi-Millionen Dollar Schadenersatz. Niemand jedoch kann die Juden verklagen: Ob diese die amerikanische Friedensaktivistin Rachel Corrie mit einem Bulldozer in Gaza überfahren und morden, ob sie amerikanische Soldaten der Marine an Bord der USS Liberty angreifen oder amerikanische Palästinenser töten.

Mit dem Gerichtsurteil der Österreicher hat der Alptraum der Paranoiker in bezug auf die jüdische Oberhoheit aufgehört und ist zum gesetzlich verbrieften Faktum geworden, ähnlich wie die Wikinger-Oberhoheit in Danelaw, in Ost-Angeln, mit dem einen Unterschied, daß die jüdische Vorherrschaft religiöse Untertöne hat, während die Wikinger sich auf ihre Schwerter und Hunde verlassen hatten.

Das alles wird offen in der jüdischen Welt diskutiert. "Wir leben in der Vollblüte der messianischen Zeit, frei von unseren politischen Gegnern und sehr bald befreit vom satanischen Goy", schrieb Uriel Tal. Während die Christen in dem Glauben sind, die Wiedererscheinung Christi läute eine total neue Epoche der Wunder ein, werde – gemäß der Aussage Maimonides und jüdischer Sicht – die Welt nicht viel anders sein als während der messianischen Zeit, ausgenommen sei nur der Triumph jüdischer Oberherrschaft. (*Gedulath Israel*, Hilchoth Teshuva 9:2) Aufgrund dieses Verständnisses wurde vor einem Jahr das Hohe religiöse Gericht (*Sanhedrin*) gegründet, das die Welt urteilen soll. Geleitet wird dieses von Rabbiner Adin Steinzaltz, und die Goyim, welche die noachidischen Gebote befolgen, erwiesen ihm ihre Ehrerbietung.

Vor einigen Monaten wurde ich zur Polizei in meiner Heimatstadt Jaffa gebracht, um dort die Anklagen der jüdisch-französischen Organisation LICRA zu beantworten.

- "Haben Sie über jüdische Oberherrschaft und Weltherrschaft geschrieben?", fragte der Polizist.
- "Was soll's, wenn ich das getan hätte?", antwortete ich ihm. "Jeder zweite Rabbiner sagt das."
- "Stimmt, jedoch betrachten diese die Sache positiv!", sagte der Polizist.

Deshalb gibt es kein Argument gegen die Tatsache jüdischer Oberherrschaft, lediglich, über deren Einschätzung. Wenn Sie denken, die jüdische Oberherrschaft sei gut, können Sie sogar Präsident der USA werden; wenn Sie denken, das sei schlecht, landen Sie im Knast! In der

Zwischenzeit macht die jüdische Oberherrschaft es solchen Menschen wie David Irving, die dieses Faktum herausfordern, schwer. Allmählich – oh, nur ganz allmählich –, damit sich der Frosch vor dem heißen Wasser nicht fürchtet, werden die Schrauben angezogen.

Schließlich wird das Ganze ungemütlich werden: Jüdischer Gerichtsvollzug steht seinem nächsten Konkurrenten Dschingis Khan bezüglich Grausamkeit nicht nach. Jüdisches Gericht ist voreingenommen und stolz darauf. Laut jüdischem Gesetz hat ein Jude gegen einen Goy immer recht, auch wenn er nicht recht hat. Die Europäer werden der rauen Behandlung von Juden ausgesetzt sein, die bisher das Privileg der Palästinenser war. Es könnte aber sein, es kommt zu einer ausgleichenden Gerechtigkeit im Verlauf der Dinge.

Normale Juden werden diese neue Ordnung der Dinge nicht gutheißen. Wenn es etwas gibt, das die jüdische Justiz noch mehr mißachtet als den Goy, dann ist es ein abtrünniger Jude. Abtrünnige Juden, die Christen geworden sind, sollten – laut Maimonides – getötet werden. Der überaus gnädige Rabbiner Asher riß die Nasen jüdischer Frauen, die mit einem Goy sexuellen Verkehr hatten, aus ihrem Gesicht, während die Männer wegen dieser Überschreitung jüdischen Gesetzes meist verprügelt wurden. Nun, gewisse Verpflichtungen sind Teil des Status einer Oberherrschaft.

Das Christentum wird wahrscheinlich dahinschwinden; nur die Sekte der Christen, die die Juden verehren, wie beispielsweise die christlichen Zionisten in den USA, werden überdauern. Die anderen werden wegen ihres Antisemitismus, verfolgt und aufgelöst werden. Die Kirchen werden zerstört werden, gemäß jüdischen Gebotes. Sie dürfen nicht mit dem Tempel in Jerusalem konkurrieren, der auf den Trümmern der Al-Asqua-Moschee wieder aufgebaut werden soll. Der Wiederaufbau des Tempels wird schmerzlos vonstatten gehen: Nach dem bevorstehenden Angriff auf den Iran werden Muslime andere Sorgen haben, nämlich die ihres physischen Überlebens! Denn dieses ist nicht garantiert, da sie öffentlich als "Amalek" erklärt wurden und ihre Massenvernichtung die religiöse Pflicht der Juden ist. Der Weg in diese Zukunft wurde von dem schicksalhaften Urteil der Österreicher bereits gestellt.

Immer auch die hellere Seite nicht aus der Sicht verlierend: Die Europäer brauchen sich jetzt nicht weiter wegen der schrecklichen Weissagung der Protokolle aufhalten. Die Gesetze der Weisen von Zion hängen schon über uns, und – o Gott! – es ist nicht so schlimm wie gefürchtet. Zumindest noch nicht.

Übertragung: Hanne Pfiz-Soderstrom (www.nationalanarchismus.org) 4 Mar 2006
englischer Text im Original: <http://www.israelshamir.net/English/ForWhom.htm>

DIE SPITZE DES KAMPFES

Für Hossein Amiri

Robert Faurisson

Ich bin Hossein Amiri, der für die iranische Presseagentur *Mehr News* tätig ist, noch nicht persönlich begegnet und habe das Manuskript des Buches noch nicht gelesen, das er, wie er mir mitgeteilt hat, im Verlag des *Center for Palestine and Middle East Records and Strategic Studies* über den «Holocaust» sowie den Revisionismus zu veröffentlichen gedenkt. Doch habe ich mit ihm eine Korrespondenz geführt, die bei mir den Eindruck erweckt hat, dass er sich mit grosser Effizienz für die Sache des historischen Revisionismus einsetzt, und ich meine, dass er aus diesem Grund die Unterstützung der Revisionisten in aller Welt verdient. In dem Kampf, den wir gegen den Mythos des angeblichen « Holocaust » an den Juden führen, sind iranische Forscher und Aktivisten vorderhand noch dermassen spärlich vertreten, dass man nur Freude empfinden kann, wenn ein Mann wie H. Amiri zu den Revisionisten stösst.

Der Mythos vom «Holocaust» oder der «Shoa» bildete die Grundlage der Schaffung des Staates Israel in den Jahren 1947-1948 und ist mit der Zeit zum Schwert und Schild dieses Staates geworden. Im Kampf gegen diesen Mythos und seine verhängnisvollen Auswirkungen erscheint der historische Revisionismus als der einzig mögliche Weg. Insofern ist der Revisionismus die Atomwaffe des Armen und des Schwachen im Kampf gegen die Grosse Lüge der Reichen und Mächtigen dieser Welt. Ohne auch nur einen einzigen Menschen ums Leben zu bringen, könnte der Revisionismus einer der gefährlichsten historischen Lügen aller Zeiten den Todesstoss versetzen, jener vom angeblichen Völkermord an den Juden [bei dem es Millionen von

«Überlebenden» gab] sowie der angeblichen Gaskammern Hitlers (die in Wirklichkeit weder in Auschwitz noch anderswo existiert haben).

Ab 1945, unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mussten die westlichen Mächte mitansehen, wie ihre Kolonien in immer rascherem Tempo verloren gingen. Ausgerechnet in dieser Epoche der allgemeinen Entkolonialisierung, im Jahre 1948, erschienen jedoch zwei Phänomene, die dem Zeitgeist radikal widersprachen und bald an Stärke gewannen: In Südafrika die Errichtung der Apartheid, im Nahen Osten die gewaltsame Schaffung eines rassistischen und kolonialistischen territorialen Gebildes, das sich zum «jüdischen Staat» proklamierte und eine «jüdische Armee» aufbaute.

Die südafrikanische Apartheid stiess bei dem, was man als internationale Gemeinschaft bezeichnen kann, auf dermassen nachhaltige Ablehnung, dass sie schliesslich verschwand. Doch der Staat Israel hat sich auf dem Boden Palästinas gehalten und wird heute mehr denn je von den grossen westlichen Mächten finanziert und bewaffnet, in erster Linie von Deutschland und den Vereinigten Staaten. Er ist sogar zur Nuklearmacht geworden.

Die Anomalie, welche diese brutale Kolonisierung Palästinas inmitten einer weltweiten Entkolonialisierung darstellt, lässt sich leicht erklären. 1945 liessen sich die von der jüdischen und zionistischen Propagandamaschinerie hinters Licht geführten Völker der westlichen Welt davon überzeugen, dass Hitler während des Zweiten Weltkriegs versucht habe, die Juden auszurotten, und dies auf besonders grässliche und systematische Weise. Hitler, so hiess es, habe es so fertiggebracht, sechs Millionen unschuldige Juden umzubringen, und zwar insbesondere in chemischen Schlachthäusern, die man «Gaskammern» nannte. 1947 dachten die – ab 1945 indoktrinierten - UNO-Mitglieder etwa so: 1) Durch die Schuld der Deutschen mussten die europäischen Juden eine beispiellose Tragödie erdulden; 2) Hilfe an die überlebenden Angehörigen dieser Gemeinschaft ist darum Pflicht; 3) Letztere sind mit allen möglichen Mitteln zu entschädigen; 4) **Ein aussergewöhnliches Leiden ruft nach einer aussergewöhnlichen Entschädigung:** Es ist zwar nicht normal, einem Volk auch nur teilweise ein Land zuzusprechen, das einem anderen Volk gehört, doch für die Juden, die so unsagbar viel gelitten haben, muss man eine Ausnahme machen, zum Nachteil der ... Palästinenser. (Warum nicht zum Nachteil der europäischen Verbrecher, fragte sich der britische Historiker Arnold Toynbee, der selbst an den Holocaust glaubte.)

Unter normalen Umständen ist es verboten, sich fremden Besitz anzueignen, ein Volk mit Waffengewalt aus seinem Land zu vertreiben, es zu unterjochen zu versuchen, ihm das Recht auf einen Staat, eine Armee, eine Währung zu verweigern, ihm sein Recht aufzuzwingen, es in Bantustans einzusperren, es in einem Gefängnis zusammenzupferchen, dessen Mauern weit höher und weit furchterregender sind als die «Berliner Mauer». Doch genau dies tut die jüdische Diaspora seit 1948 bis in unsere Tage auf palästinensischem Territorium, wobei es sie sich über die elementarsten Rechtsnormen hinwegsetzt. Sie hat sämtliche gegenüber der UNO abgegebenen Versprechen, die Rechte der Palästinenser wenigstens zum Teil zu respektieren, gebrochen, und anschliessend hat sie sich keinen Deut um die Aufrufe der UNO zur Einhaltung ihrer Zusagen geschert. Wer heute mit der Waffe in der Hand Widerstand leistet, den bezeichnen die Juden und die Zionisten als «Terroristen». Wer ihren Kolonialismus anprangert, den erklären sie zum «Antisemiten». Wer schliesslich beweist, dass ihr «Holocaust» oder ihre «Shoa» nichts weiter als ein Mythos ist, den geisseln sie als «Leugner» oder «Negationisten», der angeblich vom teuflischen Geist des Zweifels besessen ist.

«Terrorist», «Antisemit», «Leugner», «Negationist» - diese Worte sind das Kainsmal auf der Stirn. Doch die Aufgabe des Historikers oder Forschers besteht darin, die Realität, die sich hinter diesen Beschimpfungen verbirgt, näher zu untersuchen. **Und diese Realität besteht darin, dass die Juden und die Zionisten gelogen haben und weiterhin lügen. Ihr angeblicher «Holocaust» ist eine historische Lüge, die für sie ausserordentlich profitabel ist und die sie um jeden Preis aufrechterhalten müssen. Diese ungeheuerliche Lüge und dieser Schwindel von beinahe planetarischen Ausmassen belasten sowohl die Zionisten, die gekommen sind, um die Palästinenser zu bestehen und zu töten, als auch die Diasporajuden, die den Zionismus billigen und finanzieren.**

Hitler hat tatsächlich versucht, die Juden aus Europa zu vertreiben. Im Verlauf der Jahrtausende bis hin in die Neuzeit haben viele andere Länder vor Deutschland die Vertreibung der Juden aus ihren Ländern angestrebt. Zu den Gründen dieser fast weltweiten Ablehnung empfiehlt es sich, die erste Seite 1894 erschienenen Buchs des Juden Bernard Lazare *L'Antisémitisme, son histoire*

et ses causes zu lesen. Für Lazare haben die Juden mit ihrem Verhalten in allen Ländern und zu allen Zeiten auf die Dauer die Geduld ihrer Gastvölker strapaziert und bei diesen feindselige Reaktionen provoziert.

Vor und während des Krieges, ja noch im April 1945, haben Hitler und die nationalsozialistischen Führer den Alliierten öffentlich angeboten, den europäischen Juden bei sich Aufnahme zu gewähren. «Nehmt sie bei euch auf, diese Juden, die ihr so wundervoll findet; wir schenken sie euch. Was zögert ihr noch?» Ungefähr so haben die Nationalsozialisten argumentiert. Mit wenigen Ausnahmen antworteten die Alliierten mit Schweigen oder Ablehnung. Sie wussten nämlich sehr wohl, dass Hitler durchaus nicht im Begriff war, die Juden auszurotten. Uns liegen beispielsweise dokumentarische Beweise dafür vor, dass die höchsten Verantwortlichen der Alliierten nicht an die närrischen Gaskammergeschichten glaubten; dies ist auch der Grund dafür, dass Churchill, De Gaulle, Eisenhower, Stalin, Benes und andere niemals von dieser Scheusslichkeit aus dem Gruselkabinett gesprochen haben. Hitler erstrebte nichts weiter als eine «*territoriale* Endlösung der Judenfrage». Die Hofhistoriker lassen dieses genierliche Adjektiv «territorial» regelmässig weg; sie ziehen es vor, lediglich von der «Endlösung» zu sprechen und durch diese unehrliche Kürzung den Eindruck zu erwecken, es habe sich um eine Lösung der Judenfrage durch systematische Ausrottung gehandelt! In Wirklichkeit wollte Hitler die Schaffung eines Territoriums für die Juden ausserhalb Europas, nicht jedoch in Palästina.

Doch angesichts der praktischen Unmöglichkeit, sich zu Kriegszeiten einiger Millionen Juden zu entledigen oder für sie eine Heimstatt zu finden, beschloss er, eine gewisse Anzahl von ihnen (nicht alle!) in Konzentrations- oder Arbeitslagern einzusperren, in der Hoffnung, die «Judenfrage» nach dem Ende des Konflikts zu lösen. Trotz der von der deutschen Verwaltung und den deutschen Ärzten unternommenen Anstrengungen suchten fürchterliche Epidemien, insbesondere der Typhus, diese Lager heim. Es gilt darauf hinzuweisen, dass der Typhus bei den Ostjuden seit Generationen eine endemische Plage war. In den letzten Kriegsmonaten erlebte Deutschland vor allem aufgrund der anglo-amerikanischen Bombardierungen und des Vormarsches der sowjetischen Truppen eine Apokalypse; angesichts der Lähmung der Produktions- und Verkehrsmittel verschlechterten sich die Bedingungen für jedermann dramatisch. Als die Alliierten die Konzentrations- oder Arbeitslager befreiten, fotografierten sie **die Toten und die Sterbenden** eifrig und verbreiteten diese Fotos in der ganzen Welt, unterschlugen jedoch Aufnahmen, auf denen Scharen von Häftlingen zu sehen sind, die sich trotz allem noch bei guter Gesundheit befanden. Sie filmten **die Krematoriumsöfen**, als ob die Deutschen diese zur Ermordung von Menschen verwendet hätten, obwohl diese Öfen zur Einäscherung von Leichen gedient hatten; diese Methode ist hygienischer und moderner als die Beerdigung, besonders dort, wo Epidemien wüten und Ansteckungsgefahr besteht. Die Alliierten zeigten auch **Entwesungsgaskammern**, als ob diese zur Tötung von Häftlingen gedient hätten, während diese in Wirklichkeit zur Entwesung von Kleidern und folglich zum Schutz sowohl des Lagerpersonals als auch der Internierten gedient hatten. Sie stellten **Büchsen eines Insektizids (Zyklon B)** zur Schau, als hätten diese zur Erstickung von Menschenwesen gedient; dabei wurde dieses Produkt zur Ausmerzung der typhusübertragenden Läuse verwendet. Sie zeigten **Haufen von Haaren, Schuhen, Brillen und Kleidungsstücken**, als hätten diese «Vergasteten» gehört, obgleich während der Kriegszeit bekanntlich in ganz Europa, das einer Blockade unterworfen war und unter allgemeinem Mangel und Hunger litt, alle möglichen Materialien gesammelt und wiederverwertet wurden, darunter auch Haare, die damals in der Textilindustrie Verwendung fanden; folglich war es ganz normal, in diesen Lagern und ausserhalb ihrer zahlreiche Depots oder Werkstätten vorzufinden, wo diese Gegenstände und Materialien rezykliert wurden. Anders gesagt, was Deutschland, eine moderne Nation, unternommen hatte, um zu einer Zeit des Krieges und der Kriegswirtschaft Menschenleben zu retten und der Bevölkerung das Überleben zu sichern, logen die Alliierten mittels einer geschickten Propaganda in ein Unternehmen zur Vernichtung von Menschen um. Diese Propaganda machte sich den alten Aberglauben zunutze, wonach der Arzt, der Chemiker und der Gelehrte mit dem Teufel mehr oder weniger unter einer Decke stecken.

Dem auf dem Boden liegenden Deutschland blieb nichts anderes übrig, als sich dem Willen seiner Überwinder zu fügen. Beim Nürnberger Prozess und bei hundert anderen von den Medien breit herausgestrichenen Prozessen wurde es daran gehindert, sich frei und ungehindert zu verteidigen; ohne über eigentliche Beweise zu verfügen, ohne eigentliche technische oder wissenschaftliche Expertise, erklärten seine Überwinder es für unwahrscheinlicher Greuel schuldig. Deutschland hat sich vor den Siegern verneigt; es hat sich selbst angeklagt, und seit sechzig Jahren betreiben seine Führer und Eliten die dem grossen Besiegten aufgezwungene Selbstkasteiung. Deutschland hat keine andere Wahl. Fiele es heute einem führenden Politiker des Landes ein, die Lüge vom «Holocaust»

anzuprangern, so würden das Geheul der Juden und das Entrüstungsgehebe der Medien solche Ausmasse annehmen, dass gegen Deutschland ein Boykott verhängt würde; die deutschen Börsenkurse würden zusammenbrechen, und das Land würde sofort in die Massenarbeitslosigkeit und den Ruin marschieren.

Die Revisionisten haben hieb- und stichfest nachgewiesen, dass es keinen einzigen Hitler-Befehl zur Tötung der Juden gab, ja nicht einmal geben konnte. Uns liegen Beweise dafür vor, dass selbst während des Krieges deutsche Soldaten oder Offiziere, die auch nur einen Juden oder eine Jüdin ermordet hatten, vor ein Kriegsgericht gestellt werden, zum Tode verurteilt und hingerichtet werden konnten. Dies bedeutet wohlverstanden nicht, dass es in der Hitze des Kampfes besonders gegen Freischärler und Partisanen keine Fälle gegeben hätte, wo die deutschen Truppen – wie alle anderen Truppen der Welt – Exzesse oder Greuelthaten gegen Zivilisten begingen. Es gab im nationalsozialistischen Deutschland keinen Befehl, keine Direktive und keine Instruktion, welche die Ermordung von Juden vorgeschrieben hätte. Für dieses angebliche Ausrottungsunternehmen gab es keine leitende Instanz, kein Budget, keine Amt und keinen Verantwortlichen, dem die Durchführung einer solchen Politik oblag. Am 20. Januar 1942 unterhielten sich bei der sogenannten Wannsee-Konferenz in Berlin fünfzehn deutsche Beamte einige Stunden lang unverbindlich über eine Politik zur Vertreibung der Juden aus Europa, wobei arbeitsfähige jüdische Männer und Frauen bis zum Ende des Krieges provisorisch zur Zwangsarbeit abkommandiert werden sollten. Dem Protokoll dieser Sitzung nach wurde für die Nachkriegszeit ein jüdischer «Wiederaufbau» ausserhalb Europas ins Auge gefasst, wobei als « Keimzelle » dieses Wiederaufbaus die besten jüdischen Elemente dienen sollten, welche diese Deportation und diese Zwangsarbeit überlebt hatten. Vor dem Krieg und noch während dessen erster Phase hatten die Deutschen ernstlich die Lösung erwogen, die europäischen Juden auf der Insel Madagaskar unterzubringen. Sie griffen damit eine Idee auf, die 1937 von den polnischen, französischen und britischen Behörden, ja sogar vom *American Jewish Joint Distribution Committee*, geprüft worden war, doch mit der Verschärfung des Krieges mussten sie auf dieses Projekt verzichten. Einer Ansiedlung europäischer Juden in Palästina widersetzten sie sich schliesslich energisch. Noch im Januar 1944 hatte das deutsche Aussenministerium den Briten bei Verhandlungen erklärt, wenn letztere einen Konvoi von 5000 Juden aufnehmen wollten, davon 85% Kinder und 15% erwachsene Begleitpersonen, so könne dies nur unter der Bedingung erfolgen, dass diese definitiv in Grossbritannien angesiedelt würden und **dass ihnen die Auswanderung nach Palästina untersagt werde:**

Die Reichsregierung kann sich nicht auf ein Manöver einlassen, welches es den Juden erlaubt, das edle und tapfere arabische Volk aus seiner Heimat, Palästina, zu vertreiben. Diese Gespräche können nur unter der Bedingung fortgesetzt werden, dass sich die britische Regierung bereit erklärt, die Juden in Grossbritannien und nicht in Palästina aufzunehmen, und dass sie ihnen garantiert, dass sie sich definitiv dort niederlassen dürfen. [Rückübersetzung aus dem Französischen.] (Brief von Thaddens von der Gruppe Inland II des Auswärtigen Amts, Berlin, 29. April 1944; von den Alliierten als Dokument NG-1794 und auf französisch von Henri Monneray, einem ehemaligen Stellvertreter des Staatsanwalts und Angehörigen der französischen Delegation beim Nürnberger Prozess, veröffentlicht: *La Persécution des juifs dans les Pays de l'Est*, Sammlung von Dokumenten, Paris, Editions du Centre [de documentation juive contemporaine], 1949, S. 169-170).

Am 18. Januar 1945 schrieb Heinrich Himmler anschliessend an eine Begegnung mit dem Schweizer Präsidenten Jean-Marie Lusy, der als Verbindungsmann zu den Amerikanern waltete, in einer persönlichen Notiz :

Ich habe ihm erneut meinen Standpunkt präzisiert. Die Juden sind bei uns in Arbeit eingesetzt, selbstverständlich auch in schweren Arbeiten wie Strassenbau, Kanalbau, Bergwerksbetrieben und haben dabei eine hohe Sterblichkeit. Seitden der Besprechungen über eine Verbesserung des Loses der Juden laufen, sind sie in normalen Arbeiten eingesetzt, müssen jedoch selbstverständlich wie jeder Deutsche in der Rüstung arbeiten. Unser Standpunkt in der Judenfrage ist: Es interessiert uns in keiner Weise, was Amerika und England für eine Stellung zu den Juden einnehmen. Klar ist lediglich, dass wir sie in Deutschland und im deutschen Lebensbereich aus den jahrzehntlangen Erfahrungen aus dem Weltkrieg nicht haben wollen und uns hier auf keinerlei Diskussion einlassen. Wenn Amerika sie nehmen will, begrüssen wir dass. Ausgeschlossen muss sein und dafür muss Garantie gegeben werden, dass Juden, die wir über die Schweiz herauslassen, niemals nach Palästina abgeschoben werden. Wer wissen, dass die Araber die Juden ebenso ablehnen wie

wir Deutschen es tun und geben uns zu einer Unanständigkeit, diesem armen, von den Juden gequälten Volke neue Juden hinzuschicken, nicht her. (Das Originaldokument mit handschriftlichen Anmerkungen Himmlers wurde von Werner Maser in *Nürnberg, Tribunal der Sieger*, Droemer Knauer, München-Zürich, 1979, S. 262-263, abgesehen.)

In ihrem gemeinsamen Krieg gegen die Briten einerseits und den sowjetischen Kommunismus andererseits waren Adolf Hitler und der Grossmufti von Jerusalem, Hajj Amin Al Husseini, Verbündete. SS-Formationen wie die SS-Divisionen «Handschar» (Krummsäbel) oder «Skanderberg» [nach dem albanischen Helden Skanderbeg benannt] bestanden grossenteils oder vollständig aus Moslems, und in verschiedenen europäischen Ländern, angefangen bei Frankreich, hatten sich Araber der deutschen Sache verschrieben. Rachid Ali im Irak und Chandra Bossa – der Gründer der Indian National Army – in Indien hatten ebenfalls Position für Deutschland und gegen Grossbritannien bezogen.

Heutzutage versucht die jüdische und zionistische Propaganda diese Männer in den Schmutz zu ziehen, so wie sie den Rest der Welt mit Schmutz bewirft. Sie beschuldigt die Alliierten, während des Krieges Gleichgültigkeit gegenüber dem grausamen Schicksal der Juden an den Tag gelegt zu haben. Sie beschuldigt die Neutralen, sich nicht am Kreuzzug gegen Deutschland beteiligt zu haben. Sie beschuldigt den Vatikan. Sie beschuldigt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Sie beschuldigt jene Juden, die während des Krieges als Angehörige der «Judenräte» Beziehungen mit den Deutschen unterhielten. Sie beschuldigt die Zionisten von der Stern-Gruppe, die Deutschland 1941 ein militärisches Bündnis gegen Grossbritannien vorgeschlagen haben. Sie beschuldigt die Gesamtheit der damals in Palästina ansässigen Juden sowie ihre Presse, weil sie während des Krieges mit Skepsis auf die Gerüchte reagierten, die über Massenmorde an Juden in Babi Yar und anderswo sowie über die Gaskammern kursierten. Sie beschuldigt die ganze Welt, oder fast die ganze.

Es ist höchste Zeit, dieser Flut von Beschuldigungen, die ihren Ursprung im Mythos vom «Holocaust» haben, ein Ende zu bereiten. Seit den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts haben bedeutende Historiker und Autoren, darunter auch einige jüdischer Herkunft, begriffen, wie solid die revisionistische Argumentation ist, und haben ihren Glauben an die Lehre vom « Holocaust » mit seinen falschen «Gaskammern» und seinen angeblichen «sechs Millionen Opfern» ganz oder teilweise aufgegeben. Parallel dazu haben sich hohe Vertreter des Zionismus nach und nach gezwungen gesehen, immer mehr von ihrem Glauben an die Utopie von «Grossisrael» abzurücken. Diese beiden Mythen, die im Grunde ein und derselbe sind, werden im Mülleimer der Geschichte landen.

Der Iran und sein Präsident Mahmoud Ahmadinejad haben sich an die Spitze des Kampfes gegen diesen doppelten Mythos gestellt. Ihnen sollten nicht nur Palästina und arabisch-moslemische Gemeinschaft, sondern die ganze – oder fast die ganze - Welt dankbar sein.

4. Februar 2006

DER VERRÄTER

Der Journalist und das "Imperium"

Ludwig Watzal

ANTISEMIT *Rätselraten um die Identität des Israel-Kritikers und Sachbuchautors Israel Shamir*

Im deutschsprachigen Raum war der israelische Autor und Journalist Israel Shamir bis zur Veröffentlichung seines Buches *Blumen aus Galiläa* im Wiener ProMedia Verlag selbst für Insider ein Nobody. Erst mit der zunehmenden Brutalität während der Al-Aqsa-Intifada Ende September 2000 tauchte sein Name 2001 im israelisch-palästinensischen Diskurs auf. Unmittelbar darauf folgten erste kritische Stimmen im Internet, die Shamir eine "antijüdische", ja sogar "antisemitische" Einstellung attestierten. Auf den ersten Blick kamen auch dem Autor dieser Zeilen Shamirs Artikel und sein Buch intellektuell durchaus anspruchsvoll vor. Sie offenbarten philosophischen, theologischen, literarischen und gesellschaftspolitischen Sachverstand und gaben Einblicke in die palästinensische Kultur und Geschichte. Doch dazwischen gibt es immer wieder Formulierungen, die bedenklich stimmen. So sind

seine hauptsächlich in zwei Kapiteln des Buches vorgetragene aggressive Attacken gegen die jüdische Religion und den Einfluss des amerikanischen Judentums auf die Politik der USA völlig inakzeptabel und offenbaren judeophobes, verschwörungstheoretisches und antisemitisches Denken. Als Rezensent dieses Buches (*Freitag 22/2005*) war ich überrascht, dass es auch israelische Antisemiten gibt, hatte aber als Deutscher Skrupel, einem Israeli Antisemitismus vorzuwerfen. Die Frage, wer eigentlich Shamir ist, lässt sich nicht sofort und eindeutig beantworten. Über seine Identität kursieren die unterschiedlichsten Versionen im Internet. Die geläufigste ist Jöran Jermas; andere sind Schmerling (vielleicht sein Geburtsname), Robert David und Vassili Krasevsky. Seit Ende Mai 2005 wird er laut Meldung der schwedischen antifaschistischen Zeitschrift *Monitor* im Stockholmer Einwohnermeldeamt als Adam Ermash geführt. Laut Wikipedia und der Website *Answers.com* hat Shamir Verbindungen zur Neo-Nazi-Szene und faschistischen Sympathisanten wie Horst Mahler, Martin Webster, David Irving und David Duke.

Nach Angaben schwedischer Behörden war er von 1984 bis 1993 unter dem Namen Jöran Jermas in Schweden registriert. Nach Ausbruch der ersten Intifada 1987 ging er nach Russland und schrieb über die dortigen politischen Umwälzungen bis 1993; von dort kehrte er nach Israel zurück. Seine Beiträge erschienen in der Tageszeitung *Prawda* und der extrem-nationalistischen russischen Zeitung *Zawtra (Morgen)*, die Aleksandr Prokhanow, "dem einflussreichsten antisemitischen Verleger" Russlands, gehört. 1998 kehrte er nach Schweden zurück. Im Juni desselben Jahres kontaktierte Shamir den englischen Historiker und Holocaustleugner David Irving von Schweden aus, um ihm Dokumente wie zum Beispiel Himmlers Tagebuchaufzeichnungen und andere Schriftstücke von Nazi-Größen anzubieten, die er über russische Kollegen vermitteln könne, wie auf verschiedenen Websites zu lesen ist. "Ihre und meine Interessen sind rein wirtschaftlich", schrieb er an Irving. Der E-Mail-Verkehr, der von Schweden aus geführt wurde und bis zum 5. Juli dauerte, nahm zunehmend aggressivere Töne an. Ende August kontaktierte Shamir Irving telefonisch, um ihm mitzuteilen, dass er nach Moskau fahre. Irving wünschte ihm britisch cool "Gute Reise". Ein Deal kam nicht zustande.

Shamir gehört der Organisation "Deir Yassin Remembered" (DYR) an, dessen Direktorium mit Juden und Nicht-Juden besetzt ist, und die das Gedenken an das Massaker an den Bewohnern des palästinensischen Dorfes Deir Yassin von 1948 wach hält; verübt wurde es durch die Untergrundgruppen Irgun und Stern-Bande. Einige Mitglieder haben die Organisation inzwischen wegen Shamir verlassen. So traten Michael Warschawski vom "Alternativen Informationszentrum" und seine Frau, die renommierte Menschenrechtsanwältin Lea Tsemel, aus DYR aus, weil sie Shamir für einen "Rassisten" und "Antisemiten" halten, wie Warschawski gegenüber dieser Zeitung erklärte. Auch Jeff Halper, der Leiter des "Komitees gegen Häuserzerstörungen" trat zurück, weil die Aufnahme Shamirs zu "einer Verschärfung des Tons" geführt habe. Er betrachte "alle Juden" als "Täter". Uri Davis, ein in Großbritannien lehrender israelischer Politikwissenschaftler, erhielt von Shamir die Antwort, "dass ein Jude nach den jüdischen Gesetzen aufgefordert ist, demjenigen größten Schaden zuzufügen, der sich zu Christus bekennt". Roni Ben Efrat, die Chefredakteurin der Zeitschrift *Challenge* und ebenfalls DYR-Mitglied, hält Shamir für eine "kontroverse Figur, die eine klare Linie vermissen lässt", wie sie in einem Gespräch mitteilte. Die ersten, die Shamirs fragwürdige Rolle bereits 2001 öffentlich gemacht haben, waren Ali Abunimah, der für die Website *Electronic Intifada* schreibt, und Hussein Ibish, Pressesprecher des "Amerikanisch-Arabischen Antidiskriminierungskomitees". Sie gaben die Warnung aus, dass Shamir kein "Anti-Israeli", sondern ein "Anti-Semit" sei. Sie begründeten dies mit seiner dubiosen Identität und seinen rassistischen Statements bei Vorträgen in den USA, die Shamir niemals öffentlich korrigierte. So habe er "die Juden mit der niederträchtigen Stigmatisierung als Christusmörder" bezeichnet, so Abunimah und Ibish. Seine Agenda sei nicht "anti-zionistisch", sondern eher "anti-jüdisch". Er präsentiere sich als "jüdischer Linker".

Die in Mailand lebende Journalistin **Susanne Scheidt**, die einige Kapitel für die italienische Ausgabe des Buches *Blumen aus Galiläa* übersetzte und Shamir in Italien bekannt gemacht und mehrere Male getroffen hat, nannte ihn in einem Gespräch mit dieser Zeitung einen "agent provocateur". Jeder direkten Frage zu seiner Person und Identität weiche er aus oder er beantworte sie je nach Gesprächspartner. Scheidt gewann aus mehreren persönlichen Gesprächen sogar den Eindruck, als rechtfertige, ja mystifiziere Shamir den Nationalsozialismus und das Hitler-Regime, inklusive der rassistischen Verfolgungen und militärischen Invasionen. Nach ihrem Eindruck gingen die Nürnberger Gesetze für Shamir völlig in Ordnung, "da die Juden einen heterogenen Teil in christlichen Gesellschaften bilden, in denen sie als eine zerstörerische und entfremdete Macht agierten, um sie von innen heraus zu zerstören". Und weiter äußerte sich Shamir Susanne Scheidt gegenüber, "dass die Juden die Kirche hassten und durch den amerikanischen Imperialismus, dessen Anstifter und Motor sie sind, versuchen, die Weltherrschaft zu erringen, in der die Juden die Rolle einer Priesterkaste inne haben, welche die Masse der Goyim (Nicht-Juden L.W.) beherrschen".

Scheidt warnte davor, Shamir einzuladen, da jeder "zwangsläufig in eine Diskussion über Juden und nicht über Palästinenser oder Israel hineingezogen werde". Shamir schade dem Anliegen der Palästinenser, weil er seine Zuhörerschaft gezielt desavouiere, indem er sie genau in die Ecke bugsiere, in der sie die israelische Propaganda und ihre US-amerikanischen Unterstützer haben wollten, in der antisemitischen nämlich. Dass Shamir nicht bereit ist, Fragen zu seiner Identität, seinen Motiven und Kontakten zur rechtsextremen Szene zu beantworten, musste der Autor dieses Artikels feststellen, als er ihm Anfang Oktober 2005 einige Fragen dazu stellte. Barsch wies er sie als "unverschämt" zurück.

Selbst in seinem, auf Shamirs Website veröffentlichten Vortrag über *Juden und das Imperium* vor dem "House of Lords" in London am 23. Februar 2005, zu dem ihn Lord Nazir Ahmed eingeladen hatte, griff Shamir die "jüdische Herrschaft" erneut an. "Die Juden haben einen besonderen Platz im imperialen Bewusstsein." Das neue Imperium sei erfüllt "mit jüdischen Werten auf einem ideologischen und theologischen Niveau". Die Affäre um israelkritische Äußerungen des Londoner Bürgermeisters, so Shamir in dieser Rede, zeige, dass "eine mysteriöse Beziehung zwischen Juden und dem neuen Imperium" bestehe. Mit diesen anti-jüdischen Obsessionen zeigt Shamir nicht nur seine judeophobe Haltung, sondern fügt auch der progressiven israelischen und palästinensischen Gemeinschaft und ihrem Anliegen großen Schaden zu. Sie jedenfalls haben ihre Zusammenarbeit mit ihm beendet. Wer dies immer noch nicht begriffen hat, sind viele Palästinenser und einige jüdische Intellektuelle.

Freitag, 10.02.06.

<http://www.freitag.de/2006/06/06061502.php>

ABBERUFUNG

Die echten und die falschen Juden KONVERTIT

Der israelische Publizist Israel Shamir kritisiert sein Land

Ludwig Watzal

Es gibt immer wieder Israelis, die sich aus moralisch-ethischen Gründen dem nationalen Konsens verweigern, indem sie die Menschenrechtsverletzungen und die brutale Unterdrückung der Palästinenser mutig anprangern. Zu ihnen gehört Israel Shamir, der 1947 in Novosibirsk geboren wurde und 1969 nach Israel kam. Als Soldat einer Fallschirmjägereinheit kämpfte er im Yom Kippur-Krieg 1973. Lange Zeit verlief sein Leben in Israel unspektakulär. Er übersetzte den Talmud, James Joyce, Homer und andere Klassiker ins Russische. Er arbeitet für das israelische Radio, und schreibt für eine Zeitungen in Israel, Russland und Japan. Das brutale Vorgehen des israelischen Militärs gegen die Al-Aqsa-Intifada der Palästinenser bewirkte in ihm 2001 einen Sinneswandel. Er beschreibt ihn durch folgende Anekdote: Eine jüdische Geschichte erzählt von einem stummen Kind, das trotz intensiver ärztlicher Bemühungen niemals ein Wort sprach. Eines Tages, im fortgeschrittenen Alter von zehn Jahren, ließ es bei Tisch plötzlich seinen Löffel fallen und rief: "Die Suppe ist salzig!" Die Eltern fragten ihr Kind erstaunt, warum es all die Jahre geschwiegen hatte und es antwortete: "Bis jetzt war immer alles in Ordnung." Shamir begann, über die Menschenrechtsverstöße, die angeordneten, gezielten Hinrichtungen von Palästinensern durch die israelische Armee und die Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen zu schreiben. Hinzu kam, dass er zum Christentum konvertierte, wie dies auch Mordechai Vanunu tat; dies wird ihm seitens des Judentums niemals verziehen. Damit begannen seine Schwierigkeiten. Hinzu kam, dass er dem Beirat von "Deir Yassin Remembered" angehört, einer Organisation, die das Massaker jüdischer Terrororganisation an den Bewohnern des Dorfes Deir Yassin vor dem Vergessen bewahren will. Shamir vertritt wie der verstorbene palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said die Einstaatenlösung für Israel/Palästina.

In der vorliegenden Essaysammlung spricht sich der Autor für die "Befreiung Palästinas" von israelischer Okkupation aus. Er setzt sich aber noch für eine weitere Befreiung ein, und zwar der des öffentlichen Diskurses über dieses Thema. Für ihn findet eine bizarre Debatte über den Antisemitismus in Europa statt. "Ich bin besonders besorgt über die Anti-Antisemitismus-Propaganda, die den erhöhten Stellenwert der Juden in den Köpfen noch verstärkt, als ob der Hass auf einen Türken oder einen Deutschen besser wäre als der auf einen Juden." Die Deutschen hätten die wichtigste Lektion des Zweiten Weltkrieges nicht verinnerlicht: "Juden oder Nichtjuden - seien es nun Deutsche, Polen oder Palästinenser - sollten alle gleich behandelt werden." Die Organisatoren der

OSZE-Konferenz gegen Antisemitismus 2004 in Berlin hätten auch Shamir einladen sollen. "Der unaufhörliche ›Kampf gegen den Antisemitismus‹ ist in der Tat nicht die Verteidigung einer kleinen, verfolgten Nation. Wenn dem so wäre, dann würden Sie die belagerten Palästinenser verteidigen. Es ist auch kein Kampf gegen den Rassismus, denn Sie verteidigen das rassistische System der Apartheid in Palästina ... Es handelt sich eher um einen umgekehrten Antisemitismus, da den Juden Gleichheit abgesprochen wird und sie über die Normalsterblichen erhoben werden." Der Autor macht in seinen Essays einen Streifzug durch seine Wahlheimat und kommentiert die groteske Situation freimütig und bissig-literarisch. So beschreibt er die Lage der russischstämmigen Israelis als hochgradig frustriert und "konfus". Die meisten von ihnen hätten nie Kontakt zum Judentum gehabt und interessierten sich auch nicht dafür. Viele von ihnen werden nicht als "wahre Juden" betrachtet, und ihre Toten müssen sie hinter der Friedhofsmauer begraben, auf einem Fleck, der für Personen mit "zweifelhaften Ursprung" reserviert ist. Nach der Explosion in der Diskothek in Tel Aviv wurde dies für alle sichtbar: Die jüdisch-orthodoxen Totengräber weigerten sich, die toten russischen Mädchen auf einem jüdischen Friedhof zu begraben. Nicht viel besser ergeht es den nordafrikanischen Einwanderern; sie sind "gebrochene Menschen". 75 Prozent der Gefängnisinsassen sind Sepharden. Politiker wie Arie Deri, Yitzhak Mordechai, Aaron Abu Hatzera, Schlomo Ben Ami oder der Verleger Ofer Nimrodi scheiterten wegen ihrer sepharischen Abstammung. "Sobald sich ein orientalischer Jude nach oben arbeitet, wird er vom System wieder zurückgestuft."

Sehr freimütig schreibt Shamir auch über die brutale Gewalt der Siedler. Indem sie das Land zerstören, "bereiten sie sich ihr eigenes neues Exil". Neben den "Chauvinisten" gebe es aber auch "gute Israelis". Der Unterschied zwischen beiden Gruppen ist aber nur ein marginaler. "Die jüdischen Chauvinisten wollen ein Palästina ohne Palästinenser. Sie wollen Chinesen für die Feldarbeit ins Land holen und Russen, die die Chinesen überwachen sollen." Die liberalen Israelis können sich eine gemeinsame Zukunft vorstellen, "in der die Palästinenser ihre bewachten Ghettos verlassen und zur Arbeit nach Tel Aviv kommen dürfen". Beiden sei jedoch die "Zurückweisung Palästinas" gemeinsam.

Shamir vertritt die These, dass die Welt zurück ins Mittelalter befinde und Israel dabei seine "feindselige Haltung gegenüber dem Christentum wieder aufleben lässt". Als Beleg dafür zitiert er einen Vorfall, bei dem ein Soldat aus seinem Merkava Panzer eine Rakete auf die Madonnenstatue auf der Kirche der Heiligen Familie in Bethlehem abfeuerte. Zu Recht behauptet der Autor, dass die westliche Welt "ein getrübbtes Bild der Geschehnisse im Mittleren Osten" habe. Israelis begehen "terroristische Taten an Palästinensern, doch die Bezeichnung ›Palästinenser‹ ist heute ein Synonym für Terrorismus geworden ... Israel und die USA missachten die internationalen Gesetze, doch ihre Gegner werden als ›Schurkenstaaten‹ dargestellt." Das Buch ist eine freimütige Darstellung Israels und seiner Politik, die viele so nicht sehen und wahrhaben wollen.

Israel Shamir: *Blumen aus Galiläa. Schriften gegen die Zerstörung des Heiligen Landes*, ProMedia, Wien 2005, 214 S., 17,90 EUR

Freitag, 03.06.05.

<http://www.freitag.de/2005/22/05221501.php>

Ludwig Watzal über den "intellektuell durchaus anspruchsvollen" Antisemitismus des "Israel Shamir"

Von Achim Beinsen

Ludwig Watzal, freier Mitarbeiter der Wochenzeitung "Freitag", räumt in der Ausgabe vom 10.2.2006 einen Fehler ein. Er distanziert sich von seiner wohlwollenden Rezension des Buches "Blumen aus Galiläa", das im Jahr 2005 im Promedia Verlag erschien. Watzals Distanzierung sagt indes mindestens ebenso viel über den Rezensenten selbst wie über seinen Gegenstand aus und ist deshalb einer kurzen Betrachtung wert.

Der Promedia Verlag pflegt ein linkes Image und beansprucht, "Bücher gegen den Strich" zu verlegen. Als Verfasser der Neuerscheinung firmierte ein gewisser "Israel Shamir", der, wie sich inzwischen herausstellte, in zahlreiche Nazi-Seilschaften verstrickt ist. Das Buch, so warb seinerzeit der Verlag, sei eine Sammlung von Essays, in denen Shamir nicht nur die "Befreiung Palästinas"

befürworte, sondern sich auch für das weiter gefasste Ziel der "Befreiung des öffentlichen Diskurses" ausspreche. Shamir lebe in Jaffa und arbeite als Journalist für das israelische Radio sowie für eine "Reihe von Zeitungen in Israel, Russland und Japan", teilte der Verlag in der Autoreninformation mit.

Auf das Schlagwort "Befreiung Palästinas" scheinen bestimmte Kreise ähnlich konditioniert zu sein wie die pavlovschen Hunde aufs Futtersignal. In diesem Fall löste es sofortige akklamativ-publizistische Aktivitäten aus. Unter den Blättern aus dem linken Spektrum, die sich mit Verve auf die Neuerscheinung stürzten, befand sich auch die Wochenzeitung "Freitag". Sie setzte ihren Rezensenten Watzal auf das Thema an, der bereits selbst einige Schriften zum Nahost-Konflikt veröffentlicht hat und daher wohl als Experte gilt.

Seine Rezension erschien in der Ausgabe vom 03.06.2005. Darin beschied er dem Verfasser des Werks, die "groteske Situation" in Israel und Palästina "bissig-literarisch" kommentiert zu haben. Das Buch sei eine freimütige Darstellung Israels und seiner Politik, "die viele so nicht sehen und wahrhaben wollen". Nicht sehen und wahrhaben wollte Watzal indes Sätze wie diesen: "Man nehme eine Ameise und sie wird einen Ameisenhügel bauen. Man nehme einen Juden und er wird ein Ghetto bauen". Auch andere antisemitische Textpassagen ließ er ungehindert passieren. Darin bezeichnet der Buchautor die Palästinenser beispielsweise als "die wahren Nachkommen des biblischen Israels" während jene, "die Christus zurückwiesen", dazu verdammt worden seien, "auf ewig herumzuwandern".

Der Promedia Verlag freute sich über des Rezensenten Lob und konterte damit jenen Kritikern, die das Buch als antisemitisches Machwerk bezeichneten. Zu ihnen gehörte etwa der österreichische Journalist Karl Pfeifer. Seinen Recherchen zufolge war der angebliche "Israel Shamir" unter dem Namen Jöran Jermas in Schweden gemeldet. Pfeifer wies außerdem auf die internationalen Nazikontakte von Jermas hin. Für den Promedia Verlag waren das alles nur Diffamierungsversuche, um "Kritik an Israel mit der Keule des Antisemitismusvorwurfs unmöglich zu machen", wie Hannes Hofbauer, der bei Promedia für die Auswahl von Autoren und Neuerscheinungen zuständig ist, in einer Rundmail an seine Kundschaft schrieb.

Dumm nur für den Promedia Verlag, dass der angebliche "Shamir" auf seiner deutschsprachigen Homepage selbst auf seine Kontakte zu der Neonazivereinigung "Deutsches Kolleg" hinwies. Das Kapitel, "Der Schatten von Zog", sei erstmalig für das "Deutsche Kolleg" aus dem Englischen übersetzt worden, hieß es da. Mit einem Mausclick gelangte man direkt auf die Homepage der Nazis. Aus diesem Grund, dank Pfeifers akribischer Recherche sowie einem wachsenden öffentlichen Interesse an dem Fall, ließ sich die These vom angeblich über alle antisemitischen Zweifel erhabenen Israelkritiker "Israel Shamir" nicht länger aufrecht erhalten. Der Promedia schweigt seither zu den Vorwürfen. Dennoch ist das Werk nach wie vor im Verlagsprogramm.

Der Rezensent Watzal jedoch begann möglicherweise um seinen guten Ruf zu fürchten und sah sich zu einer Klarstellung genötigt. In seinem Artikel vom 10. Februar wusste er plötzlich von Kontakten zwischen "Shamir" alias Jermas und dem jüngst in Wien verurteilten britischen Holocaust-Leugner David Irving zu berichten. Watzal lief zur investigativen Hochform auf: Der angebliche "Shamir" werde laut Meldung "der schwedischen antifaschistischen Zeitung Monitor im Stockholmer Einwohnermeldeamt als Adam Ermash geführt". Als er dem Autor "Anfang Oktober 2005 einige Fragen" zu seiner Identität gestellt habe, sei dies von "Shamir" als unverschämt zurückgewiesen worden. Na so was. Spätestens jetzt wird der Autor bei seinem Rezensenten unten durch gewesen sein.

Warme Worte jedoch hatte Watzal erneut für das Buch selbst übrig. Auf den ersten Blick sei es ihm "durchaus anspruchsvoll" vorgekommen, bekannte er. Passagen wie die Folgende schienen dem Rezensenten nach wie vor nicht anstößig zu sein: "Die Juden haben Amerika geändert. (...) Der jüdisch-amerikanische Diskurs erbte das Vorgehen der Dämonisierung von seinem jüdischen Vorgänger. Die Einführung von Wut, Hass und Rachegeanken in eine Diskussion über den Gegner ist eine mächtige traditionell jüdische Waffe". Und weiter: "Das Judentum (...) hat seinen Platz in der Weltpolitik wieder und das Gehirn der einzigen Supermacht, der USA, übernommen". Die jüdische Weltverschwörung, für Watzal scheinbar ein "intellektuell durchaus anspruchsvoller" Gedanke.

Doch damit nicht genug. "Shamirs" Texte offenbarten "philosophischen, theologischen, literarischen und gesellschaftspolitischen Sachverstand und gaben Einblicke in die palästinensische Kultur und Geschichte", ließ Watzal die Leserschaft des "Freitag" in seinem neuerlichen Artikel wissen. Der philosophische und theologische Sachverstand des Gemeinten tobt sich dabei etwa in solchen Sätzen aus: "Um die Vernichtung der Gojim zu beschleunigen erfanden die jüdischen Weisen Europas neue schreckliche Flüche gegen Christen und Christus und schlossen sie (...) in ihre Pessach- und Jom Kippur-Liturgien ein. (...) Der Rachemessias hat in der christlichen Theologie einen anderen Namen. Er wird Antichrist genannt". Der Jude als Antichrist. Wie weit muss die antizionistische Gehirnwäsche der linken Israelhasser vom Schlage Watzals bereits gediehen sein, damit sich solche Sätze als "anspruchsvoll" und sachverständig verkaufen lassen?

Watzal hätte sich damit herausreden können, das Buch leider gar nicht richtig gelesen zu haben. Ein Fauxpas zwar, aber für viele möglicherweise ein gerade noch verzeihlicher. Stattdessen jedoch hat er vorgeführt, wie verkommen die antizionistische Linke in ihren politischen und ethischen Wahrnehmungen und Werturteilen bereits ist. Manche Leute schlucken scheinbar begierig jeden antisemitischen Dreck, wenn er nur mit einem wie auch immer gearteten linken Etikett daher kommt. Fragt sich nur, ob die Leserschaft des Freitag es gemerkt hat?

Leserbrief von Dr. Ludwig Watzal, 24.02.2006

Herr Beinsens Einlassungen über meinen Beitrag über Israel Shamir kann man gut unter dilettieren auf niedrigstem Niveau abhaken. Schuster bleib bei deinen Leisten, möchte man dem Sozialarbeiter und Flüchtlingsexperten zurufen. Es geht ihm, wie einigen Antideutschen, HCLern und anderen Agitatoren nicht um sachliche und inhaltliche Auseinandersetzung, sondern um Diffamierung meiner Person und Manipulation meiner Texte. Differenzierung scheint nicht Beinsens Stärke zu sein. In der Tat sind die meisten Shamir-Texte in seinem Buch nicht so platt, wie der Text dieses Schreiberlings glauben machen will. Shamirs antisemitischen und judeophoben Ausfälle konzentrieren sich im Wesentlichen auf zwei Beiträge. Die anderen Texte sind in einem gewissen Sinne "anspruchsvoll". Diese Bewertung als "anspruchsvollen Antisemitismus" zu denunzieren, zeigt die manipulative Absicht des Autors; ebenso die Nicht-Berücksichtigung meiner Begründung für die Besprechung. Seine agitatorische Sprache und bösertige Unterstellung zeigt, wessen Geistes Kind Beinsen ist, wenn er von "antizionistischer Gehirnwäsche der linken Israelhasser vom Schlage Watzals" schreibt. Übrigens, Herr Beinsen, ich denke nicht in Hass-Kategorien. Worte sind wie Spiegel! Beinsen könnte sich eine Scheibe von Henryk M. Broder abschneiden, der meinen Artikel über Shamir in seiner eigenen Art bereits kommentiert hat, aber dazu fehlt ihm das Format. Leider bietet "hagalil" solchen unqualifizierten Personen immer wieder ein Forum. Bei "tacheles", dem anspruchsvollen jüdischen Internetportal, hätte diese dünne Soße nie das Licht der Onlinewelt erblickt. Den Leserinnen und Lesern von "hagalil" sollten beide Text im "Freitag" sowie die Texte auf meiner Homepage zugänglich gemacht werden, damit sie sich eine eigene Meinung bilden können und nicht Scharlatanen aufsitzen. Gott sei Dank bewegen sich die Leserinnen und Leser des "Freitag" auf einem anspruchsvolleren intellektuellen Niveau als Beinsen; sie können im Gegensatz zu ihm differenzieren.

<http://www.freitag.de/2005/22/05221501.php>

<http://www.freitag.de/2006/06/06061502.php>

<http://www.watzal.com>

REVISION DER REVISION

Zum Ausgang des Wiener Irving-Prozesses

von Heribert Schiedel

Das iranische Establishment wird sich wohl weitgehend ohne prominente europäische »Revisionisten« an der Leugnung oder Relativierung der Shoah abarbeiten müssen. Zur geplanten Konferenz in Teheran werden zumindest Horst Mahler, Robert Faurisson und David Irving nicht anreisen. Mahler wurde der Reisepass abgenommen, Faurisson hat Angst, dass ihn die »Zionisten« ermorden oder verhaften. Auch weitere mögliche Teilnehmer an der »revisionistischen« Konferenz wie Ernst Zündel, Germar Rudolf und Siegfried Verbeke befinden sich derzeit in Haft, und Irving wurde am 20. Februar in Wien nach fast zehnstündiger Verhandlung zu einer – nicht rechtskräftigen – dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Im November 2005 war er während eines Aufenthalts in Österreich aufgrund eines Haftbefehls aus dem Jahre 1989 festgenommen worden. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautete: national-sozialistische Wiederbetätigung.

Der iranische Außenminister Manouchehr Mottaki verlautbarte einen Tag nach der Verurteilung Irvings, dass es ein »westliches Paradox« sei, einerseits – etwa im »Karikaturenstreit« – die »Meinungsfreiheit« zu propagieren und sie andererseits einzuschränken, wenn es um die NS-Verbrechen gehe.

Aber auch Liberale meinen, in die Diskussion über eine angebliche Einschränkung der

bürgerlichen Freiheitsrechte einstimmen zu müssen. Im Falle von Islamisten und Neonazis tritt der Antisemitismus hinter der Forderung nach Straffreiheit für das Leugnen der Shoah deutlich zu Tage. Demgegenüber ist den Liberalen vor allem Naivität und ein falscher Begriff von »Meinung« zu attestieren. Denn bei der Leugnung des Menschheitsverbrechens handelt es sich nicht um eine Meinungsäußerung, sondern um einen Teil dieses Verbrechens. Bereits die Nazis begannen, die Spuren ihrer Taten zu verwischen, die »Revisionisten« setzen diese Arbeit bloß auf anderer Ebene fort. Wer es also gutheißt, die NS-Verbrechen juristisch zu ahnden, muss auch deren Leugner zur Rechenschaft ziehen.

Was den liberal-naiven Glauben an die Durchsetzungsfähigkeit der historischen Wahrheit, welche keinen Schutz durch Gesetze bedürfe, betrifft, so muss aber der jeweilige Hintergrund berücksichtigt werden. Es macht einen Unterschied, ob »Meinungsfreiheit« auch für neonazistische Geschichtsfälscher in vormalig alliierten und im Unterschied zu Österreich tatsächlich besetzten Ländern oder in den Nachfolgestaaten des »Dritten Reichs« und jenen mit ausgeprägter Kollaboration gefordert wird. Im Falle der erstgenannten trifft die Leugnung oder Relativierung der Shoah nicht auf das weit über die Grenzen des Rechtsextremismus hinaus vorherrschende Bedürfnis nach Entlastung und Abwehr.

Ein David Irving wird in Großbritannien wohl tatsächlich vor allem nur belächelt, in Österreich wird er jedoch von einer Regierungspartei zu Vorträgen eingeladen und nicht nur in der Neonazi-Szene als »Historiker« respektiert. Der bis heute viel strapazierte »antifaschistische und demokratische Konsens« der Zweiten Republik hat sich nie in dem Maße durchgesetzt, wie es die Kritiker der NS-Verbotsgesetze glauben machen wollen.

So notwendig dieses Gesetz in Österreich angesichts der Schwäche des Antifaschismus also (noch) ist, so problematisch sind aber auch seine mittelbaren Auswirkungen. Es verbreitet in der notorisch autoritätshörigen Gesellschaft eine falsche Sicherheit. Diese führt dazu, dass die Sensibilität gegenüber Rassismus und Antisemitismus mit deren strafrechtlicher Relevanz abnimmt. Der legale Rechtsextremismus erfährt mit der rechtlichen oft auch die politische Absolution. Nicht inkriminierte rechtsextreme Handlungen und Ansichten werden so nicht weiter infrage gestellt und normalisiert. Und das NS-Verbot begünstigt die herrschende Doppelbödigkeit:

Vor lauter Zufriedenheit mit der Justiz, die an Irving wohl auch ein Exempel statuiert hat, wird vergessen, dass es die Anhängerschaft seiner kruden Thesen mittlerweile in Amt und Würden geschafft hat. Kaum jemand redet davon, dass es der FPÖ-Akademikerverband war, der Irving 1989 ein Podium verschaffte, damit er jene Lügen verbreiten konnte, welche ihm nun zum Verhängnis wurden. Gleiches gilt für die Tatsache, dass Irving im November vergangenen Jahres bei der Wiener Burschenschaft Olympia, die zahlreiche FPÖ-Kader zu ihren Mitgliedern zählt, hätte auftreten sollen.

Schon vor der Hauptverhandlung sickerte durch, dass Irving sich schuldig im Sinne der Anklage bekennen werde. Darüber hinaus wollte er plötzlich die Gaskammermorde in Auschwitz nicht mehr bestreiten. Er habe Anfang der neunziger Jahre dokumentarische Beweise dafür zu Gesicht bekommen, blieb jedoch eine Erklärung schuldig, warum er mehr als zehn Jahre benötigte, um seine Überzeugung – vor Gericht von ihm als »methodischer Formfehler« verharmlost – öffentlich zu revidieren. Folgerichtig nahm ihm das Gericht die späte Einsicht nicht ab und deutete das Schuldeingeständnis als ein aus prozess-taktischen Gründen abgelegtes »Lippenbekenntnis«.

Gleiches taten übrigens seine vormaligen Kameraden, die ihm nun dennoch »Verrat« vorwerfen. Im letzten Moment wurde noch versucht, Irving von der Notwendigkeit eines neuen Verteidigers zu überzeugen: Der berühmt-berüchtigte Wiener Nazi-Anwalt Herbert Schaller hätte vor Gericht wohl versucht, den »Wahrheitsbeweis« für die Behauptungen des germanomanischen Briten zu erbringen und die Legitimität des Verfahrens in Abrede zu stellen. Irving wäre dann zwar zu einer weit höheren Haftstrafe verurteilt worden, aber der Szene zumindest als »Märtyrer« weiter nützlich gewesen. Jedoch war der drohende Schaden für die »revisionistische« Szene nicht mehr abzuwenden.

Wie ernst Irvings »Läuterung« zu nehmen ist, zeigt sich auch daran, dass er die im Gerichtssaal ohnehin nur widerwillig formulierte Entschuldigung bei den jüdischen NS-Opfern, die er zuvor in die Nähe der Psychopathologie gerückt hatte, nur zwei Tage später gegenüber einem britischen Fernsehsender wieder zurückgenommen hat.

Sein öffentlichkeitswirksames Abschwören hat – unabhängig von seiner Glaubhaftigkeit – auch etwas Gutes: Die »Revisionisten«-Szene verlor damit einen ihrer wichtigsten Exponenten. Kein anderer rechtsextremer Pseudo-Historiker hat mehr Bücher verkauft als Irving.

Der 1992 nach Spanien geflohene Neo-nazi Gerd Honsik, eine der Schlüsselfiguren im internationalen Geschichtsfälscher-Netzwerk mit seinen neuen Zentren im Iran und in vielen arabischen Staaten, hat angesichts Irvings »Rückgratlosigkeit« das Verdikt ausgesprochen: »Nicht von David Irving, sondern von Männern wie Ernst Zündel wird der Revisionismus künftig repräsentiert sein.«

Jungle World 9, 1 März 2006.

<http://www.jungle-world.com/seiten/2006/09/7293.php>

ANKLANG

Irvings Brüder im Geiste

Von Anne-Catherine Simon

Revisionismus aus dem Westen findet in der modernen arabischen Welt am meisten Anklang.

David Irving wird nicht zur geplanten Holocaust-Konferenz in Teheran reisen können, Irvings Geistesbruder Horst Mahler verweigern die Potsdamer Behörden den Pass zum Ausreisen. Die Konferenz wird auch ohne sie stattfinden, und wenn nicht in Teheran, dann in einem anderen arabischen Land. Wie schon jene in den Vereinigten Arabischen Emiraten 2001, die das Ziel hatte, "Lügen und Übertreibungen zum so genannten Holocaust offen zu legen"; alles unter Schirmherrschaft ranghoher Politiker und mit Gästen aus der europäischen und US-amerikanischen Revisionistszene. Global gesehen wirkt der Kampf einzelner europäischer Länder gegen Antisemitismus und Revisionismus so klein wie - wie eben Europa.

Nur als Exporteur des Antisemitismus selbst war der Kontinent stark. Nicht nur Irans Präsident Ahmadinejad, auch die Leitartikler, die regelmäßig in den iranischen Massenmedien den Holocaust leugnen und verniedlichen, haben von westlichen "Forschern" gelernt. Oder Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, der 1983 seine Doktorarbeit als Buch veröffentlichte. "Die andere Seite: Die geheimen Beziehungen zwischen Nazismus und der Führung der Zionistischen Bewegung." Nicht sechs Millionen, sondern "maximal 890.000 Juden seien ermordet worden, schrieb er, und sie seien "Opfer eines zionistisch-nazistischen Komplotts gewesen". Die Zionisten hätten den Holocaust gewollt, um ihn als Druckmittel zu verwenden.

In den arabischen Staaten gehe "die Dämonisierung der Juden weiter als jemals in westlichen Schriften, mit Ausnahme der Nazizeit", schrieb der US-amerikanische Islamexperte Bernard Lewis schon 1986. Die Grundlage lieferten allerdings schon christliche Missionare, die in der Kolonialzeit gerne antisemitische Schriften in den Nahen Osten mitbrachten - etwa über die bis dato dort unbekannte Ritualmordlegende.

Der ehemalige syrische Außenminister Mustafa Tlas ist Autor eines Buchs, in dem er die Ritualmordvorwürfe wiederholt, die 1840 in Damaskus gegen Juden erhoben wurden; es ist derselbe, der auch im syrischen Fernsehen leugnete, dass es ein Judenproblem gebe, denn: "Wenn jeder Araber einen Juden tötet, wird es keine Juden mehr geben." Vor einem Jahr erst lief im iranischen staatlichen Fernsehen die Serie "Sarahs blaue Augen". Israelische Ärzte rauben darin die Organe palästinensischer Kinder, um damit den israelischen Präsidenten am Leben zu erhalten. Der gleiche Sender "Sahar 1" zeigte die Geschichte eines Ritualmordes an einem "Christenkind" durch Juden, die das Blut als Zutat zu ungesäuertem Brot verwenden. Auch eine saudi-arabische Zeitung berichtete vor wenigen Jahren, dass Juden ihre Kuchen mit christlichem und muslimischem Blut zubereiten.

Hitler bezeichnete die Araber zwar 1939 als "bemalte Halbaffen", bedauerte aber 1945, den arabischen Ländern nicht zur Unabhängigkeit verholfen zu haben. Bis heute wirkt die Faszination nach, die das Nazi-Regime zu Lebzeiten auf die politischen und religiösen Führer arabischer Länder ausübte - etwa auf Persiens Shah Reza Pahlewi, den Ex-Führer der syrischen Baath-Partei Sami al Jundi, den Mufti von Jerusalem Hadschi Amin Al Hussaini oder die irakischen Putschisten. Eichmann habe der Menschheit mit der Vernichtung von sechs Millionen Juden "einen wirklichen Segen erwiesen", und seine Arbeit werde eines Tages mit der "Liquidierung der verbliebenen sechs Millionen" vollendet werden, schrieb 1961 die "Jerusalem Times" (jordanisches Ostjerusalem) anlässlich des Eichmann-Prozesses. Es gibt auch jüngere Beispiele - die Zeitung der Liberalen Partei Ägyptens Al-Ahrar nannte 1981 die Juden einen "menschlichen Irrtum"; Hitler habe "aus Mitleid mit der Menschheit versucht, alle Juden auszurotten". Und 1999 mahnte die jordanische Zeitung Al-Sabil: "Wir müssen von unseren Vorbildern lernen: Hitler erreichte, was den Arabern bisher nicht gelang: Er reinigte sein Land von den Juden."

Vergangenen Herbst präsentierte der Iran auf der Frankfurter Buchmesse ungeniert die "Protokolle der Weisen von Zion", mit einer Einleitung des staatlichen "International Relations Department"; Ziel der Veröffentlichung sei, "das wirkliche Antlitz des satanischen Feindes offen zu legen", weil der Zionismus "ein tödlicher Krebstumor" sei. Mit einiger Verspätung erstattete die Staatsanwaltschaft Anzeige, gegen unbekannt.

Die Presse, 22.02.2006.

<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=k&ressort=k&id=541001>

TOTALE KONFUSION

Diskussion:AAARGH

aus Wikipedia, der "freien" [??] Enzyklopädie

Quelle für den Artikel: http://lexikon.idgr.de/a/a_a/aaargh/aaargh.php

url der website ist: "who.org/aaargh/indexa.html", weiß nicht, ob das Verlinken erlaubt ist. Vielleicht so darauf hinweisen: "Die Homepage von AAARGH wird von Wikipedia.de aus rechtlichen Gründen nicht verlinkt" --tickle me 01:51, 23. Dez 2005 (CET)

Das sollte da irgendwie hinein. so a la *aaargh ist eine bei who.org gehostete website*<!-- Bitte aus rechtlichen Gründen nicht verlinken, auch nicht in den Weblinks! --> --jha 01:58, 23. Dez 2005 (CET)

Die Zitate der Website sind problematisch, hab' sie erst einmal aus den genannten Gründen aufgeführt. --tickle me 16:48, 23. Dez 2005 (CET)

[Bearbeiten]

Verantwortlicher für die Website?

Wenn **Germar Rudolf** derzeit einsitzt -so steht es in dessen Artikel-, wie "verantwortet" der dann die Website? --jha 17:24, 23. Dez 2005 (CET)

Laut who.org Meldung vom 16.11. 05 (direkt auf der HP) möglicherweise kommissarisch ein "A.R. Butz", allerdings ist Rudolf als Häftling meines Wissens nicht per se rechtsunfähig.

Whois:

Registrant ID:ODN-411632

Registrant Name:Santomauro Michael

Registrant Organization:Castle Hill Publishers

Registrant Street1:253 West 72nd street #1711

Registrant City:New York

Der Registrator muß aber nicht der einzige juristisch Verantwortliche einer Site sein. Castle Hill Publishers ist eine Firma der who - alles ein bißchen verschachtelt, wie stets. Wenn Rudolf sich allerdings selbst verantwortlich erklärt, und das macht er auf der "About" Seite, ist auch das m.E. rechtlich relevant. --tickle me 17:40, 23. Dez 2005 (CET)

[Bearbeiten]

Einleitungssatz

Ich denke, statt Website sollte hier Organisation oder Verein(igung) stehen gemäß *Association*; A. ist ja nicht *nur* eine Website, die Gruppe betreibt halt *auch* eine Homepage. Und davor gehört IMHO noch ein Adjektiv, damit klar wird, dass es sich um eine rechte Gruppierung handelt. Ich habe jetzt nicht so die Ahnung von dem Thema im Allgemeinen und A. im Besonderen als dass ich hier eine Differenzierung wie rechtspopulistisch, neofaschistisch oder weiß der Geier was setzen könnte. --Hagrid 00:40, 24. Dez 2005 (CET)

Für AAARGH wird - zur Recht oder zu Unrecht - in der en-wikipedia Serge Thion als verantwortlich genannt. Thion ist aber so wenig rechtsradikal wie Noam Chomsky. Gudrun Eussner etwa, die Thion gewiß nicht wohl gesinnt ist, erlärnt, daß ein von Noam Chomsky geschriebenes Vorwort beim "linksradikalen Verlag La Vieille Taupe", also dem Verlag der "linksradikalen Ultra-Revolutionäre Serge Thion und Pierre Guillaume" erschienen sei.

http://www.eussner.net/artikel_2004-05-13_03-06-06.html

Serge Thion /(AAARGH?) ist der erste Übersetzer der Schriften Nelson Mandelas ins Französische, ein Aktivist des algerischen Unabhängigkeitskampfes, der Menschenrechte der Deutschen, der Palästinenser usw. Mit Rechtsextremismus hat das nichts zu tun.

G. Eussner anzuführen ist unlauter, sie bezeichnet "La Vieille Taupe" und Thion zwar als

linksradikal, aber nur um auf "die enge Gemeinschaft Noam Chomskys mit Holocaustleugnern" hinzuweisen. "Mit Rechtsextremismus hat das nichts zu tun", von wegen, Eussners Text ist ein Protest gegen die Querfrontbestrebungen (nicht nur) Chomskys. Auf fr (nicht en, die gibt es **nicht**) wird AAARGH als **Négationniste** und **antisémite** bezeichnet, was deine edits also auch nicht rechtfertigt. À propos Querfrontbestrebungen ...und Desinformation: Stell' es doch bitte ein bißchen subtiler an, ob deiner Haltung wirst du dir hier kein Respekt verschaffen, versuch' es wenigstens bei der Methodik mit Intelligenz. --tickle me 18:40, 24. Feb 2006 (CET)

Diese Seite wurde zuletzt geändert um 18:40, 24. Feb 2006. WIKIPEDIA
<http://de.wikipedia.org/wiki/Diskussion:AAARGH>

*Wir haben viel Spass diese Possenreißerei zu lesen ! Natürlich korrigieren wir **nicht** !*

BEST OF

Die französische Linke im Fahrwasser des Negationismus?

Elfriede Müller

Obwohl Frankreich neben Deutschland, Italien, den USA und anderen Ländern nur einer der Orte ist, an denen radikale Geschichtsrevisionisten aktiv sind, verdient es ein verschärftes Interesse. Mehr als irgendwo sonst gesellten sich Individuen, die ehemals zur radikalen Linken zählten, zu dieser Strömung. Antitotalitaristen freuen sich über die "Allianz der Extreme". Dennoch ist die Behauptung der FAZ vom 2.3.96: "Auschwitzlügner kommen in Frankreich nicht aus dem neofaschistischen Lager, sondern von der extremen Linken der Ultramarxisten" schlicht falsch.

Wie in anderen Ländern auch, bleiben die anfälligsten Kräfte für revisionistische Thesen nationale Bewegungen jedweder Couleur. Ob es sich dabei um die Unterstützung des eigenen oder eines "unterdrückten" Nationalismus handelt, bleibt in letzter Konsequenz egal. Daß die bürgerliche Presse den linken Einfluß in diesem Bereich aus Freude über ihre Entdeckung übertreibt, dürfte nicht weiter verwundern. Dennoch bleibt die Frage: Was treibt Linke oder ehemalige Linke, egal wieviele es letztendlich sind, ins revisionistische Lager? Die letzte Allianz von Neonazis und Linken bildete sich anlässlich des Erscheinens von Roger Garaudys neuem Buch "Die Gründungsmythen der israelischen Politik". Abbé Pierre, Ikone und beliebter Bündnispartner der Linken, solidarisierte sich offensiv mit dem ehemaligen KPF-Philosophen und seinen antisemitischen Thesen.

Didier Dannickxx, erfolgreicher Krimiautor und ehemaliges KPF-Mitglied, der sich heute zu den Autonomen zählt, alarmierte schon vor vier Jahren die Öffentlichkeit, als unter der Fahne des Nationalkommunismus die KPF-Zeitung *Humanité* und Zeitungen der *Front National* sich Wähler und Mitglieder streitig machten. (1) Eine Antwort auf seine Kritik bekam er aus dem linksradikalen Lager. Das linksradikale Spektrum in Frankreich umfaßt Gruppen, Zirkel und Individuen links von den Trotzlisten und der Fédération Anarchiste. Ende der 70er Jahre versammelte diese Strömung die Erben Bordigas (2), die Situationisten, Autonome und aus der Fédération Anarchiste ausgetretene Libertäre. Ihre theoretischen Grundlagen beziehen sie von Karl Korsch, den holländischen Rätekommunisten, Rosa Luxemburg und Max Stirner. Gemeinsam berufen sie sich auf Hegel, Macchiavelli, den jungen Marx, Machno und Durruti. Die Sozialdemokraten, Stalinisten, Trotzlisten und organisierte Anarchisten werden verachtet. Deshalb verweigert man Bündnisse und Zusammenarbeit mit politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Realsozialismus wird als Staatskapitalismus eingeschätzt. Die Revolution wird als die Zerstörung des Staates verstanden; der Kommunismus als die Abschaffung von Lohnarbeit und Geld.

1992 reagierten Angehörige dieses Spektrums auf die "links" revisionistischen Aktivitäten mit dem Pamphlet Die Feinde unserer Feinde sind nicht unbedingt unsere Freunde, das im linksradikalen Milieu verteilt und von der Zeitschrift *Le Monde libertaire* veröffentlicht wurde. Unterschrieben wurde es von einem kleinen Unterschriftenkartell aus der radikalen Linken.

Der Text verweist - manchmal wissentlich, manchmal unbewußt - auf theoretische Berührungspunkte zwischen Linksradikalen und Revisionisten, die in letzter Konsequenz zu

Bündnissen führen können wie im Fall Garaudy/Abbé Pierre. Die libertäre Variante des Revisionismus bleibt bisher ein rein französisches Produkt, ist allerdings auch anderswo vorstellbar. Die Absicht der Autoren war nicht in erster Linie, sich von dem Flirt zwischen der KPF und dem Front National zu distanzieren, der sie wenig überraschte, sondern das Abdriften der ehemaligen linken Buchhandlung *La Vieille Taupe* (Der alte Maulwurf) ins revisionistische Lager zu kommentieren und sich von denen zu distanzieren, die den Dialog mit der extremen Rechten führen oder suchen.

Zunächst kritisiert dieser Text die Gemeinsamkeit der Neuen Rechten und liberaler Antirassisten in bezug auf Das Recht auf kulturelle Differenz. Dies beinhaltet den Respekt einer Identität, die den Einzelnen von den Verhältnissen verpaßt werde. Kommunitarismus und klassenübergreifende Solidaritätskonzepte sollen eine Gesellschaft zusammenführen, die sich sowohl gegen internationale oder universelle Ideen als auch gegen den Kosmopolitismus konstituiere. Kiezmentalität, kleine überschaubare Gruppen und Kulturalismus bilden eine gemeinsame Grundlage, um dem "guten" Ausländer einen neuen gesellschaftlichen Status zu verpassen, damit der "schlechte" Ausländer umso deutlicher ausgegrenzt werden könne. Dabei, so die Autoren, fänden sich Altachtundsechziger und Rechtsradikale auf einer antistalinistischen Basis zusammen, deren Paranoia an die Zeit des Kalten Krieges erinnere. Der Text distanziert sich entschieden vom Revisionismus, den die Autoren als eine "extravagante Form des Antisemitismus" charakterisieren.

Dieser Aufruf ist im Anhang einer kürzlich erschienenen Aufsatzsammlung mit dem Titel Libertäre und Ultralinke gegen den Negationismus * dokumentiert. Der bekannte Journalist und Schriftsteller Gilles Perrault ("Die Rote Kapelle", "Curiel") schrieb das Vorwort. Anlaß für diese Veröffentlichung war die Affäre Garaudy/Abbé Pierre und die Reaktion der gesamten europäischen Presse darauf. Die Autoren wehren sich gegen den Vorwurf kalkulierter Komplizenschaft von Linken mit rechtsradikalen Geschichtsrevisionisten. Viel spannender als die Zurückweisung dieses Vorwurfs ist der Versuch, die Gründe für das Abdriften von, wenn auch nur wenigen, Linken ins revisionistische Lager in der Unzulänglichkeit der linken Theorie und Praxis selbst zu verorten. Dies ist allerdings nur zum Teil gelungen.

Der Negationismus

Negationismus und Revisionismus haben in Frankreich die gleiche begriffliche Bedeutung. Französische Linke glauben, daß der Begriff Negationismus deutlicher sei. Der Negationismus verfolgt das nationalsozialistische Projekt und versucht die Spuren der begangenen Verbrechen zu verwischen. Der Willen der Nationalsozialisten, die europäischen Juden systematisch auszurotten, wird abgestritten. Der Negationismus entstand direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, erhielt aber erst in den letzten Jahren erheblichen Aufschwung. Da der Genozid schwierig zu leugnen ist, wird er zunächst abgeschwächt. Die Shoah wird als politisch-finanzieller Betrug zugunsten Israels interpretiert. Die Taktik der Negationisten besteht darin, ihre Thesen nur als Veränderung eines kleinen historischen Details darzustellen.

Pierre Rabcor beschreibt in seinem Buchbeitrag drei "Generationen" des Negationismus. Die erste agierte in der Zeit von 1945-1970 und bemühte sich, die Bedeutung der Gaskammern zu schmälern. Die schillerndste Figur dieser Generation bleibt Paul Rassinier, selbst ehemaliger Deportierter und lange Zeit engagierter Linker. Die zweite Generation (1970-1980) war die zahlreichste. Ihr Chefdenker war Robert Faurisson. Linke spielten dabei keine Rolle. Die dritte Generation formierte sich in den 80er Jahren und kam aus der linksradikalen Bewegung der 60er Jahre bzw. 1968. Neben Pierre Guillaume, dem Besitzer der *Vieille Taupe*, der durch die Affäre Roger Garaudy/Abbé Pierre wieder zu neuer Popularität gelangte, gab es Serge Thion, geb. 1942, der sich immer sehr für nationale und antikoloniale Befreiungsbewegungen engagiert hatte. Außerdem Alain Guionnet, der sich zwar selbst als linksradikal bezeichnet, aber vor allem durch seinen Antisemitismus bekannt geworden ist. Von Anfang an Mitglied der Gruppe *Guerre sociale* (Sozialer Krieg), hörte man einige Jahre nichts von ihm, bis er 1986 mit mehreren negationistischen bzw. antisemitischen Flugblättern an die Öffentlichkeit trat, die er mit Attila Lepage oder *Aigle noir* (Schwarzer Adler) unterzeichnete. Im März 1989 mündeten diese Aktivitäten in die Gründung der Zeitschrift *Révision*. Guionnet war der erste Negationist, der für seine Schriften ins Gefängnis mußte.

Das Gesetz Gaysot/Fabius

Die institutionalisierte Linke, d.h. die Sozialistische Partei (PS) und die Kommunisten (KPF), versuchen den Revisionisten auf juristischem Wege beizukommen und beschlossen im Juli 1990 mit knapper Mehrheit das Gesetz Gaysot/Fabius. Im Mai 1995 stand Faurisson vor Gericht und wurde wegen der Auschwitzleugnung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im Juni desselben Jahres wurden Pierre Guillaume und M. Gandilhon - ein früherer Verkäufer der *Vieille Taupe*, der inzwischen mit Guillaume und den Revisionisten gebrochen hat - zu Zwangsarbeit und einer Geldstrafe von 20.000 Francs für die Verfremdung eines Anti-Aidsplakates zu revisionistischen Zwecken verurteilt.

Von linksradikaler Seite wurde das antirevisionistische Gesetz von Anfang an ebenso vehement abgelehnt wie von der Rechten. Die linke Kritik an dem Gesetz sieht darin eine Chance für die Negationisten, Popularität zu erlangen. Denn bei jeder skandalträchtigen Veröffentlichung käme es zu einem Prozeß und die Angeklagten könnten sich über eine Pressekampagne als Opfer darstellen, wie es Garaudy im Moment tut.

Darüber hinaus spricht die radikale Linke dem französischen Staat jegliches Recht auf ein Urteil über Antisemitismus und Rassismus ab. Denn erst 1995 habe ein französischer Staatschef die Verantwortung Frankreichs für die Deportation der französischen Juden anerkannt. Dem französischen Staat wird vorgeworfen, einerseits einen Antirassismus des Prinzips zu verkünden und andererseits eine staatliche Xenophobie zu betreiben, die sich durch eine seit 20 Jahren währende Verschärfung der Einwanderungsgesetze äußere und damit jeden Fremden zu einem potentiellen Straftäter stempelte.

Bürgerlicher Antifaschismus oder Revisionismus?

Der Negationismus hat seinen Ursprung in diversen Ideologien: dem Antisemitismus, dem Antizionismus, dem Antikommunismus, dem völkischen Nationalismus und einer bestimmten Form des Antikapitalismus. Er bezieht seine Stärke daraus, daß er sich im Kern vor allem auf eine bereits vorhandene, aber offiziell verschmähte Ideologie bezieht und versucht, sie wieder salonfähig zu machen: den Antisemitismus, der außerhalb dieses Kontextes im Moment in Frankreich wenig Faszination ausübt.

Die linksradikale Variante des Revisionismus bleibt selten und ist schlecht ausgewiesen. François-Georges Lavacquerie, Mitherausgeber von Libertäre und Ultralinke gegen den Negationismus, beschreibt den linksradikalen Beitrag zum Revisionismus folgendermaßen: "Zwei Prozent Theorie - ausgearbeitet von der *Vieille Taupe* und *Guerre Sociale* und 98% Stammtischgespräche und Haarspalterei." (S. 27)

Ein beliebtes linksradikales Dogma besagt, eine Herrschaft sei so gut oder schlecht wie eine andere und folgert daraus, daß die Unterschiede zwischen Faschismus und parlamentarischer Demokratie überholt seien. Diese These, ursprünglich von der III. Internationale ins Leben gerufen und von Foucault philosophisch veredelt, blieb bis heute eines der Theoreme der radikalen Linken und war/ist auch in der BRD bei Autonomen und Antiimps recht verbreitet. (3) So kamen die französischen Ultralinken zu dem Schluß, daß sich die Sozialdemokraten bei der Niederschlagung der deutschen Revolution von 1919, die Stalinisten bei der Liquidierung der spanischen Revolution und die Demokraten in ihren diversen Kolonialkriegen verhielten wie die Faschisten und zwischen ihnen keine Differenz mehr bestehe. Die republikanische Tradition wird vor allem als repressiv und ausgrenzend interpretiert. Teile der Ultralinken analysieren den Faschismus als ein Manöver der Bourgeoisie, um die Bevölkerung zu unterdrücken und deuten den bürgerlichen Antifaschismus als einen Versuch, die Aufmerksamkeit der Proletarier von dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit abzulenken. Diese Interpretation beinhaltet einen vulgären Ökonomismus, bleibt in einer Arbeitsmetaphysik verhaftet und entbehrt eines Ideologiebegriffs. Trotz manch zutreffender Kritik an anderen linken Strömungen stellen die französischen Linksradikalen weiterhin die Arbeit ins Zentrum ihrer Revolutionstheorie und verklären sie als etwas positiv zu besetzendes. Noch von einem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu auszugehen, ignoriert völlig, daß der Kapitalismus sich von einer anfangs antagonistischen Gesellschaft zu einem Kontinuum entwickelte, in dem es zwar noch Gegensätze, aber keinen systemsprengenden Widerspruch mehr gibt.

So verdeutlicht auch die Analyse des Nationalsozialismus als einfacher kapitalistischer Verwalter und der Konzentrationslager als Abbild dieses Staates das tiefe Mißverständnis über die Natur des Kapitalismus im allgemeinen und die des Nationalsozialismus im besonderen. Ein derart kruder Antikapitalismus führt leicht zur Trennung von bösem und gutem Kapital, d.h. von spekulativem Finanzkapital und produktivem Industriekapital. Zur Nivellierung der Herrschaftsformen gesellt sich die spitzfindige Unterscheidung der Ausbeutungsformen. Der Nazismus wird schließlich als besiegte Ideologie abgehakt, während die demokratische Ideologie noch lange nicht erledigt sei.

Immer wieder neu: Verschwörungstheorien

Eine weitere linke Vorliebe, die leicht ins revisionistische Lager führt, wurde von den antinegationistischen Autoren ebenfalls unter die Lupe genommen: diverse Verschwörungstheorien, die immer wieder neu aufgelegt und interpretiert werden, wie zuletzt bei der Einschätzung der Krankheit Aids. Bounan, ein "mythischer Situationist", verurteilte in einem Ende der 80er Jahre erschienenen Buch über Aids die Homosexualität und riet den Aidskranken, sich mit homöopathischen Mitteln zu pflegen. Aids sei kein Virus, sondern Resultat einer Verschwörung, da diese Krankheit nur das Ergebnis der immer schlechter werdenden Existenzbedingungen sei, während

die gesamte Ärzteschaft, die offizielle Wissenschaft und die Koalition aller Eliten die Massen über den wahren Tatbestand belüge. Das Buch wurde von den Situationisten inkl. Guy Debord hoch gelobt. Pierre Guillaume schließlich, der in seiner linken Phase überall Geheimdienstverschwörungen witterte, ist heute ehrlich von der jüdischen Weltverschwörung überzeugt.

Auch Sozialdemokraten und Stalinisten werden gerne als Hauptfeinde zu einer Verschwörerclique stilisiert. In der Zeitschrift *Banquise. Revue de Critique sociale*, die in den Jahren 1983-1986 mit vier Heften erschien, wurde der Antifaschismus als "heilige Allianz" von Revolutionären und Konterrevolutionären, Ausbeutern und Ausgebeuteten denunziert. Dieser linke Antitotalitarismus scheiterte nicht zuletzt an seiner unsinnigen Umkehrung der Totalitarismustheorie.

Serge Quadrupani, ehemaliger Mitarbeiter der Zeitschrift *La Banquise*, zieht in dem Sammelband eine ambivalente Bilanz seiner publizistischen Tätigkeit. Für ihn kamen die Negationisten gerade zur rechten Zeit, um den unfähigen Antifaschisten die Illusion zu verleihen, noch aktiv zu sein. Er behauptet, der demokratische Antifaschismus habe in den Konzentrationslagern und im Genozid seine definitive Legitimation gefunden. Egal welche Schweinerei begangen werde - dabei zählt er auf: Algerien, Vietnam, den Gulag - die Demokraten (und Stalinisten) könnten sich immer darauf zurückziehen, Hitler besiegt zu haben. Dieser Antifaschismus entbehre jedes politischen und sozialen Inhalts. Der wirkliche Antifaschismus bestünde hingegen in der Kritik des sozialen Friedens. *La Banquise* protestierte dagegen, daß der reale Horror der Konzentrationslager heute dazu diene, den Horror der modernen Welt zu akzeptieren. So werde der Schrecken der KZs verharmlost. Es gehe darum, die Einheit einer Welt festzustellen, die die Hölle der KZs genauso produziere wie das Paradies der Supermärkte. Auch Quadrupani meint - trotz aller Kritik an den Relativierungen des Revisionismus - nicht auf die Bemerkung verzichten zu können, daß es keinen absoluten Horror gebe, auch Auschwitz ein solcher also nicht gewesen sein könne. Seine richtige Kritik an der absurden demokratischen Vorstellung, ausgerechnet der Staat sei zu einer effektiven Abwehr von Rassismus und Antisemitismus prädestiniert, scheint ihm offensichtlich erst durch die Relativierung der Shoah wirklich glaubwürdig zu werden.

François-Georges Lavacquerie fordert in seinem Beitrag eine intellektuelle Bilanz der revisionistischen Anfälligkeit bestimmter Linker. Denn eine derartige theoretische Konfusion berge die größten Gefahren. Dem ist zuzustimmen. Die schnell zusammengestellte Textsammlung kann dabei nur als ein Auftakt betrachtet werden. Gesellschaftliche Bedingungen, die dazu beitragen, den Antisemitismus affektiv zu besetzen, nehmen die Linke nicht aus. Dieser Gefahr zu entgehen, kann durch intellektuelle Reflexion nur von den Linken selbst geleistet werden. Dazu bedarf es dann jedoch mehr als der durchaus richtigen Aufforderung von Lavacquerie: "Mit einem Antisemiten diskutiert man nicht. Man ignoriert ihn oder spuckt ihm in die Fresse."

*** Collectif: Libertaires et "Ultra-Gauche" contre le négationnisme. Editions Reflex. Paris 1996.**

Anmerkungen:

- 1) Auch sein letzter Krimi, "Nazis dans le métro" (Paris 1996) befaßt sich mit dem Geschichtsrevisionismus.
- 2) 1919 vertrat der neapolitanische Ingenieur Amadeo Bordiga in dem Wochenblatt *Der Sowjet* ein Programm, das sich um die bedingungslose Feindschaft sowohl gegenüber Reformismus als auch Anarcho-Syndikalismus zentrierte und die Wahlen und den Parlamentarismus vehement ablehnte.
- 3) Seit dem nationalen roll-back von 1989 fällt es in Deutschland jedoch schwerer, dem Geschichtsrevisionismus einen linken Anstrich zu geben. Die plumpsten Geschichtsklitterungen kommen einmal mehr aus der Ecke der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung - diesmal von "links": In der Zeitschrift "telegraph" 3/95 verkünden zwei operaistisch-situationistisch angehauchte AutorInnen, daß angebliche "fundamentale Unterschiede zwischen den Verbrechen des Faschismus, des Stalinismus und der Demokratie" nur eine Lüge des "Spektakels" seien, erhöhe die Opferzahl des Bombardements von Dresden 1945 auf 250 000 Tote und behaupten, dieser alliierte "Staatsterrorismus" habe nur dazu gedient, "jede Möglichkeit von Aufständen und proletarischen Erhebungen" in Deutschland auszuschließen.

the best of Bahamas Nr. 21 [Datum ?]

[Zur Antiimp-Variante dieses Weltbilds vgl. *Bahamas* Nr. 20]

<http://www.infopartisan.net/archive/bahamas/baha2103.html>

GANZ LÄCHERLICH

Israelis stellen Ahmedinedschad vor deutsches Gericht

TEL AVIV / KARLSRUHE (inn) - Eine Gruppe von Israelis will den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmedinedschad vor einem deutschen Gericht verklagen. [**Ganz lächerlich, nicht ?**] Die

Anlagepunkte sind Leugnung des Holocaust, Schändung des Andenkens an Holocaust-Opfer, Anstiftung zu Hass und Rassismus sowie Verletzung von UN-Konventionen.

Die Israelis haben das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angerufen, berichtet die israelische Tageszeitung *Jediot Aharonot*. Angeführt wird die Klage von einem Rechtsanwalt aus Ramat Gan bei Tel Aviv und einer Menschenrechtsgruppe.

Ahmedinedschad hatte mehrfach öffentlich behauptet, dass der Massenmord der Nazis an den Juden nicht stattgefunden habe. Vielmehr hätten sich dies Juden ausgedacht. Zudem rief er zur Zerstörung Israels auf. In Deutschland ist die so genannte "Auschwitz-Lüge" seit 1994 strafbar. Die Berufung auf die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit ist hier nicht möglich.

Olmert: Ahmedinedschad ist "Antisemit und Rassist"

Der amtierende israelische Premierminister Ehud Olmert nannte Ahmedinedschad am Mittwoch einen "Antisemiten, Rassisten und Israel-Hasser". Laut einem Bericht des israelischen Rundfunks sagte Olmert dies in seiner Rede vor dem Knesset-Ausschuss für Auslandsangelegenheiten. "Aber es macht keinen Sinn, einen Wettbewerb der flammenden Proteste gegen ihn auszurufen", fügte der Regierungschef hinzu.

Iranische und westliche Holocaust-Leugner verbünden sich

Nach einem Bericht der Tageszeitung *Ha'aretz* verbünden sich **westliche Holocaust-Leugner seit Jahren immer mehr mit radikalen Moslems im Nahen Osten**. Ein Dokument auf einer Internetseite zeigte, dass der Iran offenbar bekannte Holocaust-Leugner des Westens kontaktiert hat. Eine Konferenz soll die Holocaust-Leugner zusammenbringen.

Studenten des "Stephen Roth"-Institutes für Antisemitismus-Studien an der Universität Tel Aviv wurden auf die Texte aufmerksam. Die iranische Nachrichtenagentur teilte Mitte Januar mit, sie werde eine "wissenschaftliche Konferenz" zum Holocaust abhalten. Einen Monat zuvor hatte der Chef des "Neda"-Institutes für Politikwissenschaften in Teheran, Dschawad Scharbaf, den französischen Holocaust-Leugner Robert Faurisson zu dieser Konferenz eingeladen.

In dem Brief schreibt Scharbaf, die Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmedinedschad über den Holocaust hätten "die richtigen Bedingungen geschaffen", um im Iran über das Thema zu sprechen. In seiner Antwort schreibt Faurisson, die Konferenz sei "unpraktisch", hauptsächlich weil die meisten seiner Kollegen "entweder im Gefängnis sitzen, im Exil oder gefährdet sind und sie ihr Land nicht verlassen können". Der 76-jährige Faurisson lobte Ahmedinedschad und schrieb weiter: "Gemäß der Idee von Professor Arthur Robert Butz (ein Holocaust-Leugner, der an der Northwestern University in den USA arbeitet) würde ich sagen, ich hoffe, dass Präsident Ahmedinedschad im Iran ein internationales Zentrum für Revisionismus-Studien schafft."

Die Vorsitzende des "Roth"-Institutes, Dina Porat, bemerkte eine zunehmende Solidarität zwischen Holocaust-Leugnern und extremen Moslems in den vergangenen Jahren. Auch David Menaschri, Chef des Zentrums für Iran-Studien an der Universität Tel Aviv, sagte, fühlten sich in den vergangenen Jahren die Holocaust-Leugner zunehmend mit dem iranischen Regime verbunden. (js)

22. Feb. 2006

<http://www.israelnetz.de/show.sxp/10826.html?sxpident=50746J-L-4674850a--5102905>

EIN BISSCHENVOLKSVERHETZUNG

Prominente für Meinungsfreiheit Der Druck in der Öffentlichkeit nimmt zu

W. S.

Durch mehrere Vorgänge im Ausland, bei denen von Regierungsseite versucht wurde, die herrschende Politische Korrektheit zu dogmatisieren oder die ihr entgegenstehende Meinungsäußerungen zu verbieten, wurden in letzter Zeit überraschende Entwicklungen ausgelöst. So sorgten die Verhaftung des britischen Historikers David Irving in Österreich, die Verhaftung und Auslieferung der wegen ›Volksverhetzung‹ beschuldigten Ernst Zündel und Gernar Rudolf aus den USA an Deutschland, die Nobelpreisrede des britischen Nobelpreisträgers Pinter und der Versuch der französischen Regierung, eine bestimmte Beurteilung historischer Vorgänge festzuschreiben, für weltweite Aufmerksamkeit und aufsehenerregende Äußerungen des Widerstandes gegen solche Maßnahmen.

1. Zum Leugnen des Holocaust

Sicher nicht zufällig erfolgten die genannten Verhaftungen bekannter Revisionisten, zu denen weitere laufende Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik kommen, fast gleichzeitig. Es scheint so, als ob hier von einer zentralen Stelle eine schärfere Gangart gegen »Holocaust- Leugner« angeordnet worden sei. Einige solcher Verfahren wurden auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, weil anscheinend grundsätzliche Urteile höherer Instanzen erwartet werden. Solche stehen offensichtlich bevor. Dabei wird es vor allem um die bisher jede Beurteilung der geschichtlichen Tatsachen verhindernde »Offenkundigkeit« gehen.

In dieser Lage überraschte es, daß im vergangenen Dezember (*Der Standard* 17. 12. 2005, *Die Welt* 27. 12. 2005) sich Ralf Dahrendorf, langjähriger Rektor des St. Antony's College in Oxford und seit einiger Zeit als Lord Mitglied des britischen Oberhauses, zu Wort meldete und sich zum Anwalt der bedrohten Meinungsfreiheit machte.

Einleitend weist er darauf hin, daß nach dem Ende des Kalten Krieges zunächst großer Jubel über den »Sieg der Freiheit« geherrscht habe. Dann sei jedoch mit den Terroranschlägen vom September 2001 eine neue Ära angebrochen. »Und an dieser Stelle wird es kompliziert. Statt uns über die liberale Ordnung zu freuen, mußten wir... darum kämpfen, sie intakt und stark zu erhalten.« Denn: »Seit dem 11. September 2001 werden immer mehr Freiheiten im Namen der Freiheitsverteidigung beschnitten. Neue Visa-Bestimmungen und andere Reisebeschränkungen, immer mehr staatlich erfaßte persönliche Daten und die allgegenwärtige Präsenz von Überwachungskameras erinnern mehr an George Orwell als an John Stuart Mill.« Das gelte nicht nur für Großbritannien. »Jetzt ist sogar das fundamentale Grundrecht einer liberalen Ordnung, die Meinungsfreiheit, unter Druck geraten.« In Österreich sei »der britische Historiker David Irving verhaftet, weil er den Holocaust leugnet; doch in der Gefängnisbibliothek fand er zwei seiner Bücher, die zu seiner Verhaftung geführt hatten!« Daneben herrsche in Berlin »große Sorge vor einer Schändung des Holocaust-Mahnmals«, und in den Niederlanden wie in Großbritannien fordere man »neue Gesetze gegen Haßpredigten «.

Angesichts dieser Tatsachen fragt der Lord, der früher der berüchtigten »Frankfurter Schule« unter Max Horkheimer angehört hatte und dann Ende der turbulenten sechziger Jahre nach dem ruhigen England ging: »Können derartige Forderungen nach Beschränkung der Meinungsfreiheit jemals legitim sein?« Und seine Meinung ist: »Die grundsätzliche Antwort darauf muß sicher »nein« lauten. Zwar können alle Freiheiten von den Feinden der Freiheit mißbraucht werden, aber die Vorteile der freien Meinungsäußerung sind größer als der Schaden durch ihren Mißbrauch.«

Er stellt sich dann die Frage, ob es keine Ausnahmen geben solle angesichts der »Sorgen über die Ausnutzung der Meinungsfreiheit zur Beförderung von Gewalt«. Und er antwortet darauf: »Doch um das Gedeihen freier Gesellschaften zu fördern, sollten die Beschränkungen der freien Meinungsäußerung eher gelockert als verschärft werden. Meiner Meinung nach sollte die Leugnung des Holocaust im Gegensatz zur Forderung nach Tötung von Juden nicht unter Strafe gestellt werden. « Dasselbe sollte für »die in den Moscheen verbreiteten Attacken gegen den Westen« gelten, »wie böse sie auch sein mögen«.

Abschließend stellt Dahrendorf fest: »In allen Fällen sind aktive und wache Bürger gefragt, die gegen Dinge auftreten, die ihnen mißfallen, und nicht der Ruf nach einem Staat, der strenger dagegen vorgeht. Die direkte Anstiftung zu Gewalt wird – zu Recht – als inakzeptabler Mißbrauch der Meinungsfreiheit gesehen, aber viel von den Widerwärtigkeiten, die ein David Irving und die Haßprediger von sich geben, fällt nicht in diese Kategorie. Deren Tirade sollte man mit Argumenten beikommen, nicht mit der Polizei (und Gefängnis).«

Kurz vor der Stellungnahme Dahrendorfs brachte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (Nr. 49, 11. 12. 2005, S. 15) einen mehr als halbseitigen Artikel von Horst Meier unter der Überschrift »Unser Weg ins Gesinnungsstrafrecht. Holocaustgedenken und Staatsräson: Viele wollen nicht einsehen, daß auch die häßlichen Deutschen das Recht auf freie Meinungsäußerung haben«. Ausgehend vom Streit um das Berliner Holocaust- Denkmal vertritt er die Ansicht, daß »eine pluralistische Gesellschaft es keiner wirklichen oder eingebildeten Mehrheit erlauben kann, den anderen ihre Vorstellungen von Gemeinwohl und »guter Sitte« aufzuzwingen«. Das gelte auch für den »zur Zeit herrschenden Konsens über das vermeintlich richtige oder anständige Gedenken, die, wenn man so will, Staatsräson der etablierten »Gedenkkultur«. Die aber findet es »unerträglich«, durch Rechtsradikale gestört zu werden.«

Mit der 2005 erfolgten Verschärfung des §130 des Strafgesetzbuches sei jedoch »die Grenze zum Gesinnungsstrafrecht überschritten. Die Kriminalisierung von Allerweltsgeschwafel über das NS-Regime ist... einfach maßlos.« Und Meier erinnert mit Genuß an eine Äußerung des im Jahre 2005 nun die Verschärfung durchsetzenden Bundesinnenministers Schily, die dieser 1985 als Grüner bei der Debatte des Bundestags über den neuen Strafrechtsparagrafen von sich gab: »Die

Mehrheitsmeinung unserer Fraktion hält die Schaffung eines Sonderstrafatbestandes für einen ungeeigneten Weg, Geschichtsfälschung wird nicht mit Gerichtsverfahren verhindert.« Wie wahr!

Meier untermauert seine Meinung noch durch zwei beeindruckende Zitate von John Stuart Mill aus dessen Essay »On Liberty« (Zur Freiheit) von 1899, daß eine Mehrheit keinen gesetzlichen Zwang gegen Meinungsäußerungen ausüben darf: »Die beste Regierung hat nicht mehr Recht dazu als die schlechteste. Der Zwang ist ebenso schädlich oder noch schädlicher, wenn er in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung ausgeübt wird. . . Wenn die ganze Menschheit eine übereinstimmende Meinung verträte und nur eine Person wäre vom Gegenteil überzeugt, so hätte die Menschheit nicht das Recht, den einen zum Schweigen zu bringen.«

Meier stellt deswegen fest: »Alle Versuche, Gedenken staatlich zu lenken oder gar zu erzwingen, sind nicht nur autoritär und anmaßend, sondern auch nutzlos, ja schädlich. Sie fallen auf ihre Urheber zurück. Die Wahrheit einer Gedenkpolitik, deren eine große Mehrheit innezu sein glaubt und die sie sogar mit Strafen und Versammlungsverboten durchsetzen will, diese mit Paragraphen gepanzerte Wahrheit erstarrt zum Dogma, wird zum Lippenbekenntnis, wenn die Mehrheit es nicht duldet, daß sie respektlos und polemisch, ja hämisch und böse angegriffen wird. . . Wer das Holocaustdenkmal zum sakrosankten Ort einer neuen Staatsreligion stilisiert, tut der Sachlage keinen Gefallen. Soll das Denkmal wirklich eins der Deutschen werden, kann man dort nicht nur die guten vorzeigen, sondern muß auch die häßlichen Deutschen ertragen: jene, die eine wahnwitzige Verschwendung von Steuergeldern beklagen. Jene, die ein Mahnmal für die Opfer des alliierten Luftkriegs fordern. Und selbst jene, die frohlocken, das Denkmal werde dereinst als Fundament einer »neuen Reichskanzlei« nützlich sein.« [...]

3. Der Protest der französischen Historiker

Am 12. Dezember 2005 veröffentlichten neunzehn angesehene französische Historiker einen Aufruf »Freiheit für die Geschichte«. Unter den Unterzeichnern befanden sich bekannte Namen: Pierre Nora, Pierre Vidal-Naquet, Michel Winock, Jean Pierre Vernant, Elisabeth Badinter, Pierre Milza, Marc Ferro, Mona Ozouf, Paul Veyne. Die Wissenschaftler setzten sich darin gewissermaßen in einem Akt der Notwehr für die Abschaffung seit kurzem in Frankreich gültiger Gesetze ein, die für bestimmte geschichtliche Vorgänge keine abweichende Meinung zulassen. Insbesondere ging es um das dem deutschen ähnliche Gayssot- Strafgesetz aus dem Jahre 1992 gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und das Leugnen des Holocaust. Dazu kam Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005, das, »vom Parlament zu später Stunde durchgepeitscht – ohne Opposition« (FAZ 15.12.2005), »die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, insbesondere in Nordafrika« sicherstellen soll und den Lehrern für die Behandlung der Kolonialpolitik eine »positive« Wertung auferlegt, vor allem die Leistungen der französischen Siedler in Algerien und ihrer »eingeborenen« Helfer gewürdigt wissen will. Ferner darf seit dem Taubira-Gesetz von 2001 in Frankreich nicht bestritten werden, daß die Sklaverei früherer Zeiten ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war. Mit dem Protest gegen diese Gesetze wollten die Geschichtswissenschaftler, denen sich dann für die »Freiheit der Debatte« weitere fünfundsiebenzig französische Intellektuelle anschlossen, gegen die zunehmende Festschreibung geschichtlicher Ereignisse durch amtliche Stellen Stellung nehmen und darauf hinweisen, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, den Historikern bestimmte Deutungen vergangener Epochen vorzuschreiben. Dazu bildete sich die Vereinigung »Freiheit für die Geschichte« unter der Leitung von René Rémond von der Académie française mit Max Gallo, Emanuel Le Roy Ladurie, Pierre Nora, Michel Winock, Stéphane Courtois und anderen. (FAZ 1. 2. 2006)

Besonders die auferlegte günstige Bewertung der Kolonialherrschaft traf in den Überseegebieten Frankreichs auf heftigen Widerstand gegen das »Gesetz der Schande«.

Eine Reihe von Historikern wie Edgar Morin, Olivier Pétré-Grenouilleau, Max Gallo, Pierre Nora und Alain Finkielkraut sind von Prozessen nach diesen Gesetzen bedroht. (FAZ 28. 12. 2005)

Als der Druck aus der Öffentlichkeit immer größer wurde, hat Staatspräsident Chirac im Januar 2006 bereits in einem Punkt nachgegeben, indem er den Weg zur Aufhebung des Gesetzes vom Februar 2005 freimachte. Es soll zur Verordnung herabgestuft werden, die dann von der Regierung aufgehoben werden kann. Als Kompromiß hat Chirac am 30. Januar 2006 in Paris die Einführung eines offiziellen Gedenktages für das Verbrechen der Sklaverei angekündigt. An jedem 10. Mai, dem Jahrestag der Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch das französische Parlament im Jahre 2001, sollen künftig in Frankreich Gedenkveranstaltungen an die Sklaverei als den »Nährboden des Rassismus« abgehalten werden.

Gegen die Aufhebung des Gayssot-Gesetzes erhoben sich allerdings gewichtige Stimmen wie Innenminister Sarkozy oder Arno Klarsfeld, der erklärte: »Die Geschichte geht nicht nur die Historiker etwas an.« Sie soll offenbar weiter zum Mißbrauch durch die Politik dienen.

Euro-Kurier (Grabert Verlag) 1/2006
http://www.grabertverlag.de/download/EK1_06.pdf

PASSGESETZ

Erhebliche Belange der Bundesrepublik

Arno Widmann

Horst Mahler möchte in den Iran, um dort an einer Revisionismus-Konferenz teilzunehmen. Es ist ein Treffen der Internationale der Holocaust-Leugner. Seine Meldebehörde verweigert ihm den Pass mit der Begründung, er werde durch seine dort zu erwartenden Erklärungen "erhebliche Belange der Bundesrepublik gefährden." Sie beruft sich auf Paragraph 7 Abs. 2 S. 1 i.V.m. § 7 Abs. 1 Nr. 1 des Passgesetzes. Ins Ausland fahrende Hooligans kennen ihn seit Jahren sehr gut. Er ist die gesetzliche Grundlage dafür, dass ihnen die Pässe abgenommen werden. Auch gewalttätige Globalisierungsgenern hat man mit seiner Hilfe schon ander Ausreise gehindert.

Der ehemalige bewaffnete Kämpfer der linksradikalen RAF, Horst Mahler, ist inzwischen bei der extremen Rechten gelandet und versucht von dort aus sein Projekt Bürgerkrieg zu lancieren. Aber wie dadurch, dass er antisemitische Reden hält, "erhebliche Belange der Bundesrepublik" gefährdet werden sollen, bleibt rätselhaft. In Deutschland ist die Holocaustleugnung ein Straftatbestand. Man kann also davon ausgehen, dass Mahler nach Teheran möchte, um dort eine Straftat zu begehen. Aber in keinem deutschen Gesetz steht, dass die Holocaustleugnung - die in Teheran so wenig wie zum Beispiel in Kopenhagen ein Straftatbestand ist - "erhebliche Belange der Bundesrepublik gefährdet." Der Bürger blickt auf die Gerichte und ist gespannt zu erfahren, wie man durch eine Meinungsäußerung "erhebliche Belange der Bundesrepublik gefährden" kann.

Berliner Zeitung, 31. März 2006
<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/meinung/538720.html>

=====

Klicken Sie auf die folgende URL, um sich von diesem Newsletter abzumelden oder Ihre Einstellungen zu ändern:

[<kausalnexusblatt at yahoo.de>](mailto:kausalnexusblatt@yahoo.de)

AAARGH Archiv

<http://vho.org/aaargh/deut/deut.html>

<http://aaargh.com.mx/deut/deut.html>

<http://litek.ws/aaargh/deut/deut.html>

ANDEREN AAARGH VIERTELJÄHRLICHEN VERÖFFENTLICHUNGEN

<http://geocities.com/ilrestodelsiclo>

El Paso del Ebro

The Revisionist Clarion

Il Resto del Siclo

La Gazette du Golfe et des banlieues (multilingual) <http://ggb.0catch.com>

Conseils de Révision

O revisionismo em lingua português

Arménichantage (Armenische Erpressung)